

**Bochum solidarisch!**

**Unsere Zwischenbilanz**

***DIE LINKE.***

im Rat der Stadt Bochum

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>1. Soziale Gerechtigkeit</b>	<b>7</b>
<b>1.1 Armutsspirale stoppen – Soziale Gerechtigkeit schaffen</b>	<b>7</b>
Kältekonzept der Stadt bedarf Nachbesserungen	7
Hitzekonzept weiterentwickeln	8
Zwangsräumungen, Strom- und Gassperren sowie Energiearmut verhindern!	9
Zwangsräumungen	9
Strom- und Gassperren	10
Energiearmut verhindern – Verzicht auf Energiesperren und Sozialtarif bei den Stadtwerken!	11
Forderung nach einer Informationskampagne zu Hilfen gegen explodierende Energiekosten	12
Mit kommunalem Hilfsfonds gegen Energiekrise	12
Resolution zur Ratssitzung: Weitere soziale Spaltung verhindern!	13
Leistungskürzungen beim Jobcenter bei Betriebskostenabrechnungen	13
<b>1.2 Gesundheit ist ein Menschenrecht</b>	<b>14</b>
FFP2-Masken für Menschen in schwierigen Lebenslagen	14
Lokale Impfstationen	14
Förderung der Teilnahme an U-Untersuchungen	15
Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bochum-Linden	15
Behandlungsraum für Schwangerschaftsabbrüche	16
Corona-Schutz-Restbestände	16
Menschen ohne Krankenversicherung	17
Mobilitätseingeschränkte Menschen allein gelassen: Aufsuchende Gesundheitsarbeit durch „Gemeindeschwestern“ abgelehnt	17
<b>1.3 Bildung</b>	<b>18</b>
Abschulungen	18
Schulsozialarbeit	18
Wann schafft die Stadt endlich weitere Gesamtschulen?	18
Erfolg: Schüler:innen werden in Ausschussberatungen einbezogen	19
<b>1.4 Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche</b>	<b>20</b>
Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch	20
Pilotphase für kostenloses gemeinsames Frühstück in Kitas	20
Gebührenloser Ferienpass	21
Zukunft von Sprach-Kitas sichern	21
Mehr Kita Personal durch Aachener Modell	21
Kindertagespflege Energiekosten	22
Einsatz gegen Schließung der Kita Waldring	22
Jugendwohnen – Angebot stadtweit ausweiten	22
<b>1.5 Schluss mit geringen Löhnen, Sexismus und Ausgrenzung</b>	<b>23</b>
Geschlechter Lohn-Lücke bei der Stadt Bochum?	23
Schutz von Frauen und Kindern in Obdachlosenunterkünften	24

<b>1.6 Für ein selbstbestimmtes Altern in Würde</b>	<b>24</b>
Unterstützung für pflegende Angehörige	24
<b>1.7 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen</b>	<b>25</b>
Stromanschluss an Plätzen für Rollstuhlfahrer:innen im Ruhrstadion	25
Barrierefreies Wohnen bei der VBW	25
Portal für Barrierefreiheit	26
<b>2. Wirtschaft</b>	<b>26</b>
<hr/>	
<b>2.1 Solidarische Wirtschaft – gerechte Finanzen</b>	<b>26</b>
Klima-Killer: 25 Millionen Euro zusätzlich für defizitäres Kohlekraftwerk	26
Koalition & CDU verteidigen Sanierungsbremse	27
Mehr Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt	28
Erstmal keine weiteren kommunalen Steuerprüfer:innen für Bochum	28
Linksfraktion fordert Überprüfung von Corona-Vergaben	29
Corona-bedingten Kahlschlag verhindern – Kommunen solidarisch unterstützen	29
<b>2.2 Beschäftigungspolitik: Gute Löhne &amp; Arbeitsbedingungen für alle</b>	<b>30</b>
Krankenstand, Mehrarbeit, Belastungsanzeigen bei der Stadt	30
Beratung für öffentlich-private Partnerschaften?	31
Nicht für alle: Freikarten für Beschäftigte im Gesundheitsbereich	31
Gute Löhne im öffentlichen Dienst sichern!	32
Sozialstandards bei öffentlichen Vergaben	32
Nein zu Sonntagsöffnungen	33
Deutschlandticket für städtische Beschäftigte abgelehnt	33
<b>2.3 Öffentliche Unternehmen – weil's für alle wichtig ist</b>	<b>34</b>
Klimaschutz konkret: Welchen Strom beschaffen die Stadtwerke Bochum wirklich?	34
Kein Outsourcing des Sicherheitsdienstes bei Bogestra	35
<b>2.4 Für eine Beschäftigungsgesellschaft, die den Namen verdient</b>	<b>35</b>
Erste Bilanz der Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft im Sozialausschuss vorgestellt	35
<b>3. Demokratie und Solidarität</b>	<b>36</b>
<hr/>	
Koalition spielt auf Zeit bei Senkung der Fahrtkostenpauschale für Ratsmitglieder	36
<b>3.1 Für den Ausbau kommunaler Demokratie</b>	<b>37</b>
Erfolg beim Rats-TV	37
Demokratie braucht Transparenz: Bezirks-Sitzungen ins Internet übertragen!	37
Neue Hauptsatzung: Rückschlag für Demokratie und Beteiligung	38
Keine wissenschaftliche Begleitung beim Einsatz von Bodycams beim Ordnungsamt	38
Rathauskoalition verhindert Einwohnerfragehalbestunde in Fachausschüssen	39
<b>3.2 Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft</b>	<b>40</b>
Unhaltbare Zustände beim Ausländerbüro	40
<b>3.3 Schutz für Schutzbedürftige</b>	<b>42</b>
Ukraine-Willkommensstand am HBF – Koalition entzieht Ehrenamtlichen Unterstützung	42

Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	42
<b>3.4 Antifaschismus: Ein Bochum für alle</b>	<b>43</b>
Nazi-Hooligans auf Bochumer Corona-Demo	43
Rechte Schmierereien in Bochum	44
Keine Kooperation der Stadt mit antidemokratischen Muslimbrüdern	44
Compliance-Erklärung gegen Rechtsextremismus	44
Gedenkstelle an Zeche Gibraltar erinnert endlich an Nazi-Verbrechen	45
Zukunft der Gedenktafel zur Erinnerung der GESTAPO-Morde im Innenhof des Polizeipräsidiums	45
Keine halben Sachen bei Instandsetzung des Kapp-Putsch-Denkmal im Park Laer	46
Reichsbürger:innen in Bochum	46
Rechtsextremismus in Bochum	47
<b>3.5 Frieden beginnt vor Ort – für Verständigung und Abrüstung</b>	<b>48</b>
Für ein friedliches Bochum: Nato-Pläne durchkreuzen!	48
<b>4. Stadtentwicklung</b>	<b>51</b>
<hr/>	
<b>4.1 Raus aus der Wohnungskrise – bezahlbare Mieten für alle</b>	<b>51</b>
LINKEN-Anfrage belegt: In Bochum klare Spaltung bei der Verteilung von Wohneigentum	51
Bochumer „Handlungskonzept Wohnen“ gescheitert!	52
„Allianz für Wohnen“: Wer darf hier eigentlich mitreden?	52
Bezahlbares Wohnen: Teilerfolg beim Erbbaurecht, Beschluss aber nicht nachgeschärft	52
50 Prozent Sozialbindungsquote für „Gerthe-West“ gefordert!	53
Gegen unsere Stimmen: Modernisierung = Mieterhöhung	54
Wohnungsmarkt in Bochum: Ein Weiter-So bedeutet Kahlschlag bei bezahlbarem Wohnraum!	54
Wenn man der städtischen Wohnungsgesellschaft VBW dringend benötigte Investitionsmittel entzieht, ist die Wohnungskrise auch hausgemacht!	55
Unsere Anfrage bringt es an den Tag: Schneckentempo beim Erbbaurecht, aber Nachbesserungen in Aussicht	56
Sofortmaßnahmen gegen Wohnungskrise statt Baurecht auf Abruf	56
<b>4.2 Kultur für alle</b>	<b>57</b>
Mogelpackung Rettungsschirm und Mini-Anpassung bei der mehrjährigen Kulturförderung	57
Bochum fährt Bewerbung zum UNESCO-Welterbe gegen die Wand	58
Kein Grillverbot für die Schmechtingwiese!	58
Haus des Wissens: eine große Chance für Bochum!	59
<b>4.3 Gute Rahmenbedingungen für den Sport in Bochum</b>	<b>60</b>
Für den Erhalt aller Bäderstandorte!	60
Mehr Einsatz der Wasserwelten für Hallenbadneubau in Höntrop nötig	62
Sicherheit von Schiedsrichter:innen erhöhen	62
<b>4.4 Digitalisierung sozial und demokratisch</b>	<b>63</b>
Öffentliches WLAN	63
Smart City, aber demokratisch	63
<b>5. Ökologie, Klima und Verkehr</b>	<b>63</b>
<hr/>	

<b>5.1 Sozial-ökologische Wende für Bochum</b>	<b>63</b>
Klimanotstand in Bochum – ein kleiner Realitätscheck	63
Zahnloser Klimacheck?	64
Und wir versiegeln munter weiter?	64
Ratsmehrheit gegen Bremse bei Versiegelung	65
<b>5.2 Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt</b>	<b>66</b>
Links wirkt: Photovoltaik und Dachbegrünung am Bahnhof Höntrop	66
Bochum braucht sozial-ökologische Energiewende	66
<b>5.3 Bochum mobil – unsere sozial-ökologische Verkehrswende</b>	<b>67</b>
Mobilstationen: Linksfraktion beantragt Sozialtarife	67
SPD und Grüne schieben 365-Euro-Ticket auf die lange Bank	67
Appell statt realer Verbesserung: SPD/Grüne verhindern Preissenkung beim Sozialticket	68
Zukunft des 9-Euro-Tickets sichern!	68
Für ein NRW-weites 29-€-Ticket und ein bezahlbares 9-€-Sozialticket!	68
Kein Nachtzug-Halt	69
Linksfraktion unterstützte Radentscheid	69
Nicht mehr genutzte Schienen endlich effektiv sichern!	71
Rot-grüner Soll-Abbruch beim Pop-up-Radweg auf der Wittener Straße	71
Tempo statt Vollbremsung beim RS1-Ausbau im Innenstadtbereich	71
Radverkehrskonzept: Licht und Schatten	72
Stensstraße – Tempo 30 erhalten & Durchfahrtsverbot für LKWs	72
<b><u>Keine gute Rathauskoalition für Bochum</u></b>	<b>73</b>
Wohnung, Bildung, Klima – Rathauskoalition hat Weichen falsch gestellt	73
<b><u>Unsere Halbzeitbilanz: Was versprochen, was gemacht?</u></b>	<b>77</b>
<b><u>Auf einen Blick</u></b>	<b>79</b>
<b>Antragsübersicht</b>	<b>79</b>
<b>Anfragenübersicht</b>	<b>84</b>
<b><u>Wir stellen uns vor</u></b>	<b>96</b>
<b><u>Internet &amp; Social Media</u></b>	<b>97</b>
<b><u>Newsletter</u></b>	<b>97</b>
<b><u>Kontakt</u></b>	<b>97</b>

# Vorwort

Liebe Leser:innen,

und schwups sind schon wieder zweieinhalb Jahre seit der letzten Kommunalwahl vergangen. Wie es bei uns schon Tradition ist, legen wir Ihnen zur Halbzeit der Legislatur eine Zwischenbilanz vor. Damit möchten wir Ihnen einerseits Rechenschaft über unsere Arbeit ablegen und andererseits Informationen über das kommunalpolitische Geschehen in Bochum aus linker Perspektive gebündelt an die Hand geben. Sie erhalten mit dieser Broschüre abseits schnelllebigere Schlagzeilen und Randnotizen einen Überblick darüber, was uns seit der letzten Kommunalwahl im Herbst 2020 politisch bewegt hat und was wir bewegen konnten.

Der Blick auf den bisherigen Verlauf der Legislatur führt vor Augen, wie wichtig wir als linke Opposition sind. Die Koalition aus SPD und Grünen verschläft die drängenden sozialen und ökologischen Weichenstellungen für ein solidarisches und lebenswertes Bochum. Selbst ihre eigenen, unzureichenden Pläne, setzt die Koalition nicht um. Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen, sicheren Radwegen, Kita-Plätzen für alle Bochumer Kinder und an einer aktiven Sozialpolitik, die niemanden im Regen stehen lässt.

Durch unsere Anfragen konnten wir immer wieder den Finger in die Wunde legen und der interessierten Öffentlichkeit Informationen zur Verfügung stellen, welche die Verwaltung lieber verschwiegen hätte. Mehrfach ist es uns mit Anträgen gelungen, Themen zu setzen, die trotz Ablehnung anschließend sinngemäß von der Koalition übernommen wurden. Das Rats-TV, mehr Druck für einen preiswerten Sozialtarif beim Deutschlandticket und die Plätze für Schüler:innenvertreter:innen in Ausschüssen sind dafür Beispiele. Eine ausführlichere Zwischenbilanz unserer Arbeit finden Sie auf Seite 77 und unsere Einschätzung der Arbeit der rot-grünen Rathauskoalition auf Seite 73.

Stöbern Sie einfach durch das Inhaltsverzeichnis und machen Sie sich ein eigenes Bild von unserer kommunalpolitischen Arbeit!

Und natürlich können Sie sich darauf verlassen, dass wir in der zweiten Halbzeit der Legislatur weiterhin im Sinne unseres Kommunalwahlprogramms Vollgas geben werden für die Menschen in Bochum. Dabei werden wir auch immer wieder kluge Ideen aus der Zivilgesellschaft aufgreifen, denn: Im Schulterschluss sind wir DIE politische Kraft für die sozial-ökologische Transformation Bochums.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre!

Horst Hohmeier

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum



# 1. Soziale Gerechtigkeit

## 1.1 Armutsspirale stoppen – Soziale Gerechtigkeit schaffen

### **Kältekonzept der Stadt bedarf Nachbesserungen**

Seit Beginn der Ratsperiode setzen wir uns als Linksfraktion für einen besseren Schutz von obdach- und wohnungslosen Menschen in der Kältezeit ein. Das war besonders während der Corona-Pandemie mit den notwendigen Abstands- und Hygieneregeln eine besondere Notwendigkeit und Herausforderung. Die Kapazitäten der Bochumer Anlaufstellen für Wohnungslose sowohl im Tages- als auch im Nachtbereich waren stark reduziert. Im Tagesaufenthalt Henrietenstraße durften sich seinerzeit nur acht bzw. zehn Personen gleichzeitig aufhalten, und jeweils auch nur 45 Minuten lang. Die Suppenküche im Fliednerhaus konnte nur „Essen to go“ anbieten. Trotz einer gemeinsamen Forderung von 34 Bochumer Organisationen lehnte eine Mehrheit im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales Anfang 2021 unseren Antrag „Öffnung von Hotels für Wohnungslose, Erweiterung des Kältekonzepts“ ab. Sozialdezernentin Britta Anger argumentierte, dass die Plätze in den Notschlafstellen nicht vollständig ausgelastet seien. Wir entgegneten, dass die aktuellen Angebote nicht alle Menschen in Not erreichen und das Angebot einer Unterbringung in Hotelzimmern nicht schadet, um zu verhindern, dass Menschen draußen ihr Leben riskieren.

Im Dezember 2021 dann beantragten wir die Ganztagsöffnung der Übernachtungsangebote während der Wintermonate. Entgegen der Ankündigung hatte die Verwaltung die dringend notwendige Nachbesserung des Kältekonzeptes und damit einen besseren Schutz für obdachlose Menschen während der Wintermonate nicht umgesetzt. Mit einem Dringlichkeitsantrag versuchten wir, die Lücke im Kältekonzept zu schließen. Zusätzlich zu den Übernachtungsangeboten im Fliednerhaus und in der ehemaligen Graf-von-der-Recke-Schule sollten in beiden Unterkünften während der Wintermonate ganztägig Schutz-, Rückzugs- und Erholungsmöglichkeiten für obdachlose Menschen angeboten werden, forderten wir. Auch bodo hatte sich dafür eingesetzt. Die Mehrheit im Ausschuss entschied sich aber dafür, dass die Menschen tagsüber in die Kälte geschickt werden.

Falsch und fahrlässig finden wir auch, dass das Kältekonzept bisher erst eine Öffnung der Bahnhöfe durch die Bogestra ab minus 10 Grad vorsieht. Bei dieser Regelung handele es sich laut Verwaltung um den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen der Bogestra und den Städten Bochum, Gelsenkirchen und Herne. Wir finden, dass im Mittelpunkt stehen müsste, ab welcher Temperatur Bahnhöfe als Schutzraum geöffnet werden sollten. Das Kältekonzept darf kein kleinster gemeinsamer Nenner sein, sondern muss seinen Beitrag für einen bestmöglichen Schutz obdachloser Menschen leisten. Dahingehend wollen wir es weiterentwickeln.



(Menschen ohne Bleibe e.V.; Sven Ratajczak, Bezirksvertretung Mitte, Moritz Müller, Ratsmitglied, Wolfgang Möller, sachkundiger Bürger)

### **Hitzekonzept weiterentwickeln**

Als Linksfraktion begrüßten wir, dass die Stadtverwaltung im Sommer 2021 erstmals ein „Hitzekonzept“ zum Schutz von obdach- und wohnungslosen Menschen vorgelegt hatte. Das aus **viereinhalb Textseiten** bestehende Papier wurde im Sozialausschuss vorgestellt – zusammen mit der Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion zum Thema. Wir hatten darum gebeten, den aktuellen Planungsstand für die Versorgung von obdach- und wohnungslosen Menschen im Sommer transparent zu veröffentlichen. Geplant waren demnach unter anderem die Ausgabe von Trinkwasser in den Beratungsstellen und Tagesaufenthalten sowie ergänzende Angebote des Roten Kreuzes und der Johanniter. Kritikwürdig fanden wir insbesondere, dass die Angebote nur an Werktagen zur Verfügung stehen sollten.

Im Frühjahr 2023 gab die Verwaltung dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein überarbeitetes Hitzekonzept zur Kenntnis, ohne Änderungen zur Vorgängerversion kenntlich zu machen. So wurde nicht deutlich, welche Schlüsse die Verwaltung aus dem vorangegangenen Jahr gezogen hat, welche Maßnahmen sich bewährt haben und wo Anpassungsbedarf gesehen wird. Wir kritisieren, dass der Hitze-Bus nur an einem Drittel der Hitzetage im Einsatz war und im neuen Hitzekonzept gar nicht mehr auftaucht. Auch die versprochenen Lastenräder für die

mobile Versorgung mit Wasser und Sonnenschutz wurden nicht wie versprochen eingesetzt. Wir setzen uns für eine Verbesserung des Hitzeconceptes ein, die unter anderem vorsieht, dass Obdachlose im Sommer gratis den ÖPNV nutzen dürfen und sich so etwas vor der Hitze schützen können.

### **Zwangsräumungen, Strom- und Gassperren sowie Energiearmut verhindern!**

WAZ vom 9. Februar 2023:

# 203 Zwangsräumungen: Linke spricht von Versagen

Zahlen könnten in diesem Jahr weiter steigen.  
Ratsfraktion fordert ein Umdenken in der Wohnungspolitik

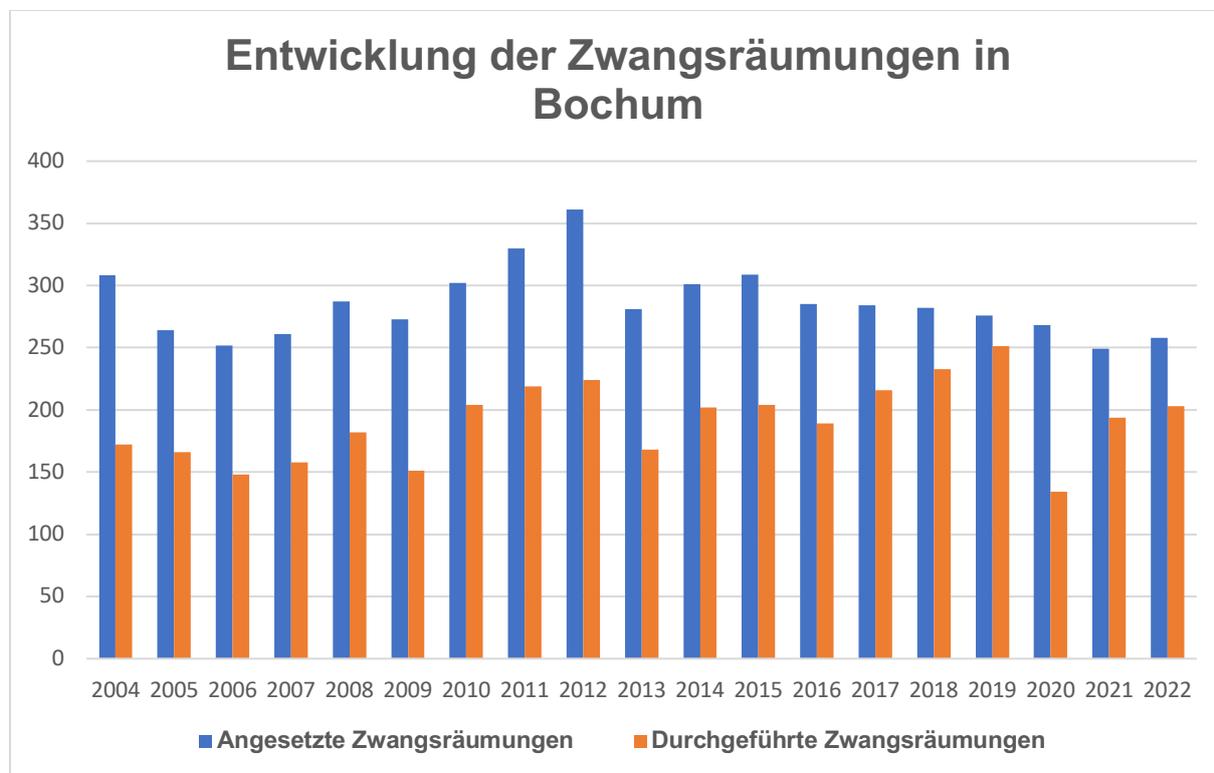
Zum Ende eines jeden Kalenderjahres stellen wir Anfragen zur Zahl der Zwangsräumungen sowie der Strom- und Gassperren in Bochum. Damit wollen wir soziale Entwicklungen in der Stadt nachverfolgen und relevante sozialstatistische Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

### **Zwangsräumungen**

Seit 2010 bewegt sich die Zahl der Zwangsräumungen in Bochum konstant rund um die Zahl 200. In diesem Zeitraum wurde durchschnittlich alle 43 Stunden ein Bochumer Haushalt zwangsgeräumt. An den 258 Zwangsräumungen im Jahr 2022 lässt sich das Versagen der Wohnungspolitik von SPD und Grünen gut ablesen. Die Rathauskoalition scheitert krachend bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Diese verfehlte Politik trifft vor allem die Schwächsten, die bei Zwangsräumungen ihre Wohnung verlieren oder dem psychischen Druck der bevorstehenden Räumung bereits nachgeben.

Als Linksfraktion fordern wir eine soziale Wende in der Bochumer Wohnungspolitik: „Bochum braucht dringend eine Wende hin zu einer sozialen Wohnungspolitik. Es braucht ambitionierte Ziele bei der Schaffung von Sozialwohnungen und eine zügige Umsetzung. Das muss spätestens bei der anstehenden Fortschreibung des Handlungskonzeptes Wohnen auf den Weg gebracht werden. Es kann nicht sein, dass Jahr für Jahr mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen als neue dazukommen. Alle neuen Bebauungspläne müssen verbindlich eine Sozialbindungsquote von mindestens 50 Prozent vorsehen. Statt Neubau auf der grünen Wiese braucht es vor allem mietpreissenkende Maßnahmen im Bestand. Leerstehende Büros und Gewerbeflächen

müssen zum preisgünstigen Wohnraum von morgen werden“, meint unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier.



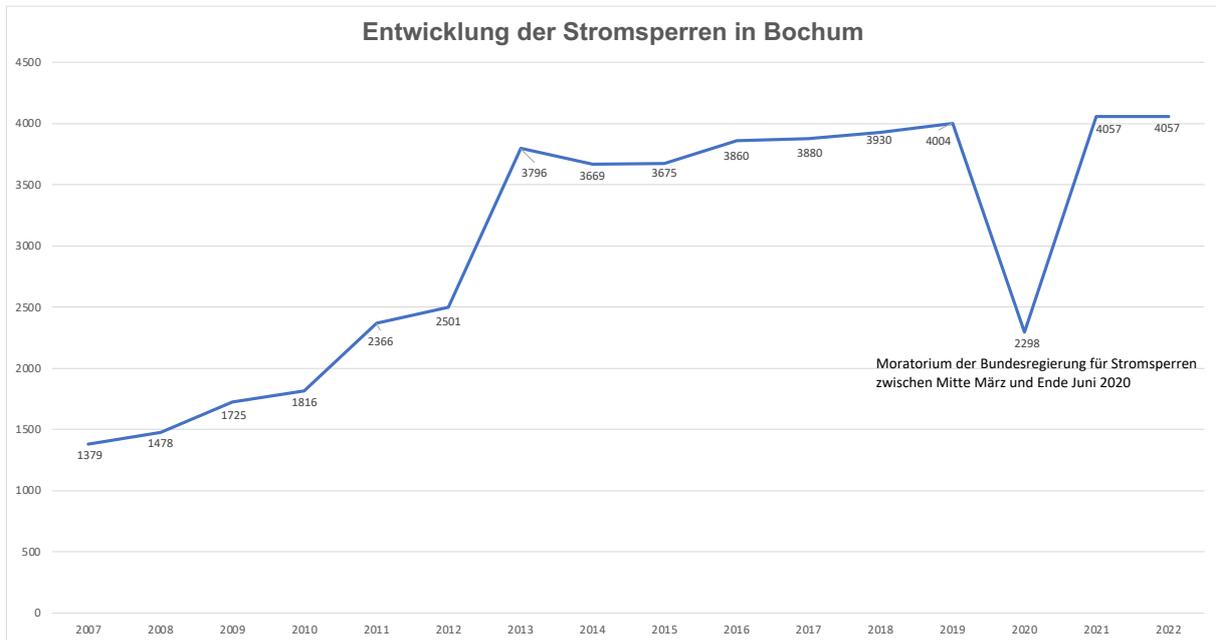
**Tabelle 1: Entwicklung der Zwangsräumungen in Bochum 2004-2022**

### **Strom- und Gassperren**

Seit 2007 hat sich die Zahl der Strom- und Gassperren in Bochum vervielfacht. Für die kommenden Jahre ist auch durch die steigenden Strom- und vor allem Gaspreise ein weiterer Anstieg zu erwarten, der im Jahr 2020 lediglich durch das Moratorium zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher kurzzeitig hinausgezögert wurde.

Ein menschenwürdiges Wohnen ohne Strom und Gas ist praktisch nicht möglich. Besorgniserregend sind deshalb die Entwicklungen bei den Energiesperren in Bochum. Im Jahr 2019 überstieg die Zahl der Stromsperrungen durch die Stadtwerke Bochum erstmals die 4.000. Eine skandalöse Zahl, hinter der tausende Schicksale von Menschen in unserer Stadt stehen. 2020 halbierten sich die Stromsperrungen dann fast. Eine nachhaltige Trendwende war das jedoch leider nicht. Begründet lag diese Unterbrechung der seit Jahren ansteigenden Kurve im Jahr 2020 hauptsächlich in dem Moratorium der Bundesregierung zwischen Mitte März und Ende Juni 2020 zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher. 2021 stieg die Zahl der gesperrten Stromanschlüsse auf 4.057. Das ist ein neuer Rekord, der das Versagen der Rathauskoalition in Sachen Energiearmut erneut belegt. Im Jahr 2022 stagnierten sie auf diesem hohen Niveau und die Gassperren vervierfachten sich, wie unsere Anfrage belegte. Durch die Preisexplosion

der letzten Monate drohen die Sperren von Strom und Gas sogar noch weiter zu steigen. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden.



### **Energiearmut verhindern – Verzicht auf Energiesperren und Sozialtarif bei den Stadtwerken!**

Die Linksfraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder einen Verzicht auf Strom- und Gassperren sowie die Einführung eines Sozialtarifs bei den Stadtwerken im Rat beantragt. Zuletzt wurde dies am 16. Dezember 2021 von der Ratsmehrheit abgelehnt. SPD, Grüne, CDU und Co. sollten ihre Verweigerungshaltung bei einem Verzicht auf Strom- und Gassperren endlich aufgeben. Die Drohung Strom und Gas abzustellen, passt nicht zu einem sozialen und modernen Bochum.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Bochum als Haupteigentümerin der Stadtwerke Bochum GmbH ihrer sozialen Verantwortung nachkommt und einen Sozialtarif beschließt, bei dem auf den Grundbedarf von Strom und Gas jeweils ein Nachlass von 50% gewährt wird. Unser Antrag für einen solchen Sozialtarif bei Strom und Gas bei den Stadtwerken wurde Anfang Januar 2022 im Sozialausschuss abgelehnt. Nicht nur in Zeiten explodierender Strom- und Gaspreise hätte ein Sozialtarif einen wichtigen Beitrag gegen Energiearmut und für mehr soziale Teilhabe geleistet.

In unserem Kommunalwahlprogramm hatten wir bereits Ideen zur Tarifgestaltung bei den Stadtwerken. Neben dem von der Ratsmehrheit abgelehnten Sozialtarif fordern wir ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell. Dieses wäre sozial, weil es niedrige Einkommen über ein preiswertes Grundkontingent entlastet. Ökologisch wäre es zudem, weil Mehrverbrauch teurer und damit ein Sparanreiz gesetzt wird.

## **Forderung nach einer Informationskampagne zu Hilfen gegen explodierende Energiekosten**

Wer sich auf der Homepage der Stadt über die vorhandenen Hilfen im Zuge der steigenden Energiepreise informiert hat, fand zunächst nur Energiespartipps – mehr aber auch nicht. Auf unsere Anfrage hin hat die Verwaltung diese Informationen wie zur Corona-Krise oder dem Krieg gegen die Ukraine prominent auf der Homepage platziert. Das war ein guter Schritt, den der Stadtdirektor im Haupt- und Finanzausschuss angekündigt hatte. Die Informationen reichten aber bei weitem nicht aus. Das haben wir deutlich gemacht.

Der Druck hat am Ende gewirkt: Heute gibt es gut sichtbare Informationen zu Wohngeld und Hilfen bei explodierender Nebenkostenabrechnung. So können Leistungen des Jobcenters oder des Sozialamtes in dem Monat beantragt werden, in welchem eine durch die Energiepreissteigerung stark gestiegene Nebenkosten-Abrechnung fällig wird. Es besteht die Möglichkeit, einen Antrag nach SGB II oder SGB XII beim Jobcenter bzw. beim Sozialamt zu stellen und so den Anspruch auf Übernahme der Neben- und Heizkostenabrechnung geltend zu machen. Es ist gut, dass die Stadt das jetzt aktiv bewirbt. Denn es reicht nicht, dass Hilfen existieren, sie aber zu wenige aufgrund fehlender Kenntnis in Anspruch nehmen.

### **Mit kommunalem Hilfsfonds gegen Energiekrise**

Viele Bochumerinnen und Bochumer waren in großer Sorge, wie sie den eigenen Lebensstandard oder sogar die Existenz im letzten Winter sichern sollten. Bei Lebensmittel- und Energiepreisen ging und geht es seit Monaten nur in eine Richtung: nach oben. Bund und Land helfen bisher zu wenig und viel zu langsam. Anders als die Mehrheit des Bochumer Stadtrats, sehen wir deshalb auch Bochum in der Pflicht, mit einem kommunalen Hilfsfonds denen zu helfen, die besonders von der Energiekrise betroffen sind. Die soziale Spaltung in unsere Stadt darf nicht noch größer werden. Das galt besonders für den letzten Winter. SPD und Grüne waren aber leider nicht bereit, die notwendigen Hilfen auf den Weg zu bringen.

Eine Bürgeranregung hatte das Thema Energiekrise auch bei dieser Ratssitzung (Herbst 2022) auf die Tagesordnung gesetzt. Anders als SPD und Grüne haben wir im Rat klar gemacht, dass wir für einen kommunalen Hilfsfonds sind. Der vorgeschlagene Weg, diesen Fonds direkt aus den Gewinnen der Stadtwerke zu füllen, war aus unserer Sicht aber der falsche. Diese Finanzierung hätte zu steuerlichen Problemen geführt, die den finanziellen Spielraum unnötig verkleinert hätten. Das war dann auch der Grund, warum wir uns in der Abstimmung enthalten haben.

Bochum muss alles dafür tun, dass alle gut durch diese Zeit der explodierenden Preise kommen. Wer wie der Oberbürgermeister so gerne von „Wir“ redet, darf diejenigen nicht vergessen, denen es finanziell ohnehin schlecht geht.

## **Resolution zur Ratssitzung: Weitere soziale Spaltung verhindern!**

Auf unsere Initiative hin stand im August 2022 eine Resolution zur Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und zur Ausweitung von Wohngeld und Bafög zur Abstimmung. Hintergrund waren Befürchtungen, dass die stark gestiegenen und weiter steigenden Preise für Energie und Lebensmittel die soziale Spaltung in Bochum weiter verstärken. Der Rat sollte sich aus unserer Sicht hinter die Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nach einer Anhebung des Regelsatzes für Leistungen der Mindestsicherung um monatlich mindestens 200 Euro stellen.

„Mit der Resolution wollen wir die Bundesregierung auffordern, deutlich mehr für diejenigen zu tun, die von der durch die Decke gehenden Inflation besonders stark betroffen sind und nicht mehr über die Runden kommen“, erklärte unser Ratsmitglied Gültaze Aksevi. „Die Anfang des Jahres beschlossene Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes um gerade einmal 0,7 Prozent reicht hinten und vorne nicht. Wer fünf Euro für Lebensmittel am Tag angemessen findet, war lange nicht mehr im Supermarkt. Die Bundesregierung muss den Regelsatz endlich um monatlich mindestens 200 Euro erhöhen, wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert. Auch eine Ausweitung von Wohngeld und Bafög ist überfällig. Wenn die Bundesregierung nicht zügig und entschieden handelt, laufen wir mit Ansage direkt in eine soziale Katastrophe hinein.“

Die Linksfraktion forderte in der Resolution zudem eine gerechte Verteilung der Krisenkosten: „Dass in der Bundesregierung über eine Übergewinnsteuer diskutiert wird, ist ein guter Anfang. Es läuft uns aber die Zeit davon. Statt Menschen Spartipps zu geben, die eh jeden Cent fünfmal umdrehen, müssen jetzt Hilfen auf den Weg gebracht und die Krisengewinner angemessen besteuert werden. Es kann nicht sein, dass die Gewinne von Konzernen geschützt werden und gleichzeitig immer stärker ins Portemonnaie der Mehrheit der Menschen gegriffen wird. Dass eine Übergewinnsteuer möglich ist, zeigen unsere europäischen Nachbarn wie Spanien“, ergänzte Aksevi.

## **Leistungskürzungen beim Jobcenter bei Betriebskostenabrechnungen**

Das Bochumer Jobcenter hat 2021 Berichten zufolge Leistungskürzungen aufgrund fehlender Betriebskostenabrechnungen ausgesprochen. Ein Vermieter aus Wattenscheid hatte über mehrere Fälle berichtet und das Jobcenter scharf kritisiert. Dass es zu solchen Minderungen des leistungsrechtlichen Bedarfs gekommen ist, konnte das Jobcenter auf unsere Anfrage weder bestätigen, noch ausschließen. Zur Kürzung dürfte es bei Befolgung der selbst gesteckten Verfahrensabläufe eigentlich nicht kommen. Wir haben Sozialdezernentin Britta Anger aufgefordert für Aufklärung zu sorgen. Ist es beim Jobcenter zu unrechtmäßigen Leistungskürzungen aufgrund von angeblich fehlenden Betriebskostenabrechnungen gekommen? Es muss sichergestellt werden, dass die selbst gesteckten Verfahrensabläufe des Jobcenters bei der Vorlage von Betriebskostenabrechnungen jederzeit eingehalten werden und eventuelle Kürzungen zurückgenommen werden. Unser Mitglied im Sozialausschuss, Gültaze Aksevi, brachte es auf den Punkt: „Es kann nicht sein, dass die Leistungsbeziehenden aktiv auf eine viel zu früh erfolgte Bitte um Vorlage von Betriebskostenabrechnungen reagieren müssen. Dass in Wattenscheid Berichten zufolge sogar Briefe des Vermieters nicht ausgereicht haben sollen, um das Fehlen

der Betriebskostenabrechnungen zu belegen, gilt es aufzuarbeiten. Es ist zu überprüfen, ob nicht besser über die Notwendigkeit eines Einspruchs gegen die verfrühte Vorlage von Betriebskostenabrechnungen informiert werden muss und dieser generell zu erleichtern ist.“

## 1.2 Gesundheit ist ein Menschenrecht

### **FFP2-Masken für Menschen in schwierigen Lebenslagen**

Aufgrund der Befürchtung, dass die vom Bund angekündigte einmalige Ausgabe von zehn FFP2-Masken an Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen längst nicht alle Betroffenen erreichen würde, hatten wir 2021 beantragt, dass die Stadt selbständig in größerer Anzahl Masken beschafft und unbürokratisch ausgibt. Bei der Versendung der Gutscheine durch die Krankenkassen gab es viel Durcheinander und Verzögerungen. Ein zusätzliches Problem war, dass Wohnungslose, Unversicherte sowie Menschen in sonstigen prekären Lebenssituationen durch dieses Modell nicht zufriedenstellend versorgt wurden. Unser Antrag, dass die Stadt FFP2-Masken auch in Eigenregie beschaffen und ein Konzept zur niederschweligen Abgabe entwickeln sollte, hatte reges Treiben in den anderen Fraktionen und in der Verwaltung zur Folge. Die CDU stellte einen Änderungsantrag, der unseren Wortlaut weitgehend übernahm, aber die Zielgruppe ausschließlich auf Wohnungslose beschränkte. Außerdem wollte die CDU streichen, dass der Rat die CDU-geführte Landesregierung auffordert, mittelfristig die Kosten zu übernehmen. Die rechte AfD ging noch einen Schritt weiter und beantragte sogar, dass Wohnungslose „aus Kostengründen“ nur die weniger schützenden OP-Masken erhalten sollten. Im Anschluss demaskierte sich die rassistische und unsoziale Partei weiter selbst, indem sie die Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen wie folgt ablehnte: „Die günstigere Variante der OP-Masken sind allerdings bereits für 5 Euro pro 50er-Pack im Internet erhältlich, sodass auch einkommensschwächere Familien in der Lage sein werden, den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen.“ Während die Rechten also ärmere Bochumerinnen und Bochumer mit schlechterem Infektionsschutz abspeisen wollten, war das für uns auf keinen Fall eine Option. Weil die Sozialdezernentin Britta Anger aber ankündigte, dass die Stadt zeitnah Empfänger:innen von Sozialleistungen Masken per Post zukommen lassen wollte und auch Wohnungslose erreicht werden sollten, stellten wir die Abstimmung über unseren Antrag schlussendlich zurück. Unser Druck hatte bereits Wirkung gezeigt.

### **Lokale Impfstationen**

Während der Pandemie war der Andrang auf die wenigen Impfzentren und die Hausarztpraxen teils sehr hoch, Menschen mussten abgewiesen werden. Gleichzeitig gab es viele Menschen, die keine Impfung geplant hatten, oftmals aufgrund mangelnder Aufklärung. Um möglichst viele Bochumerinnen und Bochumer in ihrem Alltag anzusprechen, hatten wir von der Stadt gefordert, gezielt Kooperationen mit allen dafür in Frage kommenden gesellschaftlichen Akteuren – insbesondere auch Migrant:innenselbstorganisationen – einzugehen. Mit einer Erhöhung des

dezentralen Angebots und einem niedrigschwelligen Informationsangebot sollten mehr Unentschlossene dazu bewegt werden, sich impfen zu lassen. So wollten wir dazu beitragen, dass die Gefahr einer Ansteckung und schwerer Krankheitsverläufe in Bochum reduziert wird.

### **Förderung der Teilnahme an U-Untersuchungen**

Bei den Früherkennungsuntersuchungen für Kinder (U-Untersuchungen) untersuchen Ärzt:innen den allgemeinen Gesundheitszustand von Kindern mit besonderem Hinblick auf bestimmte schwerwiegende Erkrankungen und die altersgemäße Entwicklung. Laut Sozialbericht Bochum 2021 kommt der U9 als letzter U-Untersuchung vor der Einschulung eine besondere Bedeutung zu. Diese wird zwischen dem 60. und 64. Lebensmonat durchgeführt. Des Weiteren führt der Sozialbericht aus: „Gesamtstädtisch haben 91,5 % der untersuchten Schulanfängerinnen und -anfänger, die 2019/2020 ihr Früherkennungsheft zur Schuleingangsuntersuchung vorlegten, an der U9 teilgenommen. Auf kleinräumiger Ebene bewegte sich der Anteil der Kinder mit dokumentierter Teilnahme an der U9 zwischen 83 % und 99 %. Die niedrigsten Anteile von Kindern mit wahrgenommener U9 finden sich in den Ortsteilen Querenburg, Gerthe, Wattenscheid-Mitte, Dahlhausen, Gleisdreieck und Weitmar-Mitte.“ Laut Sozialbericht existiert zudem eine Korrelation zwischen der sozialstrukturellen Differenzierung der Ortsteile und der Häufigkeit der Wahrnehmung der U9. Wir stellten im Frühjahr 2022 im Sozialausschuss eine Anfrage, ob der Verwaltung bekannt ist, inwiefern ein Migrationshintergrund oder SGB II-Bezug sich auf das Wahrnehmen der Früherkennungsuntersuchung auswirken und ob die Stadt Maßnahmen ergreift, um den Anteil an durchgeführten Frühuntersuchungen zu erhöhen.

Hinsichtlich einer gesonderten Berücksichtigung von Menschen im SGB II-Bezug oder mit Migrationshintergrund bei der Ansprache, gab die Verwaltung folgende Auskunft: „Aufgrund der Meldung durch die Zentrale Stelle Gesunde Kindheit ist dem Begrüßungsteam nicht bekannt, welcher Migrationshintergrund vorliegt und ob es sich um Leistungsbeziehende nach SGB II handelt. Beim Begrüßungsbesuch nach der Geburt eines Kindes bekommen die Familien durch das Begrüßungsteams Flyer mit Informationen über die wichtigen Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, soweit möglich in der jeweiligen Sprache.“ Den Gründen für das Versäumen der Früherkennungsuntersuchung geht die Verwaltung bisher laut eigener Auskunft nicht nach.

### **Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bochum-Linden**

Nach dem angekündigten Rückzug der Helios Klinikum Krefeld GmbH zum Ende des Jahres 2022 hatten wir uns dafür eingesetzt, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie durch einen öffentlichen Träger weitergeführt wird. Helios hatte aus Kostengründen und nach einem jahrelangen Hin und Her als Träger am Standort Bochum-Linden aufgehört, wodurch die wichtige Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bochum gefährdet wurde. Zusammen mit dem Kreisverband der Bochumer LINKEN haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Trägerschaft der Einrichtung durch den Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) oder einen kommunalen Träger übernommen wird.

## **Behandlungsraum für Schwangerschaftsabbrüche**

Eine Befragung der „Arbeitsgruppe Versorgungssituation Schwangerschaftsabbruch“ gynäkologischer Praxen in Bochum hatte bereits 2021 zu Tage gefördert, dass zehn befragte Praxen sich grundsätzlich vorstellen könnten, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Allerdings bräuchten sie dafür einen Behandlungsraum. Seitdem hat sich die Stadt nicht dazu durchringen können, diesem Wunsch zu entsprechen. Dabei wäre es dringend angebracht, dass die Stadt mithilft, ein bedarfsdeckendes Angebot in Bochum für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Aktuell gibt es nämlich nur eine Bochumer Praxis, die Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Viele Bochumerinnen mit dem Wunsch nach Beendigung ihrer Schwangerschaft müssen dafür in die Umgebung ausweichen. Diesen unhaltbaren Zustand wollten wir beenden, weshalb wir zur ersten Ratssitzung 2023 den Antrag gestellt haben, dass die Stadt alle erforderlichen Schritte unternehmen möge, damit Ärzt:innen zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein Behandlungsraum zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in Bochum zur Verfügung steht. In einem ersten Schritt sollte dafür Kontakt mit Krankenhäusern und anderen in Frage kommenden Einrichtungen aufgenommen werden, um einen geeigneten Behandlungsraum ausfindig zu machen. Trotz des offensichtlichen Handlungsdrucks und der Absichtserklärung im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen, die Versorgungssituation zu verbessern, fand unser Antrag keine Mehrheit im Rat. So wurde eine Chance vertan, um Frauen in Bochum mit dem Wunsch nach einer Beendigung ihrer Schwangerschaft ein größeres Angebot und Wahlmöglichkeiten zu verschaffen. SPD und Grüne handelten mit der Ablehnung unseres Antrags wieder einmal gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag, in dem sie noch die Absicht verschriftlicht hatten, die Versorgungssituation in Bochum zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu verbessern. Wir finden es ein fatales Signal aus der Politik, wenn es bereits an der Bereitstellung eines Behandlungsraums für Schwangerschaftsabbrüche scheitert. Die Stadt Bochum lässt Frauen mit dem Wunsch nach Abbruch ihrer Schwangerschaft so leider im Regen stehen. Das muss sich zeitnah ändern – wir arbeiten dran!

## **Corona-Schutz-Restbestände**

Als die Medien Anfang 2023 von zig Millionen vernichteter Corona-Schutzmaterialien berichteten, wollten wir mit einer Anfrage herausfinden, wie dazu die Lage in Bochum war. Wir fragten deshalb an, ob die Stadt im letzten Jahr Schutzausstattung entsorgt hatte, wie groß ihre Restbestände an Masken, Schutzkitteln, Einweghandschuhen etc. waren und was die Stadt mit den Restbeständen vorhatte. Explizit wollten wir auch wissen, ob die Stadt beabsichtigte, nicht benötigte Materialien vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums zu spenden. In ihrer Antwort sprach die Verwaltung von „ungeplant hohen Materialzuführungen“ und einer „Erhöhung des Lagerbestandes um ein Vielfaches“, ohne aber Zahlen zu nennen. Man wolle prüfen, „ob eine Zweitnutzung vor Ablauf, u.a. durch Spenden, möglich ist“. Die Materialspenden würden ausschließlich an gemeinnützige Organisationen gehen. Wir finden: Alle Corona-Schutz-Restbestände, die über vorzuhaltendes Material für Krisensituationen hinausgehen, sollten nicht in der Verbrennungsanlage landen und rechtzeitig von der Stadt gespendet werden.

## **Menschen ohne Krankenversicherung**

Auf unsere Anfrage teilte die Verwaltung mit, dass zum Stichtag 31.12.2022 der Verwaltung 773 Menschen im Sozialhilfe- oder Grundsicherungsbezug und 695 Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Bochum bekannt waren, die keinen Krankenversicherungsschutz hatten. Diese Zahlen waren in den letzten Jahren rückläufig. Dieser Personenkreis habe dennoch Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung. Die betroffenen Menschen erhielten von einer gesetzlichen Krankenkasse ihrer Wahl eine Karte. Die erhaltene Leistung werde anschließend dem Amt für Soziales in Rechnung gestellt. Ohne Zugang zur gesundheitlichen Regelversorgung blieben so nur Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus und solche, die ihren Lebensunterhalt und ihre Krankenkosten als Selbstzahler:innen bewältigen könnten.

## **Mobilitätseingeschränkte Menschen allein gelassen: Aufsuchende Gesundheitsarbeit durch „Gemeindeschwestern“ abgelehnt**

Den Begriff der „Gemeindeschwester“ kann man für überholt halten, dass damit verbundene Konzept einer aufsuchenden Gesundheitsarbeit ist aber zukunftsweisend. In Zeiten von Ärztemangel, demografischem Wandel und einer besorgniserregenden Zunahme sozialer Isolierung, könnten „Gemeindeschwestern“ auch in Bochum eine Versorgungslücke schließen. Hochbetagte und mobilitätseingeschränkte Menschen, die aber keinen Pflegebedarf haben, könnten durch aufsuchende Gesundheitsarbeiter:innen niedrigschwellig erreicht werden. Durch die Hausbesuche können Hilfebedarfe und Risiken im Wohnumfeld frühzeitig ganzheitlich erkannt werden. Praxisbeispiele aus anderen Bundesländern und Kommunen zeigen ganz eindeutig, dass dadurch bessere präventive Maßnahmen ergriffen werden können und eine höhere Partizipation an Gesundheitsvorsorgemaßnahmen erreicht wird. Die kommunale soziale Daseinsvorsorge könnte dadurch erheblich verbessert werden, sagen auch Wissenschaftler:innen. Aus diesen Gründen haben wir im Rat einen Prüfauftrag eingebracht, in dem wir die Verwaltung aufgefordert haben, Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und inwiefern die stadt eigenen Senioreneinrichtungen diese Aufgabe übernehmen könnten. Aber nicht einmal diesem unschädlichen Prüfauftrag wollten die anderen Parteien zustimmen, sodass Bochum weiterhin sehenden Auges droht in eine noch größere gesundheitliche Versorgungskrise zu schlittern. Allein der Versuch, niedrigschwellige Lösungen für einen Lückenschluss bei der Versorgung mobilitätseingeschränkter, aber nicht pflegebedürftiger Menschen zu suchen, ist politisch nicht gewollt, wie die Ratssitzung gezeigt hat. Stattdessen wird mit gespielter Empörung über Begrifflichkeiten gestritten, obwohl Gültaze Aksevi in ihrem Redebeitrag ganz deutlich gemacht hatte, worum es uns ging. Das Thema wird uns politisch noch einholen, da hilft auch kein vorsätzliches Verschließen der Augen vor der bereits bestehenden Dringlichkeit.

## 1.3 Bildung

### **Abschulungen**

Schüler:innen, die durch die überholte Trennung im mehrgliedrigem Schulsystem abgehängt werden, müssen oft ihre Schule und damit ihr soziales Umfeld verlassen, um auf eine niedrigere Schulform zu wechseln. DIE LINKE setzt sich auch in Bochum dafür ein, diese Praxis zu überwinden, indem sie sich für Gemeinschafts- und Gesamtschulen einsetzt. 2022 haben wir daher im Schulausschuss angefragt, wie viele Schüler:innen von der Abschulungspraxis betroffen sind. Die Zahlen zeigen besonders, dass Gymnasien nach der Eingangsphase, also dem 5. und 6. Schuljahr, die Leistungsschwächeren, statt sie zu fördern, auf die übrigen Schulformen abwälzt, wo sie dann aufgefangen werden und sich erstmal komplett neu orientieren müssen. Zeit zu lernen bleibt da wenig!

### **Schulsozialarbeit**

Bereits im April 2021 hatte die Linksfraktion ein Augenmerk auf Schulsozialarbeit gelegt und angefragt, welche Schulen ein Angebot machen und wie die Stadt gedenkt, diese wichtige Arbeit an den Schulstandorten auszubauen und zu verbessern. Wie immer stellte die Stadt die Situation als nahezu makellos dar. In Wahrheit sind an vielen Schulstandorten aber nur Teilzeitangebote gemacht worden und allzu oft sind Schulsozialarbeiter:innen schulübergreifend eingesetzt und somit überfordert. Die Broschüre „Stadtteile Kompakt 2022“ hat uns dann wieder Ende 2022 einen guten Einblick in die Situation der Schulsozialarbeiter:innen in Bochum gegeben, was unsere Befürchtungen bestätigt hat. Die Linksfraktion wird sich auch in Zukunft weiter mit dem Thema befassen und nicht lockerlassen, bis jeder Schulstandort eine eigene Schulsozialarbeit anbieten kann, die möglichst niederschwellig und auch akut für alle Glieder der Schulgemeinschaft ansprechbar ist.

### **Wann schafft die Stadt endlich weitere Gesamtschulen?**

Auch für das Schuljahr 2023/24 hat die Stadt mitgeteilt, dass insgesamt 152 Anmeldungen für die fünften Klassen an den Bochumer Gesamtschulen negativ beschieden wurden. Das ist eine Steigerung um fast ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr. Für 99 Schüler:innen bedeutet die Ablehnung, dass sie die Schullaufbahn an einer anderen als der gewünschten Schulform fortsetzen müssen. Es ist keine neue Nachricht, dass die vorhandenen Bochumer Gesamtschulen den anhaltend hohen Bedarf an Plätzen nicht decken. Die Verwaltung hätte darauf längst reagieren müssen, wie wir es als Linksfraktion seit Jahren fordern. Wann können sich SPD und Grüne endlich zum Handeln durchringen? Statt die Planung von weiteren Gesamtschulen, mindestens einer davon in Wattenscheid, zu verzögern, sollte jetzt losgelegt werden. Als Linksfraktion fordern wir Konsequenzen: Damit endlich keine Kinder mehr bei ihrer Erstwunschschule abgewiesen werden müssen, brauchen wir eine echte Erhöhung der Plätze für gemeinsames Lernen. Wir fordern die Rathauskoalition auf, in Wattenscheid eine zweite Gesamtschule zu schaffen.

## **Erfolg: Schüler:innen werden in Ausschussberatungen einbezogen**

Bereits vor der Ratssitzung zeichnete sich ab, dass unser Antrag Erfolg haben wird. Wir hatten als erste Fraktion zur Ratssitzung den Antrag eingereicht, dass Schüler:innenvertreter:innen der Bezirksschüler:innenvertretung im Ausschuss für Schule und Bildung sowie im Jugendhilfeausschuss beratende Mitglieder werden sollen. So wollten wir einen Schritt machen hin zu mehr institutionell verankerter Jugendbeteiligung, denn leider wird auch in Bochum noch zu oft über die Köpfe junger Menschen hinweg entschieden. Die Themen des Ausschusses für Schule und Bildung und des Jugendhilfeausschusses betreffen Schüler:innen unmittelbar, deshalb müssen sie in den Ausschussberatungen gehört werden und ihre Perspektiven einbringen können. Das fördert ihr politisches Bewusstsein und stärkt unsere Demokratie.

Zweieinhalb Jahre sind seit der Kommunalwahl vergangen, in denen SPD und Grüne das Thema hätten auf die Agenda setzen können. In ihrem Koalitionsvertrag hatten sie sich Schüler:innenvertreter:innen in den Ausschüssen noch ausdrücklich gewünscht gewünscht. Sie hatten aber offenbar vergessen, dass sie diesen Wunsch selbst umsetzen könnten. Das war ihnen wohl so unangenehm, dass sie wenige Tage nach uns einen inhaltsgleichen Antrag einreichten, weil sie sich abermals nicht durchringen konnten, einem LINKE-Antrag zuzustimmen, obwohl sie ihn inhaltlich teilten. So wollten sie unsere Erfolge als linke Opposition unsichtbar machen. Für uns aber hatte es Priorität, dass die Inhalte des von uns übernommenen Antrags durchkommen, weshalb wir letztendlich zusammen mit der Rathauskoalition den dann gemeinsam gestellten Antrag verabschiedet haben. Zukünftig arbeitet jeweils ein:e Vertreter:in der Bezirksschüler:innenvertretung im Ausschuss für Schule und Bildung und im Jugendhilfeausschuss mit. Ein Erfolg für die politische Partizipation Jugendlicher in unserer Stadt, den wir mit unserem Antrag herbeiführen konnten!



## 1.4 Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche

### **Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch**

Bei der Ratssitzung im Mai 2023 stellten wir eine Anfrage zur Teilnahme Bochumer Grund- und Förderschulen am Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch. Das Programm, finanziert aus EU-Mitteln, richtet sich mit dem Programmteil „Schulobst und Gemüse“ an Grund- und Förderschulen und mit dem Programmteil „Schulmilch“ zusätzlich auch an Kindertageseinrichtungen. Ziel ist es, Kindern „mit frischen Nahrungsmitteln eine gesunde Ernährung schmackhaft zu machen“. Insgesamt nehmen aus Bochum 13 Schulen teil und es werden 2.830 Schüler:innen mit dem Programmteil „Schulobst und Gemüse“ erreicht. Der Großteil von ihnen sind Förderschüler:innen und etwa vier Fünftel von ihnen erhalten die frischen Lebensmittel in Bio-Qualität. Am Programmteil Milch nehmen 15 Kitas teil.

Gegen eine Teilnahme sprechen aus Sicht mancher Schulen pädagogische Gründe. Genannt werden die gute soziale Herkunft der Schüler:innen, „da Aufwand und Nutzen dort in keiner Relation stehen“ und weil Eltern „nicht aus der Verantwortung genommen werden sollen“. Eine zu hinterfragende Begründung. Teils fehlt es auch an Kühlmöglichkeiten in den Schulen und wie zu erwarten stellt der zusätzliche Aufwand eine Hürde dar. Unterstützung erhalten die Schulen vom Verein BrotZeit e.V. und das Regionale Bildungsbüro sei bei der „Ansprache und Ausstattung weiterer Schulen“ behilflich. Tatsächlich ist aber nur eine neue Schule im neuen Schuljahr dabei, weshalb diese Arbeit intensiviert werden sollte. Problematisch ist die kurze Laufzeit des Programms, weil sich die Einrichtungen jedes Jahr wieder neu bewerben müssen und die zukünftige Teilnahme damit ungewiss ist. Alle bisher teilnehmenden Schulen und Kitas haben sich für das neue Schuljahr erneut beworben.

### **Pilotphase für kostenloses gemeinsames Frühstück in Kitas**

Aus der Elternschaft hat uns Kritik an geplanten Änderungen beim gleitenden Frühstück in einer städtischen Kita erreicht. Bisher war die Praxis, dass das Frühstück von der Kita vorbereitet und der notwendige Beitrag zur Teilnahme in der Kita eingesammelt wird. Das sei nun nicht mehr möglich, weshalb das gleitende Frühstück eingestellt wurde. Mit einer Anfrage sind wir dem Thema nachgegangen.

Dabei gab es gute Nachrichten: In den Kitas, die bisher eigenständig ein Frühstück organisiert hatten und dafür einen Beitrag eingesammelt hatten, ist Letzteres fortan nicht mehr nötig, weil die Finanzierung aus städtischen Mitteln erfolgt. Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familien hat dann auch im Mai mit unseren Stimmen beschlossen, dass es ein Pilotprojekt für ein zentral organisiertes Frühstück in acht städtischen Kitas geben soll. Für die Dauer der Pilotphase wird es kostenfrei angeboten.

„Perspektivisch soll in allen städtischen Kitas ein zentral organisiertes Frühstück angeboten werden können und über eine elternfinanzierte Verpflegungspauschale in die Entgeltordnung aufgenommen werden“, so die Verwaltung. Die Stadt möchte über die Pilotphase evaluieren,

wie Eltern und Kita-Teams das Angebot akzeptieren und wie hoch der finanzielle Aufwand ist. Wenn die Ergebnisse des Pilotprojektes vorliegen, sollen Entscheidungen zur Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bochum getroffen werden. Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind, sollen in der neuen Entgeltordnung berücksichtigt werden. Dass am Ende alle Kinder mitessen können, darauf werden wir ein Hauptaugenmerk legen.

### **Gebührenloser Ferienpass**

Um Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, hat DIE LINKE sich wiederholt für das Angebot eines kostenlosen Ferienpasses für das Jahr 2023 ausgesprochen. Dazu gehört für uns aber auch, dass dieser analog beworben und angeboten wird, um einen niedrigschwelligen Zugriff für alle sicherzustellen. Wir freuen uns deshalb, dass der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie einstimmig beschlossen hat, dass sich die Verwaltung um eine Förderung aus dem Stärkungspaket NRW für den Ferienpass bemühen soll. Der Ferienpass könnte so in diesem Jahr kostenlos angeboten werden. Auf unseren Antrag hin wurde zudem beschlossen, dass neben dem digitalen Angebot auch wieder klassisch über Plakate und Flyer für den Ferienpass geworben werden soll.

### **Zukunft von Sprach-Kitas sichern**

Eine bestmögliche sprachliche Bildung ist eine Grundbedingung für gute Chancen im Leben. Diese darf nicht erst in der Schule beginnen, wenn wir gleiche Startchancen für alle Kinder erreichen wollen. Die Sprach-Kitas sind hier ein wichtiger Baustein, der unbedingt erhalten werden muss. Vor diesem Hintergrund haben wir zusammen mit den anderen demokratischen Fraktionen im Rat eine Resolution verabschiedet, die die Bundes- und Landesregierung dazu aufruft, die Zukunft der Sprach-Kitas finanziell abzusichern und die aktuelle Förderung nicht ersatzlos auslaufen zu lassen.

### **Mehr Kita Personal durch Aachener Modell**

Der Aachener Kinder- und Jugendhilfeausschuss hat das sogenannte Aachener-Modell als Mittel gegen den Fachkräftemangel in Kitas beschlossen. Zukünftig sollen Menschen ohne eine pädagogische Ausbildung in Kitas Aufgaben übernehmen, die über den Aufgabenbereich von Alltagshelfer:innen hinausgehen. Eine Zustimmung der Landesregierung zu dem Konzept steht noch aus. Natürlich ist ein Verzicht auf die pädagogische Ausbildung ein Schritt, der abgewogen werden muss. Leider müssen wir hier aber die Versäumnisse der Politik der letzten Jahrzehnte ausbaden und reagieren. Die Verwaltung teilte auf unsere Anfrage mit, dass das Aachener Modell in Bochum bisher kein Thema sei. Nach Ansicht der Verwaltung biete das Qualitätshandbuch der Kindertagespflege ein modernes und modulares Ausbildungskonzept, das sich durch modulare Anpassungen an verschiedene Qualifizierungsniveaus anpassen lasse.

## **Kindertagespflege Energiekosten**

Die steigenden Energiekosten haben alle Bochumer:innen hart getroffen. Manche mehr als andere. Im Zuge dessen kamen Tageseltern auf uns zu und informierten uns über ihre Lage. So erfuhren wir, dass die Stadt zwar froh ist um jedes Kind, welches in Tagespflegeeinrichtungen untergekommen ist, um ihre knapp geplanten Kindergärten zu entlasten, dafür aber nicht mehr Geld zur Verfügung stellt. Sei es die zusätzliche Belastung durch Corona oder die steigenden Kosten durch Inflation und Energiekosten, die abgefedert werden muss. DIE LINKE hatte entsprechend reagiert und die Erhöhung der Kostenpauschalen um 10% sowie die Einrichtung von Härtefonds für die Tagespflege beantragt. SPD und Grüne wollten einen solchen Schutzschirm leider nicht spannen – zu teuer und das Warten auf Bund und Land ohnehin viel bequemer. Die Kindertagespflege wird so weiter im Regen stehen gelassen.

## **Einsatz gegen Schließung der Kita Waldring**

Im Dezember 2021 konnten die Eltern der Kita Waldring auf Bitten unseres Ausschussmitglieds, Mehtap Yildirim, in einem Redebeitrag im Jugendhilfeausschuss ihren Unmut über die Kitaschließung vorbringen. Die Antwort der Verwaltung war schon damals schmallippig. In der Antwort auf unsere Anfrage hat die Verwaltung zugegeben, dass für einzelne Kinder doch eine Übergangslösung notwendig wird. Aber ansonsten zeigt sich die Verwaltung recht hilflos. Die Schließung der Einrichtung zum Kita-Jahr 2022/2023 steht nun fest. Mit potenziellen Trägern für eine neue Kita am Standort will die Stadt keine Gespräche führen. Der Einsatz der Eltern, den wir nach Kräften unterstützt haben, wird ignoriert. Auch bei weiteren Schließungen von Kitas in Bochum aufgrund mangelnder Sanierung in der Vergangenheit schaut die Stadt tatenlos zu. In Bochum werden damit trotz Rechtsanspruch noch mehr Kinder keinen Kita-Platz erhalten.

Wie die Verwaltung in Zukunft den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz flächendeckend – vor allem im U-3-Bereich – erfüllen will, bleibt offen. Die angekündigten zusätzlichen 850 Plätze bis 2025 reichen jedenfalls nicht aus. Selbst die durch die Schließung der Kita-Waldring entstandene Lücke kann die Verwaltung zeitnah nicht schließen.

## **Jugendwohnen – Angebot stadtweit ausweiten**

Als Bochumer Linksfraktion forderten wir die Verwaltung auf, das Angebot im Bereich des Jugendwohnens in ganz Bochum schnellstmöglich bedarfsgerecht auszuweiten. Wir begrüßen, dass die Verwaltung den erhöhten Bedarf anerkennt und eine Ausweitung des Angebots prüft. Das ging aus der Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage hervor (Januar 2023).

„Die Plätze in Jugendwohnangeboten müssen dringend in ganz Bochum ausgeweitet werden“, erklärte Mehtap Yildirim, unsere jugendpolitische Sprecherin. „Es ist gut, dass die Verwaltung eine Prüfung der Angebotsstruktur im Bereich des Jugendwohnens ankündigt. Diese muss zügig abgeschlossen und dann mit der Ausweitung des Angebots begonnen werden. Dass der Bedarf in Bochum derzeit nicht angemessen gedeckt werden kann, darf kein Dauerzustand werden.“

Die Verwaltung ist jetzt in der Pflicht, auf den erhöhten Bedarf mit einer angemessenen Angebotsausweitung zu reagieren.“

Die Linksfraktion hatte in ihrer Anfrage zudem nach dem Bedarf für eine Ausweitung des Jugendwohnangebots auf junge Erwachsene bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres gefragt: „Wir freuen uns, dass die Verwaltung die Bedarfe für eine Ausweitung des Jugendwohnangebots auf junge Erwachsene prüft. Dass die Bochumer Streetworker dies begrüßen, bestätigt die Verwaltung in ihrer Antwort auf unsere Anfrage. Wir werden die Prüfung der Verwaltung abwarten und, wenn notwendig, mit einem Antrag nachsteuern“, ergänzt Yildirim.

## 1.5 Schluss mit geringen Löhnen, Sexismus und Ausgrenzung

### **Geschlechter Lohn-Lücke bei der Stadt Bochum?**

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März 2023 stellte die Linksfraktion eine Anfrage zum sogenannten Gender Pay Gap bei der Stadt. In der Anfrage wird nach dem durchschnittlichen Stundenlohn von männlichen und weiblichen Voll- und Teilzeitbeschäftigten in den verschiedenen Dezernaten der Stadt Bochum gefragt. Eine solch detaillierte Aufschlüsselung ist dem Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung nicht zu entnehmen. „Wir wollen mit der Anfrage in Erfahrung bringen, wo bei der Stadt in Sachen gleicher Bezahlung von Frauen und Männern der Schuh besonders drückt. Der Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung bestätigt zwar die offensichtlichsten Herausforderungen wie massive Differenzen zwischen den Geschlechtern bei den Zentralen Diensten. Zusammenhänge zwischen den Parametern Geschlecht, Lohn, Typ der Beschäftigung sowie Dezernat werden aber nicht transparent gemacht“, erklärte unser Ratsmitglied und Mitglied des Beirats „Frauen, Geschlechtergerechtigkeit und Emanzipation“, Gültaze Aksevi. Anstelle isolierter, unvollständiger Statistiken sollten durch die Anfrage Zusammenhänge sichtbar gemacht werden, die eine Idee davon geben, wie es bei der Stadt tatsächlich um die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bestellt ist. Kurz: Wir erhofften uns von der Anfrage detailliertere Informationen zum Gender Pay Gap in den einzelnen Dezernaten und ein erhöhtes Problembewusstsein.

Die Anfrage ergab, dass unter den Vollzeitbeschäftigten der Stadt Männer in vier der sechs städtischen Dezernate durchschnittlich mehr verdienen als Frauen. Besonders groß ist der Lohnunterschied im von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch geleiteten Dezernat I, wo männliche Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich 2,64€ pro Stunde mehr verdienen als Frauen. Bei den Teilzeitbeschäftigten sind die Verhältnisse im Durchschnitt ausgeglichener. Hier verdienen weibliche Angestellte im Dezernat I sogar durchschnittlich 5,31€ mehr als Männer. Allerdings haben auch bei den Teilzeitbeschäftigten die Männer in vier von sechs Dezernaten die Nase vorn bei den Entgelten. Selbstverständlich bezahlt die Stadt ihre Beschäftigten auf Basis des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst und die Differenzen ergeben sich aus

Stufenzuordnungen, Betriebszugehörigkeit und Familienzuschlägen. Dennoch ist es wichtig, geschlechtsspezifische Differenzen sichtbar zu machen und zu prüfen, wie sich die Stadt für den Abbau von Ungleichheiten ins Zeug legt. Gerade bei den Teilzeitbeschäftigten ist der Frauenanteil deutlich höher, da meist Frauen die Care-Arbeit übernehmen. Hier sollte die Stadt ihre Bemühungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, explizit auch für Männer, intensivieren. In Sachen Geschlechtergerechtigkeit muss die Stadt vorangehen.

### **Schutz von Frauen und Kindern in Obdachlosenunterkünften**

Ende 2022 wandte sich eine Bürgerin vertraulich an uns und schilderte einen Fall sexuell übergriffigen Verhaltens in einer Bochumer Obdachlosenunterkunft. Daraufhin stellten wir eine Anfrage im Rat, ob der Verwaltung derartige Fälle bekannt sind und welche Präventivmaßnahmen getroffen werden, um sexuelle Übergriffe zu verhindern oder zumindest verfolgen zu können. Die Verwaltung antwortete, dass ihr in 2022 keine Fälle sexueller Belästigung gegen Frauen bekannt geworden seien und Frauen sich an die Sozialarbeiter:innen vor Ort oder an die Frauenberatungsstelle wenden könnten. Diese Möglichkeiten, Fälle sexueller Übergriffe zu melden, fanden wir nicht niedrigschwellig genug. Deshalb setzte sich Kristina Rüdiger, die uns im Sozialausschuss vertritt, in der Ausschusssitzung im März 2023 dafür ein, dass Aushänge mit Hinweis auf die Möglichkeit zur anonymen Meldung in den Einrichtungen aufgehängt werden. Sozialdezernentin Britta Anger versprach die Anregung mitzunehmen.

## **1.6 Für ein selbstbestimmtes Altern in Würde**

### **Unterstützung für pflegende Angehörige**

Seit vielen Jahren engagieren wir uns als Partei und auch als Ratsfraktion für eine Verbesserung der Situation in der Pflege. Gesellschaftlich ist das Thema ins Bewusstsein gerückt, verbessert hat sich aber nicht wirklich etwas Grundlegendes. Weniger beachtet in den Debatten ist die Gruppe der pflegenden Angehörigen, die für uns als LINKE neben den Beschäftigten und den Pflegebedürftigen eine der drei Säulen unserer Pflegepolitik bildet. Anfang 2023 haben wir deshalb eine Anfrage gestellt zum Thema, wie es in Bochum um die Unterstützung pflegender Angehöriger bestellt ist. In Bochum leben immerhin rund 12.000 Pflegebedürftige, die durch Angehörige gepflegt werden. Die pflegenden Angehörigen brauchen städtische Entlastungsangebote und eine bestmögliche Unterstützung.

Im Rahmen des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen werde „trägerunabhängig über die Ansprüche und Unterstützungsmöglichkeiten“ beraten. Darüber hinaus berücksichtige die Stadt in der Ausgestaltung ihrer Angebote zur Entlastung pflegender Angehöriger die drei zentralen Faktoren einer „angehörigenbewussten Kommune“: Beratung, Vernetzung sowie Information und Öffentlichkeitsarbeit. Zu diesem Angebot gehören der Fachdienst Altenhilfe, das Senior:innentelefon und der Senior:innenwegweiser, aber auch das Regionalbüro Alter, Pflege und

Demenz, die Alzheimer Gesellschaft und die DRK Alzheimerhilfe. Außerdem lobte sich die Verwaltung selbst für ein Konzept zur kommunalen Pflegeplanung, das extern erstellt wurde. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales wurden hier aber bereits Mängel sichtbar, die pflegende Angehörige betreffen. Dazu zählt neben festgestellten Mängeln wie beispielsweise einer gänzlich fehlenden Tagespflege im Bezirk Süd und viel zu wenigen Tagespflegeplätzen im Bezirk Südwest ein doch sehr enger Blick auf Pflegebedürftigkeit, in dem spezifische Interessenlagen beispielsweise jüngerer Menschen mit Behinderung zu kurz kamen.

Dringenden Handlungsbedarf zur Unterstützung pflegender Angehöriger sieht die Verwaltung nicht, aber die Stabstelle „Leben im Alter“ arbeite an der Erstellung einer Berichterstattung, woraus ein Handlungskonzept abgeleitet werden soll. Auch bei den Kurzzeitpflegeplätzen sieht die Verwaltung ein bedarfsdeckendes Angebot in Bochum. Die Verwaltung blieb also wie leider häufig bei unseren Anfragen im Vagen, wenn es um konkrete Hinweise zu Problemstellungen geht. Man brüstet sich mit den vorhandenen Angeboten und hält sich bedeckt bei allem, was Angriffsfläche für die Opposition bedeuten könnte.

## 1.7 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

### **Stromanschluss an Plätzen für Rollstuhlfahrer:innen im Ruhrstadion**

Auf eine Idee bringen konnte unser Mitglied im Sportausschuss, Sven Ratajczak, die Verwaltung mit einer Anfrage zum Thema Stromanschlüsse für Rollstühle im Ruhrstadion. Nach einem Hinweis eines Bürgers fragte er nach, ob es Pläne gibt, Stromanschlüsse zur Verfügung zu stellen, damit elektrische Rollstühle während des Spiels geladen werden können. Die Verwaltung antwortete, dass weder an den VfL Bochum noch an die Sportverwaltung bisher der Bedarf herangetragen worden sei. Die Sportverwaltung ist in Kooperation mit dem VfL an die Betroffenen herantreten und hat sich schlussendlich für das Vorhalten von Stromanschlüssen an den Plätzen für Rollstuhlfahrer:innen im Ruhrstadion entschieden. Wir freuen uns, hier den Anstoß geliefert zu haben für eine Verbesserung des Stadionbesuchs für Menschen mit Behinderung und mehr Barrierefreiheit im Ruhrstadion.

### **Barrierefreies Wohnen bei der VBW**

Wie weit ist die VBW als unser städtischer Wohnungskonzern in Sachen Barrierefreiheit? Aus der Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage geht hervor, dass zum Bestand der VBW 879 barrierearme Wohnungen gehören, was einem Anteil von sieben Prozent entspricht. Ende 2023 sollen es neun Prozent sein. Auf unsere Frage, von welchem Bedarf an barrierefreien Wohnungen die VBW ausgeht, wird in der Antwort der Verwaltung nicht eingegangen. Dabei wird das Prädikat „barrierefrei“ auch teilweise als Vorwand für eine höhere Miete verwendet und müsste hinterfragt werden. Den tatsächlichen Bedarf an barrierefreiem Wohnraum nicht zu kennen,

würde VBW und Stadt in keinem guten Licht erscheinen lassen, der Opposition angefragte Daten vorzuenthalten ebenfalls nicht.

Die gute Nachricht: Sämtliche Wohnungen, die die VBW neu bauen lässt, sind barrierearm. Aber: Die VBW baut leider zu wenig, insbesondere entsteht leider zu wenig öffentlich geförderter Wohnungsbau, in dem Barrierefreiheit vorgeschrieben ist. Außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsneubaus sind der Verwaltung keine Zahlen zur Barrierefreiheit bekannt.

### **Portal für Barrierefreiheit**

Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland für klare Ziele bei Inklusion und Teilhabe entschieden. Hierfür müssen auch die Kommunen ihren Beitrag leisten. Dazu gehört, dass Barrieren im öffentlichen Raum registriert und möglichst zügig beseitigt werden können. Betroffene wünschen sich hier eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Mitwirkung, welche barrierefrei und in leichter Sprache zugänglich sein sollte. In interfraktionellen Vorgesprächen wurde die Einrichtung eines Portals für Barrierefreiheit durchweg befürwortet. Auf unsere Anfrage hin gibt die Verwaltung an, dass ab Herbst 2023 das BürgerEcho durch eine neue Software abgelöst wird, bei der dann neben Mängeln auch auch Barrieren gemeldet werden können. Wir sind gespannt und werden uns die Umsetzung genau anschauen.

## **2. Wirtschaft**

### **2.1 Solidarische Wirtschaft – gerechte Finanzen**

#### **Klima-Killer: 25 Millionen Euro zusätzlich für defizitäres Kohlekraftwerk**

Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Rat Ende 2020 beschlossen, dem Trianel-Kohlekraftwerk Lünen 25 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen – zum Ausgleich von zusätzlichen Verlusten. Die Verwaltung wollte die Riesensumme für das defizitäre Kraftwerk zusammen mit coronabedingten Sonderzuschüssen für die städtische Wirtschaftsentwicklung (0,5 Millionen Euro) und die Bogestra (6,3 Millionen Euro) beschließen lassen. Unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier kritisierte das scharf und beantragte die getrennte Abstimmung. Denn unserer Meinung nach handelt es sich bei den Verlusten des Kohlemeilers, der über den ewmr-Konzern teilweise der Stadt Bochum gehört, nicht um „coronabedingte Finanzschäden“, wie die Verwaltung behauptet. Denn seitdem das 1,4 Milliarden Euro teure Kraftwerk trotz großer Proteste und Klagen von Umweltverbänden im Jahr 2013 ans Netz ging, stößt es zwar jedes Jahr 5,7 Millionen Tonnen klimaschädliches CO<sub>2</sub> aus, macht allerdings durchgängig hohe Verluste. Selbst die Verwaltung gab zu, dass die jetzt ausgleichenden zusätzlichen Verluste durch die Entwicklung der Rohstoffkosten, Strompreise und CO<sub>2</sub>-Preise verursacht werden. Die Verwaltung bestätigte auch, dass zum Beispiel

regenerative Anlagen von den negativen Entwicklungen viel weniger stark betroffen wären als dieses Steinkohlekraftwerk, mit dem Bochum einen Stromliefervertrag bis zum Jahr 2033 abgeschlossen hat. Die Riesensummen, die unsere Stadt kontinuierlich in diesen defizitären Klimakiller versenkt, sind unserer Meinung nach ein Skandal – insbesondere, wenn wir im Verhältnis dazu sehen, wie sich die Mehrheit aus SPD und Grünen bei viel kleineren Geldsummen für soziale Maßnahmen sträubt sie auszugeben. Für völlig unverantwortlich halten wir angesichts dieser erneuten Millionenverluste, dass SPD, Grüne, CDU und Co. dagegen stimmten, die Verwaltung mit der Prüfung eines Abwicklungskonzeptes für das Milliardengrab zu beauftragen. Als LINKE haben wir seitdem nicht locker gelassen, einen schnellstmöglichen Kohleausstieg der Stadt Bochum zu erreichen und treten konsequent für eine sozial-ökologische Energiewende auch vor Ort ein.



### **Koalition & CDU verteidigen Sanierungsbremse**

Im Betriebsausschuss für Eigenbetriebe haben wir uns bemüht, einen Beschluss zu korrigieren, der seit Jahren für mehr Investitionsstau bei städtischen Gebäuden sorgt: Gegen die Stimmen der LINKEN hatte der Bochumer Rat vor viereinhalb Jahren beschlossen, die Mittel für die Sanierung von überbezirklich bedeutsamen städtischen Gebäuden um 60 Prozent zu senken – auf nur noch etwas über eine Million Euro jährlich. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Kürzung endlich zurückzunehmen. „Sanierungsstau verursacht mittel- und langfristig weit höhere Kosten als es rechtzeitige Investitionen tun“, begründete unser Ausschuss-Mitglied Wahed Tofik den Antrag. „In einer Zeit, in der die Stadt Bochum mit dem Haus des Wissens ein neues Projekt mit einem Volumen von an die 100 Millionen Euro plant, ist es völlig unangemessen, an dieser Kürzung der Gelder für Maßnahmen im Bestand festzuhalten.“ Alle Argumente halfen jedoch nichts: Die Koalition aus SPD und Grünen machte, unterstützt von der CDU, deutlich, dass sie auch im Haushalt für 2022 an der Sanierungsbremse festhalten will. Sie lehnten unseren Antrag gemeinsam ab.

## **Mehr Gewerbesteuereinnahmen für die Stadt**

Schöpft die Stadt Bochum sämtliche Mittel aus, um alle Gewerbesteuereinnahmen, die ihr rechtlich zustehen, einzutreiben? Das wollten wir von der Verwaltung in unserer Anfrage im Ausschuss für Beteiligung und Controlling wissen. Bochum hat wie viele andere Kommunen einen städtischen Steuerprüfdienst. Dieser nimmt Akteneinsicht und beteiligt sich an Außenprüfungen des Finanzamtes. So wird zum Beispiel überprüft, ob Firmen, die ihren Geschäftssitz nicht in Bochum unterhalten, trotzdem eine Betriebsstätte im Sinne von §12 Abgabenordnung begründen (zum Beispiel durch eine länger als sechs Monate andauernde Bautätigkeit). Solche Betriebsstätten können im Rahmen einer sogenannten Zerlegung berücksichtigt werden, so dass ein Teil des einheitlichen Gewerbesteuermessbetrags der Stadt Bochum zugewiesen wird. Dazu wollten wir wissen, wie viele Stellen für den städtischen Steuerprüfdienst vorgehalten und wie viele überhaupt besetzt sind. Darüber hinaus haben wir nachgefragt, wie viele Betriebsprüfungen es gegeben hat und ob sich durch diese und die anschließenden Zerlegungsanträge sowie durch die Bearbeitung von Einspruchsverfahren dagegen Mehreinnahmen ergeben haben. Mit Erfolg: Als Ergebnis unserer Anfrage und auf unseren Wunsch hin wurde zugesagt, dass der Steuerprüfdienst in den Ausschuss eingeladen wird, von seiner Arbeit berichtet und Rede und Antwort steht.

## **Erstmal keine weiteren kommunalen Steuerprüfer:innen für Bochum**

Ein einziger kommunaler Gewerbesteuer-Prüfer für alle Betriebe in Bochum reicht – dieser Meinung ist jedenfalls die Bochumer Rathauskoalition aus SPD und Grünen. So hat die Mehrheit unseren Antrag abgelehnt, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zum Einsatz kommunaler Steuerprüferinnen und Steuerprüfer zu entwickeln. Wir haben den Vorschlag zum Auftakt der Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 eingereicht, weil wir davon ausgehen, dass zusätzliche Stellen deutliche Mehreinnahmen für den Haushalt generieren können. „Dieses Geld brauchen wir dringend, um die Bochumer Schulen besser auszustatten und die soziale Infrastruktur zu verbessern“, sagte unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier. Mit einer umfassenden Anfrage hatten wir im Vorfeld abgeklärt, über welches Volumen wir hier reden. Aus der Antwort der Verwaltung wurde deutlich: Im vergangenen Jahr gab es in unserer Stadt 24.871 Gewerbesteuerfälle, und 7.226 Unternehmen haben tatsächlich Gewerbesteuer bezahlt. In der Debatte erklärte unser Ratsmitglied Moritz Müller, dass es bei einer Aufstockung des kommunalen Gewerbesteuerprüfdienstes nicht im Kern um die Aufdeckung von Steuerbetrug gehe: „Das deutsche Steuerrecht ist hochkomplex. Häufig verteilen Unternehmen mit Niederlassungen in mehreren Städten die Gewerbesteuer nicht richtig.“ Die Verwaltung hatte auf unsere Anfrage mitgeteilt, dass es in Bochum aktuell 1.928 Unternehmen gibt, bei denen die Gewerbesteuer zerlegt wird, und wo es zu den entsprechenden Fehlern zu Lasten der Stadt Bochum kommen kann. Denn das Problem ist: Die Zyklen von Betriebsprüfungen liegen bei den meisten Unternehmen bei mehr als zehn Jahren. Steuernachforderungen können aber nur für vier Jahre geltend gemacht werden. Das bedeutet, dass etwaige Steuerschulden für viele Jahre nicht mehr eingetrieben werden können. Daher haben wir vorgeschlagen, dass die Stadt auch Steuerprüferinnen und Steuerprüfer an das Finanzamt abordnet. Die Stadt hat nämlich kein eigenes Prüferecht, kann aber der Finanzbehörde Steuerprüferinnen und Steuerprüfer beratend zur Seite

stellen, um die Prüfzyklen zu verkürzen. Die Koalition berief sich bei ihrer Ablehnung auf die Einschätzung von Stadtkämmerin Eva Hubbert, wonach weitere Stellen nicht notwendig seien.



### **Linksfraktion fordert Überprüfung von Corona-Vergaben**

Die Stadt Bochum soll Auftragsvergaben für pandemiebedingt benötigte Produkte (Masken, Corona-Schnelltests, Luftfiltergeräte, Schutzausrüstung usw.) noch einmal intensiv überprüfen. Das haben wir mit einer Anfrage im Rat gefordert. Von der Verwaltung wollten wir zudem wissen, ob Mitglieder des Rates, des Landtages oder des Bundestages mit Hinweisen oder Vermittlungsangeboten Einfluss auf Auftragsvergaben der Stadt genommen haben. Hintergrund sind die bundesweit bekannt gewordenen Korruptionsskandale, die nicht nur Bundestagsabgeordnete betreffen, sondern auch einige Kommunen. „Die persönliche Bereicherung Einzelner darf sich aber nicht zu einem Schaden für die Demokratie insgesamt ausweiten“, sagte Moritz Müller, der unsere Fraktion unter anderem auch im Rechnungsprüfungsausschuss vertritt. Es freut uns, dass alle Vergaben sauber gelaufen sind und es keine Vermittlungsangebote durch Bochumer Abgeordnete gegeben hat.

### **Corona-bedingten Kahlschlag verhindern – Kommunen solidarisch unterstützen**

Die ohnehin schlechte Finanzausstattung der Kommunen wurde während der Corona-Pandemie besonders strapaziert. Wir wollten mit einer Resolution Druck auf Landes- und Bundesregierung ausüben. Die Mehrheit im Bochumer Rat war dazu nicht bereit. Die Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP wollten lieber den Regierenden in Berlin und Düsseldorf den Rücken freizuhalten, statt mit uns ein überparteiliches Zeichen gegen das finanzielle Ausbluten der Städte zu setzen. Konkret hat die von uns vorgeschlagene Resolution gefordert, dass die Städte und Gemeinden zum Ausgleich der Corona-Verluste einen größeren Anteil der Umsatzsteuer zugewiesen bekommen. Außerdem sollte das Land den geplanten Finanzausgleich als Zuschuss und nicht nur als Kredit vergeben. Die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer sollten zumindest zur Hälfte vom Land NRW ausgeglichen werden. Ein weiterer Vorschlag in der Resolution war

die Gründung einer NRW-Kasse zur Entschuldung der Kommunen. Als Linksfraktion werden wir uns weiter für diese Ziele einsetzen und für einen bestmöglich finanziellen Spielraum hier in Bochum kämpfen.

## 2.2 Beschäftigungspolitik: Gute Löhne & Arbeitsbedingungen für alle

### **Krankenstand, Mehrarbeit, Belastungsanzeigen bei der Stadt**

Als Linksfraktion forderten wir, dass die Stadt Bochum einen konkreten Personalaufbauplan für die städtische Verwaltung entwickelt, um die stark negativen Folgen der vor allem seit dem Jahr 2011 durchgesetzten Personalkürzungspolitik zu bekämpfen. Mit anderen Worten: Die Stadt sollte ein Konzept entwickeln, wie sie mit mehr öffentlicher Beschäftigung in zentralen Bereichen wieder handlungsfähig werden kann. Bisher stößt die Forderung auf taube Ohren.

Um die Folgen von Überlastung und Personalmangel für die städtischen Beschäftigten zu dokumentieren, haben wir eine Anfrage im Rat gestellt: Wir wollten wissen, wie sich der Berg an Mehrarbeit und die Zahl der nicht genommenen Urlaubstage in den vergangenen zwei Jahren entwickelt haben, die die Beschäftigten vor sich herschieben. Der Gesamturlaubsanspruch ist mit 165.539 Tagen nicht gerade gering – Tendenz steigend. Der Krankenstand stagnierte 2020 ebenfalls auf hohem Niveau und die Zahl der Belastungsanzeigen ist bei den städtischen Beschäftigten gestiegen. 2020 hat das gesamte Gesundheitsamt eine Belastungsanzeige gestellt. Immerhin konnte von 2019 auf 2020 die Zahl der freien Stellen reduziert werden. Wir werden die Zahlen laufend abfragen und weiter für einen klugen Personalaufbauplan kämpfen.

Angesichts der besonderen Situation in der Corona- Krise hatten wir im Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung noch einige zusätzliche Fragen für den Bereich des Ordnungsamts eingereicht – schließlich soll es hier laut Presseberichten alleine in den kreisfreien Städten in NRW zu mehr als 100.000 Stunden Mehrarbeit gekommen sein. Deshalb wollten wir wissen, wie viele Überstunden im Durchschnitt pro Bochumer Ordnungsamts-Beschäftigte:n seit Beginn des ersten Corona-Lockdowns angefallen sind, wie sich diese Zahlen zu den Vorjahren verhalten, welche Maßnahmen zur Entlastung die Stadt trifft – und ob die Stadt Aufgaben des Ordnungsamts an private Security-Firmen outsourct. Die Antwort der Verwaltung zeigte deutlich, wie der Überstundenberg gewachsen ist. Bei den Zeitkonten kam es 2019 zu einem Anstieg um mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2020 waren es sogar knapp 70 Prozent mehr. Immerhin hat die Verwaltung 2020 reagiert und die Stellenanzahl auf 24 verdoppelt. Da der Bedarf größer ist, zeigen die 19 externen Einstellungen von Fachkräften für Schutz und Sicherheit für ein Jahr. Statt genügend Stellen direkt bei der Stadt zu schaffen, wird auf externe Firmen zurückgegriffen. Outsourcing ist aber eine fragwürdige Lösung. Es braucht genügend und gut geschultes Personal beim Ordnungsamt, sodass alle Aufgaben bewältigt und kein Stress durch Überbelastungen entsteht.

### **Beratung für öffentlich-private Partnerschaften?**

Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat der Bochumer Rat beschlossen, dass die Stadt Bochum unmittelbare Teilhaberin der Beratungsgesellschaft „PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ wird. Warum wir das für eine schlechte Idee halten, hat in der Debatte unser Ratsmitglied Moritz Müller erklärt: „In der Vergangenheit ging es bei der PD im Regelfall um Beratungen, die auf öffentlich-private Partnerschaften, sogenannte ÖPPs, abgezielt haben. Das ist im Kern auch die Gründungs-DNA der PD, und diese Ausrichtung hat das Bundesfinanzministerium als großer Anteilseigner Ende 2017 bekräftigt. So war die PD von Anfang an auch eine Möglichkeit für Lobbyistinnen und Lobbyisten, recht problemlos und sehr direkt Einfluss auf die Politik zu nehmen.“ Weiter verwies Moritz Müller darauf, dass die Rechnungshöfe auf Bundes- und Landesebene ÖPP-Projekte regelmäßig und völlig zu Recht kritisieren. „Es kann nicht sein, dass öffentliche Aufgaben und/oder öffentliches Eigentum auf Private übertragen werden und in der Regel dann garantierte Einnahmen winken, gleichzeitig aber die vertraglichen Risiken überwiegend von der öffentlichen Hand getragen werden sollen. Wir finden: Es muss Schluss sein mit der Privatisierung von Gewinnen und der Vergesellschaftung von Risiken und Verlusten.“

### **Nicht für alle: Freikarten für Beschäftigte im Gesundheitsbereich**

„Unterstützung der Beschäftigten im Gesundheitswesen“ – als wir den Titel dieses SPD-Grünen-Antrags zur Ratssitzung gelesen haben, hatten wir uns zunächst gefreut. Pflegenotstand, Arbeitsüberlastung, zu wenig Personal in den Krankenhäusern: Es war wirklich höchste Zeit, dass die Rathaus-Koalition aktiv wird. Doch der Titel weckte falsche Erwartungen. Denn tatsächlich ging es nur um eine symbolische Anerkennung: 5.000 der 19.000 Beschäftigten in den Bochumer Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegediensten sollten jeweils zwei Freikarten für städtische Kultureinrichtungen erhalten. Dazu haben wir einen Änderungsantrag gestellt: „Wir halten es für ein falsches Signal, wenn die hart arbeitenden Kolleginnen und Kollegen nun auch noch in Konkurrenz um eine symbolische Anerkennung gesetzt werden“, erklärte unser Ratsmitglied Gültaze Aksevi. „Daher wollen wir mit unserem Änderungsantrag zumindest erreichen, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Eintrittskarten ausreichend groß ist.“ Teil unseres Antrags war außerdem, dass neben den von der Stadt selbst betriebenen Kultureinrichtungen auch die Angebote der freien Szene einbezogen werden. So hätte sich die größere Anzahl an Tickets auf mehr Schultern verteilt, und gleichzeitig hätten die durch den Lockdown in Existenznot geratenen Träger der freien Kultur in Bochum verbindlich zugesicherte Einnahmen erhalten, die ihnen geholfen hätten, die Krise zu überstehen. Die Verträge mit den Trägern der freien Szene wollten wir dabei so ausgestalten, dass ihnen große Teile der Ticketkosten bereits sehr zeitnah als Anzahlung ausgezahlt werden können. Leider lehnte eine übergroße Koalition unter Führung von SPD, Grünen und CDU diese Verbesserungen ab. Es bleibt also bei einer symbolischen Anerkennung für gerade einmal ein Viertel der Menschen, die im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten.

## **Gute Löhne im öffentlichen Dienst sichern!**

Auf Initiative unserer Ratsfraktion stand in der ersten Ratssitzung 2023 eine gemeinsam mit „Die PARTEI“ eingebrachte Resolution zu den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst zur Abstimmung. Hintergrund war die fehlende Bereitschaft von Bund und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Der Rat sollte aus Sicht der Linksfraktion ein deutliches Signal für einen guten Tarifabschluss setzen, der Reallohnverluste für die Beschäftigten verhindert.

„Mit der Resolution wollen wir den Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände auffordern, sich endlich ernsthaft an den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zu beteiligen und ein angemessenes Angebot vorzulegen“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier.

„Bundesregierung und VKA scheinen die Augen vor der Realität zu verschließen. Ohne ein deutliches Plus bei den Löhnen, wie es die Gewerkschaften fordern, werden die Einkommen der Beschäftigten bei der explodierenden Teuerung bei Energie und Lebensmitteln real sinken. Das ist schlecht für die Menschen, ihre Familien und am Ende auch für unsere Städte. Wer weniger im Geldbeutel hat, wird auch weniger kaufen. Darunter leiden dann der Einzelhandel und die Gastronomie hier vor Ort in Bochum. Die Arbeitgeberseite sollte deshalb ihre Verweigerungshaltung endlich aufgeben.“

Die Linksfraktion setzte sich mit der Resolution für gute Löhne im öffentlichen Dienst als ein Mittel gegen den Fachkräftemangel ein: „Ohne die Mitarbeitenden in Kitas, den Bürgerbüros, beim USB oder der Bogestra würde Bochum stillstehen. Wir sind überzeugt, dass die starke Arbeit auch gut entlohnt werden muss. Dass in Zeiten hoher Inflation das Lohnplus deutlich größer ausfallen muss, wenn reale Einkommensverluste verhindert werden sollen, erklärt sich eigentlich von selbst. Ohne einen guten Tarifabschluss werden sich Fachkräfte, die wir händeringend suchen, zweimal überlegen, ob sie bei kommunalen Arbeitgebern arbeiten wollen. Wer den Fachkräftemangel bekämpfen will, muss jetzt die Forderungen der Gewerkschaften von 10,5 Prozent mehr Gehalt umsetzen“, ergänzte unser Fraktionschef.

## **Sozialstandards bei öffentlichen Vergaben**

Ein wichtiges Thema, bei dem wir auf kommunaler Ebene Handlungsspielraum haben, ist die Einhaltung von Tariftreue, betrieblicher Mitbestimmung und Sozialstandards bei öffentlichen Vergaben. Deshalb wollten wir von der Verwaltung wissen, in welchem Umfang die Stadt in 2022 öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben hat, die diese einhalten und wie sich dieser Anteil in den letzten fünf Jahren entwickelt hat. Außerdem hatten wir angefragt, ob es als notwendig angesehen wird, die öffentlichen Aufträge der Stadt Bochum zukünftig nur noch an solche Unternehmen zu vergeben.

Die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage war ernüchternd und wenig aussagekräftig: Der Anteil sei nicht messbar. Es gebe keine flächendeckende Prüfung, ob die per Eigenerklärung der Unternehmen bestätigten Standards nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz tatsächlich

erfüllt werden. Stattdessen wird auf teilweise vorhandene Siegel verwiesen. Die Verwaltung sieht auch keine Notwendigkeit, Aufträge nur noch an Unternehmen zu vergeben, bei denen betriebliche Mitbestimmung, Tariftreue und Sozialstandards sichergestellt sind.

Wir als LINKE sagen ganz klar, dass es öffentliche Aufträge nur an Unternehmen geben darf, die Arbeitnehmer:innenrechte vollumfänglich respektieren. Das ist das Mindeste, was von einer Verwaltung unter SPD-Führung zu erwarten sein sollte.

### **Nein zu Sonntagsöffnungen**

Sonntagsöffnungen finden konsequent unsere Ablehnung. Als einzige Fraktion stehen wir seit jeher verlässlich für den freien Sonntag. Wir halten es für einen Irrglauben, die negativen Auswirkungen der Digitalisierung für den Einzelhandel ausgleichen zu können, indem man den Beschäftigten den freien Tag nimmt. Die Ausweitung der Ladenöffnungen ist nicht hilfreich. Stattdessen sollte man darüber nachdenken, wie wir Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern können. Auch im Großteil der Bevölkerung scheint es zudem kein Interesse an sonntäglichen Ladenöffnungen zu geben. Das ist jedenfalls das Ergebnis des Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum, auf die sich die Verwaltung bezieht. Über 90% Prozent der Besucher:innen würden trotzdem das Weinfest in Wattenscheid oder „Bänke raus“ in Langendreer besuchen, wenn die Läden geschlossen wären. Wenn dem so ist, halten wir es für umso unsinniger, die Wünsche des Einzelhandelsverbandes über die Interessen der Beschäftigten zu stellen. Die Mehrheit des Rates hat aber genau das getan.

### **Deutschlandticket für städtische Beschäftigte abgelehnt**

Im Haupt- und Finanzausschuss haben wir beantragt, dass städtischen Beschäftigten zukünftig automatisch und gratis das Deutschlandticket ausgestellt wird. Dadurch würde die Stadt gegenüber der bisherigen Praxis Ressourcen effizienter einsetzen und zusätzlich ihren Beschäftigten ein auch privat deutschlandweit nutzbares Ticket für den Nahverkehr zur Verfügung stellen. Die Stadt würde so beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen und einen Anreiz für ihre Beschäftigten setzen, den Öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen. Andere Städte haben längst erkannt, dass diese Maßnahme sie in Zeiten des Fachkräftemangels auch als Arbeitgeber attraktiver macht. Die momentan mit erheblichen Kosten und bürokratischem Aufwand abgerechneten verschiedenen Jobtickets sowie die Kostenübernahme der Tickets von Dienstreisen würden entfallen. Stattdessen kämen alle Angestellten der Stadt in den Genuss eines flexiblen und auch noch privat nutzbaren Tickets. Das wäre effizient für die Stadt und ein Gewinn für die Beschäftigten. Diese guten Gründe für unseren Antrag wollten die anderen Fraktionen nicht hören. Stattdessen wurde auf Polemik gesetzt. Da war vom kostenlosen Deutschlandticket für den Oberbürgermeister die Rede. So sollten wohl die positiven Effekte für die Beschäftigten, das Klima und die Stadt weggewischt werden.

## 2.3 Öffentliche Unternehmen – weil's für alle wichtig ist

### **Klimaschutz konkret: Welchen Strom beschaffen die Stadtwerke Bochum wirklich?**

Colin Fischer, der unsere Fraktion längere Zeit im Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung vertrat, erklärte das große Missverständnis mit dem Strommix: Die Stadtwerke Bochum weisen in ihrem Strommix einen Anteil von 74,4 Prozent an erneuerbaren Energien aus. Das wirkt so, als könne sich die Rathaus-Koalition aus SPD und Grünen bequem zurücklehnen – denn in ihrem Koalitionsvertrag hatten sie lediglich versprochen, den Anteil auf 75 Prozent zu erhöhen. Unsere umfassende Anfrage hatte jedoch ergeben, dass der von den Stadtwerken tatsächlich beschaffte Strom zu fast hundert Prozent aus fossilen Energien besteht, mit einem Kohleanteil von 58,9 Prozent und einem Atomstrom-Anteil von 17,6 Prozent. Wie passt das zusammen? Wie funktioniert der große Trick, der Kohle- und Atomstrom grün werden lässt? Colin Fischer erklärt das Schritt für Schritt – und sagt, welche Konsequenzen die Bochumer Politik daraus ziehen muss.

So werden die Stadtwerke Bochum grün gerechnet:

Hintergrund: Der größte Anteil an erneuerbarem Strom, der in Deutschland produziert wird, wird durch die sogenannte EEG-Umlage gefördert. Das heißt, dass fast alle Kund:innen mit ihrer Stromrechnung einen mittlerweile sehr großen Anteil zahlen, der direkt an die Erzeuger dieses erneuerbaren Stroms geht. Dieser Anteil wird weiter steigen, wenn in Deutschland mehr Strom durch die EEG-Umlage gefördert wird. Darauf haben die Stadtwerke Bochum beispielsweise durch Investitionen in Windparks nur einen marginalen Einfluss. Die Entwicklung des Strommixes ist also kein geeignetes Kriterium dafür, wieviel die Stadtwerke Bochum für eine regenerative Stromerzeugung tun.

Die Stadtwerke Bochum beschaffen keinen direkten Ökostrom. Stattdessen beschaffen sie sogenannte Herkunftsnachweise (HKN). Das sind Tickets, die man Erzeugern erneuerbarer Energie abkaufen kann. Wenn ein Unternehmen diese Tickets dann erwirbt, darf es eine entsprechende Menge der eigenen Strombeschaffung grün „umfärben“. Erzeuger:innen erneuerbarer Energien erhalten so zusätzliche Einnahmen durch den Verkauf dieser Herkunftsnachweise. Die Verbraucher:innen hier in Deutschland denken, dass dieser Strom tatsächlich aus lokalen Solar- oder Windanlagen stammt. Das stimmt aber leider definitiv nicht.

Die Stadtwerke könnten sich natürlich entscheiden, direkt Strom von Ökostromerzeugern zu kaufen. Oder sie könnten für größere Mengen ihres Stroms Herkunftsnachweise hinzukaufen, um den Anteil erneuerbarer Energien zumindest bilanziell zu erhöhen. Letzteres ist geschehen und nichts anderes als Greenwashing!

Als Linksfraktion fordern wir daher als ersten Schritt, umgehend den Anteil erneuerbarer Energien an der Strombeschaffung der Stadtwerke Bochum auf mindestens die im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen vereinbarten 75 Prozent zu erhöhen! Dies kann kurzfristig nur durch Zukauf weiterer Herkunftsnachweise geschehen. Das allein reicht jedoch nicht aus, da spätestens

mit Abschaltung der letzten Kohlekraftwerke ein massives Loch in der Strombeschaffung der Stadtwerke Bochum entsteht, Herkunftsnachweise hin oder her. Daher müssen die Stadtwerke umgehend Konzepte vorlegen, wie die Strombeschaffung ohne zusätzlichen Zukauf von Herkunftsnachweisen im großen Stil auf erneuerbare Energien umgestellt werden kann. Denn nur, wenn die Strombeschaffung in jeder Kommune komplett erneuerbar ist, können wir auch gesamteuropäisch eine komplett regenerative Stromerzeugung erreichen.

### **Kein Outsourcing des Sicherheitsdienstes bei Bogestra**

Mit Verwunderung hatten wir die Medienberichte über ein geplantes Outsourcing des Sicherheitsdienstes bei der Bogestra zur Kenntnis genommen. Offenbar war bereits ein Pilotprojekt mit einem privaten Sicherheitsdienst durchgeführt und eine Ausschreibung der Dienstleistungen initiiert worden. Im Sommer 2022 stellten wir im Mobilitätsausschuss eine Anfrage zu dem Thema. Weder die Öffentlichkeit noch die Fachausschüsse des Rates waren über die Pläne der Bogestra informiert worden. Wir hatten Zweifel bekundet, dass ein Outsourcing des Sicherheitsdienstes gut für die Bogestra und die Sicherheit an den Bochumer Haltestellen ist. Offenbar teilen bei der Bogestra auch einige Beschäftigte diese Einschätzung. Im Ausschuss forderte die Linksfraktion Transparenz über die Gründe für das Outsourcing, mögliche Einsparungen, die Entwicklung von Vandalismus-Schäden und geflossene Fördergelder für den hauseigenen Sicherheitsdienst.

## **2.4 Für eine Beschäftigungsgesellschaft, die den Namen verdient**

### **Erste Bilanz der Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft im Sozialausschuss vorgestellt**

Die Verwaltung hat eine Anfrage von uns zum Anlass genommen, im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine erste Bilanz der Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft vorzustellen. Dabei wurde eine mögliche Ausweitung des Tätigkeitsbereichs durch die Inanspruchnahme weiterer Fördermöglichkeiten in Aussicht gestellt.

„Wir freuen uns, dass die Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft auf unsere Anfrage hin im Sozialausschuss eine erste Bilanz ihrer Arbeit vorgestellt hat“, erklärte Gültaze Aksevi, unsere Mitglied im Sozialausschuss. „Nach zwei Jahren zeigen sich bei der Beschäftigungsgesellschaft mit neun Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt erste Erfolge. Das ist gut für die Menschen und für die Stadt, die neue Beschäftigte gewinnen konnte. Das beschäftigungs begleitende Coaching und die enge Kooperation aller Beteiligten führen zu einer im Vergleich zu anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geringeren Abbruchquote. Dass derzeit Gespräche mit weiteren Fachämtern der Stadt und den Beteiligungsgesellschaften laufen, wie auch

hier eine Kooperation möglich werden kann, ist ein wichtiger Schritt in eine erfolgreiche Zukunft der Beschäftigungsgesellschaft.“

Wir begrüßen die angekündigte Prüfung, weitere Fördertöpfe in Anspruch zu nehmen und so das Tätigkeitsfeld auszuweiten: „Angesichts der kommunalen Bedarfe im Bereich vielfältiger Berufe und Qualifizierungsstufen war es uns immer wichtig, dass sich die kommunale Beschäftigungsgesellschaft breit aufstellt und nicht nur einen Fördertopf anzapft. Eine Verengung auf Arbeitsplätze im Bereich niedrigschwelliger Hilfstätigkeiten reicht nicht aus. Umso mehr freut es uns, dass die Beschäftigungsgesellschaft zukünftig die Inanspruchnahme weitere Fördermöglichkeiten prüfen will. Wir sind gespannt auf das Ergebnis. Eine breit aufgestellte kommunale Beschäftigungsgesellschaft wäre ein großer Gewinn für Bochum“, ergänzte Aksevi.

## 3. Demokratie und Solidarität

### **Koalition spielt auf Zeit bei Senkung der Fahrtkostenpauschale für Ratsmitglieder**

Bisher erhalten die 86 Mitglieder des Rates monatlich eine Fahrtkostenpauschale in Höhe von 79,20€. Mit der Einführung des Deutschlandtickets für vorläufig 49€ entfällt die Notwendigkeit der Auszahlung einer über diesem Preis liegenden Fahrtkostenpauschale. Deshalb hatten wir als Linksfraktion einen Antrag gestellt, die Fahrtkostenpauschale auf 49€ zu senken.

Wir finden, Ratsmitglieder sollten mit gutem Beispiel vorangehen und mit der BOGESTRA oder dem Fahrrad zu den Sitzungen fahren. Dennoch sah unser Antrag nicht vor, das Deutschlandticket direkt auszustellen, sondern weiterhin die dann gesenkte Fahrtkostenpauschale ausbezahlen. So wollten wir die Zustimmungsnähe zu unserem Antrag erhöhen, da es jedem Ratsmitglied freigestellt gewesen wäre, für welche Mobilitätsform die 49€ ausgegeben werden. Durch unseren Antrag hätten sich jährlich über 30.000€ einsparen lassen, die wir dem Sozialetat zur Verfügung stellen wollten, um die Finanzierung von Sportgutscheinen für Erstklässler abzusichern, für die in den letzten Haushaltsberatungen angeblich kein Geld vorhanden war.

Aufgrund mehrmaligen Beratungsbedarf der Rathauskoalition aus SPD und Grünen konnte unser Antrag bis zur Drucklegung noch nicht im Rat behandelt werden. Angekündigt wurde jedoch bereits, dass die Entschädigungssatzung überarbeitet werden soll. Das kann bedeuten, dass sich das Anliegen unseres Antrags letztlich durchsetzen wird und die Koalition bloß auf Zeit spielt, um sich die Senkung später auf die eigene Fahne zu schreiben. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass das Geld in die Finanzierung der Sportgutscheine fließt. In der Förderung der sportlichen Teilhabe von Kindern ist dieses für Ratsmitglieder überflüssig gewordene Geld gut aufgehoben, finden wir.

## 3.1 Für den Ausbau kommunaler Demokratie

### **Erfolg beim Rats-TV**

Als Linksfraktion hatten wir uns dafür eingesetzt, dass der neue Bochumer Rat gleich zu Beginn der Wahlperiode beschließt, zukünftig seine Sitzungen ins Internet zu übertragen. Jahrelang hatten die anderen Fraktionen dies mit wechselnden Mehrheiten verhindert. Diese Linie war offensichtlich nicht mehr durchzuhalten: Gemeinsam mit verschiedenen Bochumer Initiativen hatten wir bereits im Wahlkampf versucht, den anderen Parteien eine verbindliche Zusage abzurufen. Zur konstituierenden Ratssitzung brachten wir einen entsprechenden Antrag ein. Dabei hatten wir Erfolg: Nach Ablauf der regulären Antragsfrist zur Sitzung gelang es sogar, sich mit den anderen Fraktionen auf einen Dringlichkeitsantrag zur Änderung der Geschäftsordnung zu einigen, so dass zukünftig gilt: „Sitzungen des Rates (öffentlicher Teil) werden live als Medienangebot in Bild und Ton im Internet auf der Website [www.bochum.de](http://www.bochum.de) zur Verfügung gestellt. Die Rats-TV Aufzeichnungen werden auch für späteres Abrufen verfügbar gemacht.“

Zur Ratssitzung am 11. November 2021 war es dann endlich soweit: Die Sitzung wurde erstmals mittels „Rats-TV“ live übertragen und damit den Bochumerinnen und Bochumern transparent gemacht. Erstmals hatte unsere Fraktion übrigens schon im Februar 2015 die Einführung der Live-Übertragungen beantragt, erhielt dafür aber keine Mehrheit. Danach war das Rats-TV immer wieder ein Streitthema auf den Sitzungen – zu einer Mehrheit reichte es nie. Einen erneuten Anlauf starteten wir im März 2019, scheiterten allerdings wiederum an einer Ratsmehrheit aus den Reihen von SPD, CDU und Grünen. Selbst während der Corona-Krise stimmten die anderen Parteien noch gegen unseren Antrag, die Übertragungen zumindest für den Lockdown einzuführen.

### **Demokratie braucht Transparenz: Bezirks-Sitzungen ins Internet übertragen!**

Mit einer gemeinsamen Initiative wollten die Mitglieder der LINKEN 2021 in den sechs Bochumer Bezirksvertretungen für mehr Transparenz in der Politik sorgen. Sie schlugen vor, die Bezirksvertretungs-Sitzungen per Video-Stream ins Internet zu übertragen. Mit einer Anfrage ließen sie prüfen, wie die Übertragungen zeitnah umgesetzt werden können. „Für den Bochumer Rat sind die Live-Streams längst beschlossen“, sagte Sven Ratajczak, Vorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksvertretung Bochum-Mitte. „Aber auch bei uns in den Bezirken werden viele Entscheidungen getroffen, die ganz direkte Auswirkungen auf das Lebensumfeld der Menschen haben. Die technischen Voraussetzungen für Übertragungen sind in fast allen Bezirksvertretungen bereits geschaffen.“ Er verwies darauf, dass abgesehen von der Bezirksvertretung Nord alle Bezirke während der Corona-Pandemie bereits eigene Kamera- und Mikrofonsysteme angeschafft haben. Seitdem können Mitglieder und Verwaltungsangestellte die Sitzungen per Videokonferenz von zuhause aus verfolgen. „Das System funktioniert gut“, bestätigte Kristina Rüdiger, Bezirksvertreterin der LINKEN in Wattenscheid. „Es ist nur noch ein kleiner Schritt, das sowieso schon vorliegende Audio- und Videosignal über die Homepage der Stadt allen Interessierten zugänglich zu machen. Bestmögliche Information ist eine wichtige Voraussetzung für

mehr Bürgerbeteiligung. Deswegen sollten wir die Veröffentlichung der Live-Streams so schnell wie möglich umsetzen.“

### **Neue Hauptsatzung: Rückschlag für Demokratie und Beteiligung**

Das war keine gute Entscheidung für die Demokratie und Beteiligung: Gegen die Stimmen unserer Fraktion hatte die Rathaus-Koalition das Recht von Bürgerinnen und Bürgern empfindlich eingeschränkt, sich mit Anregungen und Beschwerden an den Rat und die Bezirksvertretungen zu wenden. Konkret ging es um Änderungen in der Hauptsatzung der Stadt. Wir wollten verhindern, dass die Fristen zur Einreichung von Eingaben so verlängert werden, dass Bürgerinnen und Bürger gar keine Möglichkeit mehr haben, Anregungen und Beschwerden zu kurzfristig eingebrachten Beschluss-sachen vorzubringen. Ebenso wandte sich unser Antrag gegen den Vorstoß, die Liste der Ausschlussgründe für Anregungen und Beschwerden zu erweitern. Mehriban Özdoğan appellierte in ihrer Rede im Rat: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns das verbrieftete Recht der Öffentlichkeit auf Anregungen und Beschwerden weiterhin ernstnehmen! Wenn sich Bürgerinnen und Bürger die Mühe machen, hier hinzukommen um sich am demokratischen Prozess zu beteiligen, dann ist das doch eine Bereicherung und keine Last!“ Die Ratsmehrheit lehnte jedoch nicht nur unseren Änderungsantrag ab, sondern auch eine von uns unterstützte Eingabe des Netzwerks bürgernahe Stadtentwicklung. Der Zusammenschluss von Bochumer Bürger:inneninitiativen hatte auf die gleichen Probleme aufmerksam gemacht und gegen den Abbau von Beteiligungsmöglichkeiten protestiert.

### **Keine wissenschaftliche Begleitung beim Einsatz von Bodycams beim Ordnungsamt**

Wir haben bei der Verwaltung nachgefragt, ob der Einsatz von Bodycams beim Ordnungs- und Veterinäramt in Form eines Modellversuchs wissenschaftlich begleitet wird. In ihrer Antwort gab die Verwaltung an, dass das nicht der Fall ist und sich zudem „bei dem Einsatz von Bodycams nicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse“ gestützt wird. Wir kritisierten dieses Vorgehen.

Uns irritierte, dass die Verwaltung in einem Modellversuch Bodycams beim Ordnungsamt einsetzen will, ohne sich vorher mit wissenschaftlichen Erkenntnissen dazu befasst zu haben. Dabei hätte sich ein Blick in die einschlägigen Studien sehr gelohnt. Bei der Verwaltung wird offenbar aber nicht nur nicht auf die Wissenschaft gehört, sie wird sogar nicht mal angehört. Da muss sich niemand wundern, wenn am Ende das Gegenteil von dem erreicht wird, was man eigentlich beabsichtigt hat. Die vermutete deeskalierende Wirkung von Bodycams setzte beim Pilotversuch in Thüringen bei alkoholisierten Menschen gerade nicht ein – im Gegenteil. Das lässt berechtigte Zweifel am Einsatz von Bodycams aufkommen. Wir forderten deshalb die Verwaltung auf, den Modellversuch auf Eis zu legen und sich zunächst mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema zu befassen.

## **Rathauskoalition verhindert Einwohnerfragehalbestunde in Fachausschüssen**

Bisher beschränkt sich das Fragerecht für Bochumer:innen auf die Bezirksvertretungen und die Sitzungen des Rates. So wurde die Fragehalbestunde zuletzt in der Bezirksvertretung Nord durch eine Bürgerinitiative genutzt und offene Fragen zur Ansiedlung einer Bodenaufbereitungsanlage von Ecosoil in Bochum-Gerthe gestellt. Auch im Rat wird davon immer mal wieder Gebrauch gemacht. Wenn die Fragehalbestunde als fester Tagesordnungspunkt aktiv beworben würde, wie es ein weiterer Antrag forderte, würde dies sicher noch häufiger passieren. Das Fragerecht sorgt für mehr Transparenz und bindet die Menschen in unserer Stadt aktiv ein. Ein Gewinn für Bochum, wie wir finden.

Mit einem Ratsantrag wollten wir das Fragerecht auf die Ausschüsse erweitern. Dort finden die politischen Fachberatungen statt und es werden alle Belange intensiv abgewogen. Deshalb sollte bereits in den Fachausschüssen eine Einwohnerfragehalbestunde als fester Tagesordnungspunkt eingeführt werden.

Warum das wichtig ist? Das hat unser Ratsmitglied Moritz Müller in seiner Rede begründet: „Es ist gut, dass die Bochumer:innen in den Bezirksvertretungen und Ratssitzungen Fragen an die Verwaltung richten und so offene Fragen ausgeräumt werden können. Warum das aber nicht bereits in den Ausschüssen möglich sein soll, wo die fachliche Auseinandersetzung mit Anträgen und Beschlussvorlagen der Verwaltung stattfindet, teils sogar bereits die Beschlussfassung erfolgt, erschließt sich uns nicht. Diese Leerstelle in Sachen Transparenz und Beteiligung gilt es aus unserer Sicht schnellstmöglich zu schließen.“ Das sahen auch andere Oppositionsparteien wie die CDU so.

SPD und Grüne hatten offenbar Schwierigkeiten ihre Ablehnung zu begründen. Der Vertreter der SPD schob zunächst rechtliche Gründe vor. Auf unsere Erwiderung, dass die Gemeindeordnung die Möglichkeit sehr wohl offenlässt und andere NRW-Städte wie Xanten Einwohnerfragehalbestunden in Ausschüssen durchführen, schob der Fraktionsvorsitzende der Grünen nach, dass man das Fragerecht exklusiv im Rat haben möchte, da dort die größere Bühne sei. Wir sind uns sicher, dass die Bochumer:innen selbst entscheiden können, wo sie ihre Frage stellen wollen und es ihnen nicht um die große Aufmerksamkeit, sondern um die Sache geht. Leider konnte sich die Koalition aber nicht zu einer Zustimmung durchringen. Eine vertane Chance für mehr Bürger:innenbeteiligung!

## 3.2 Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft

### **Unhaltbare Zustände beim Ausländerbüro**

Die Situation im Ausländerbüro der Stadt: Ein Thema, was uns in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode leider immer wieder eingeholt hat und das wir mit mehreren Anfragen bearbeitet haben. Trotz einer angekündigten organisatorischen Neuausrichtung beim Ausländerbüro meldeten und melden sich fortlaufend zahlreiche Bochumer:innen mit Beschwerden bei uns. Es wird von einer enormen Überlastung der Beschäftigten berichtet, worunter auch der Umgangston leiden würde. Termine gebe es weiterhin nur mit einem Vorlauf von vielen Monaten. Trotz Termin sei eine Fallbearbeitung im Ausländerbüro dann aber nicht immer sichergestellt. Es wurde von vermehrten Ausfällen der Terminanzeige vor Ort berichtet, wodurch teils umsonst gewartet worden sei. Vor Ort sei den Menschen dann geraten worden, dass sie am nächsten Tag um 5:00 Uhr vorbeikommen könnten, um dann an der Tür Informationen zu erhalten.

Gegen die hohe Personalfuktuation beim Ausländerbüro unternimmt die Stadt viel zu wenig. Statt es bei einem zaghaften Versuch mit einer unzureichenden Gehaltssteigerung zu belassen, sollte die Verwaltung auf weitere Verbesserungen setzen. Die Beschäftigten höher einzugruppieren wäre aus unserer Sicht eine gute Möglichkeit, um eine längerfristige Bindung zu erzeugen. Das würde den Wegfall von erfahrenen Mitarbeiter:innen verhindern. In dem komplexen und nicht immer leichten Aufgabenfeld wäre das besonders wichtig. Zaghafte ist leider auch der Umgang mit arbeitgeberseitigen Anreizen für die Beschäftigten. Hier könnte die Verwaltung deutlich mehr tun. Dass in den in den neugeschaffenen Teams jeweils nur eine Stelle für qualifizierte Sachbearbeitung vorgesehen ist, reicht nicht aus.

In der Antwort auf eine unserer Anfrage gab die Verwaltung an, dass es keine spezifische Auswahl und Weiterbildung des Sicherheitsdienstes im Rathaus für die Tätigkeit rundum das Ausländerbüro gegeben habe. In Bezug auf Beschwerden gegen Security-Mitarbeiter:innen wurde auf den Austausch des Sicherheitsdienstes im Mai 2022 verwiesen. Wir wollten aber auch wissen, warum dieser Austausch stattgefunden hatte und wie die Bilanz des Wechsels beim Sicherheitsdienst aus Sicht der Verwaltung ausgefallen ist.

Die Verwaltung antwortete außerdem: „Es gehen wöchentlich – allerdings tendenziell mit sinkender Fallzahl – Beschwerden bei der Stadt Bochum mit unterschiedlichen Beschwerdevorbringen ein.“ Genaue Zahlen nannte die Verwaltung trotz klarer Fragestellung nicht. Wir fragten deshalb erneut nach. Außerdem wollten wir auch Aufklärung über die vorgebrachten Beschwerdegünde.

In der Antwort auf die erneute Anfrage, hieß es, dass die Sicherheitsfirma gewechselt wurde, weil der vorherige Vertrag mit der bisherigen Firma ausgelaufen war. Zu den Anforderungen an das neue Sicherheitspersonal gehörte unter anderem eine gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit in deutscher Sprache, Kenntnisse im Bereich Deeskalation sowie ein sicheres und gewandtes Auftreten – Eigenschaften, die den Beschwerden nach nicht immer erlebbar sind. Dennoch, so die Verwaltung, ziehe man ein positives Fazit des Wechsels.

Widersprüchlich wurde die Verwaltung erneut in der Antwort auf die Frage nach Veränderungen in Bezug auf Beschwerdegründe und deren Häufung. Es seien keine Beschwerden zu den Sicherheitskräften am Haupteingang noch zu denjenigen im Wartebereich des Ausländerbüros bekannt geworden. In einer früheren Antwort hatte man noch Beschwerden gegen Sachbearbeiter:innen und Security-Mitarbeiter:innen eingeräumt.

Wir erwarten von der Verwaltung, dass der Sicherheitsdienst und das Ausländerbüro endlich so arbeiten, wie es die Migrantinnen und Migranten zu Recht erwarten und mit ihrem selbstorganisierten Protest vor dem Rathaus deutlich gemacht haben. Es ist schön, dass der Oberbürgermeister betont hat, dass eine echte Willkommenskultur zu Bochum gehört. Das darf sich aber nicht auf Interviews beschränken, sondern muss aktiv gelebt werden. Eine Wartezeit von mindestens 18 Monaten bei Einbürgerungsanträgen und ein ständiger Kampf um die wenigen freien Termine beim Ausländerbüro haben mit Willkommenskultur wenig zu tun.

Wir begrüßen aber die angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der desolaten Situation beim Ausländerbüro. Acht weitere Stellen und die Abordnung von Mitarbeiter:innen aus dem Bürgerbüro in die Einbürgerungsstelle sind ein erster Schritt. Weitere Verbesserungen sollten folgen. Es muss alles dafür getan werden, dass das Ausländerbüro alle Aufgaben bestmöglich und zügig erfüllen kann und ein respektvoller Umgang mit Migrant:innen aktiv gelebt wird.



## 3.3 Schutz für Schutzbedürftige

### **Ukraine-Willkommensstand am HBF – Koalition entzieht Ehrenamtlichen Unterstützung**

Kurz nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine organisierten Ehrenamtliche von Bochum Solidarisch zusammen mit der Bahnhofsmision einen Begrüßungs- und Infostand im Bochumer Hauptbahnhof. Nachdem Mitglieder von Bochum Solidarisch bei der Stadt wegen einer Unterstützung anfragten, wurde der Bahnhofsmision ein Zuschuss von 20.000 Euro gewährt, der gemeinsam von der Bahnhofsmision und Bochum Solidarisch genutzt werden sollte. Leider wurde Bochum Solidarisch bei der Verwendung der Mittel von der Bahnhofsmision nicht eingebunden. Das bestätigte auch die Verwaltung auf eine Anfrage unseres sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Michael Niggemann. Das Geld sei für Personal und Lebensmittel genutzt worden. Die Lebensmittel seien aber „nicht offensichtlich und für jedermann zugänglich“ gewesen. Mit keinem Wort wird Bochum Solidarisch von der Verwaltung erwähnt.

Auch die Kommunikation zum Abbau eines Standes von Bochum Solidarisch, möglicherweise aus Brandschutzgründen, ließ zu wünschen übrig. Die Verwaltung kennt zwar das Brandschutzkonzept am Bochumer Hauptbahnhof nicht, findet den Stand von Bochum Solidarisch aber etwas groß geraten. Also selbst schuld? Warum das vorher dann aber kein Problem gewesen sein soll, blieb offen. Wir glauben gemeinsam mit Bochum Solidarisch, dass hier eine Begründung konstruiert wurde. Das bedauern wir. Insgesamt bleibt es ein wenig respektvoller Umgang mit Ehrenamtlichen, der ihr zukünftiges Engagement gefährdet. Auf ehrenamtliches Engagement sind wir in Bochum aber dringend angewiesen. Wir hoffen, dass die Verwaltung zukünftig mehr Wertschätzung gegenüber der Arbeit von Bochum solidarisch und Ehrenamtlichen allgemein zeigt und sie nach Kräften unterstützt.

### **Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge**

Wie schwierig die Situation für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Jahr 2022 in Bochum war, bestätigten die Zahlen, die die Stadt auf unsere Anfrage hin vorgelegt hat. Während Mitte September noch 93 Flüchtlinge in Bochum Schutz gesucht haben, waren es am 19. Oktober mit 243 mehr als doppelt so viele. Erst im Dezember verbesserte sich die Lage, da endlich mehr NRW-Städte ihrer Verpflichtung zur Aufnahme der Jugendlichen nachgekommen sind.

Die Zahlen bestätigen unseren Eindruck, der Anlass für die Anfrage war. Der Initiativkreis Flüchtlingsarbeit in Bochum hatte sich in einer Erklärung entsetzt gezeigt. Die unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge wurden lange in Turnhallen untergebracht. Dass das nicht sinnvoll war, hat die Stadt bestätigt. Aus Sicht der Verwaltung war der Anstieg der Zahlen so plötzlich, dass sie keine Vorkehrungen treffen konnte. Wenn Unterbringungsmöglichkeiten so auf Kante genäht sind, dass steigende Flüchtlingszahlen zu einer völligen Überforderung und zur Unterbringung in Turnhallen führen, läuft etwas falsch. Hier erwarten wir von der Stadt vorausschauende Planung. Als weitere Gründe für die entstandenen Schwierigkeiten nannte die Verwaltung

den Fachkräftemangel in der Jugendhilfelandchaft, wodurch steigende Bedarfe nicht abgedeckt werden konnten. Die Schaffung von kleineren Brückenlösungen, wo Jugendliche dann sinnvoll untergebracht werden können, hätte zudem seine Zeit gebraucht. Die Verwaltung bestätigte, dass eine Überarbeitung des bisherigen Unterbringungskonzeptes notwendig ist. Bochum sollte nicht nur auf dem Papier „sicherer Hafen“ sein, sondern diesen Anspruch vor allem im Umgang mit Minderjährigen, die bei uns Schutz suchen, leben. Hier ist viel Luft nach oben.

## 3.4 Antifaschismus: Ein Bochum für alle

### **Nazi-Hooligans auf Bochumer Corona-Demo**

Über Monate hinweg traf sich samstags auf dem Husemannplatz eine kleine Gruppe, um gegen die Corona-Maßnahmen zu demonstrieren, Verschwörungsmythen zu verbreiten und teilweise die Pandemie zu leugnen. Zumeist kamen zwischen sechs und zehn Menschen. Im Januar 2021 war jedoch auch eine etwa 25 Personen starke Gruppe der „Bruderschaft“ bzw. „Schwesternschaft Deutschland“ anwesend. Diese Gruppierung gilt als gewaltbereite Mischstruktur von Neonazis, Rockern und Hooligans. Bei Hausdurchsuchungen wurden bei Mitgliedern der Gruppe Waffen gefunden. Die Gruppe positionierte sich strategisch geschickt um den Husemannplatz herum, so dass sie den Zu- und Abgang von Menschen gezielt kontrollieren konnte. Dennoch wurde die Kundgebung lediglich von einigen wenigen Polizist:innen und Mitarbeiter:innen des Ordnungsamts begleitet. So kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der extrem rechten „Bruderschaft“ / „Schwesternschaft“ und anderen Personen in der Innenstadt – wobei die extrem rechten Hooligans Menschen bis in die Harmoniestraße verfolgen konnten. Erst nach einer längeren Zeit kam dann die polizeiliche Verstärkung, die Ruhe in die Situation bringen konnte. Mit einer Anfrage im Rat machten wir die Polizeistrategie bei diesem Einsatz zum Thema: Wir wollten wissen, warum die Behörden trotz des Auftretens der extrem rechten und gewaltbereiten Gruppe nur mit so wenigen Kräften vor Ort war. Angesichts der Tatsache, dass neben taktischen Distanzierungen auch ein Redner der coronaskeptischen Kundgebung erklärte, dass die „Bruderschaft“ bzw. „Schwesternschaft“ auf ihren Wunsch da sei, wollten wir wissen, welche Konsequenzen die Behörden daraus für weitere Kundgebungsanmeldungen der Gruppe ziehen.

Die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage dokumentierte fehlendes Problembewusstsein bei der Stadt und der Polizei. So verweigerten die Verantwortlichen eine Antwort zur Polizeistrategie, und auch dazu, warum die Behörden trotz des Auftretens der gewaltbereiten Gruppe nur mit so wenigen Kräften vor Ort war. Stattdessen verwies die Verwaltung lediglich völlig unspezifisch auf das Recht auf Versammlungsfreiheit. Zum Versuch der Nazi-Hooligans, weglaufende Menschen zu ergreifen, behauptete die Polizei lediglich, dass die „Auseinandersetzung [...] unmittelbar durch die anwesenden Polizeikräfte unterbunden“ worden sei. Tatsächlich war es aber so, dass die extrem rechten Hooligans Menschen bis in die Harmoniestraße verfolgen konnten. Diesen lapidaren Umgang mit dem Auftreten extrem rechter Gruppen in Bochum halten wir für völlig falsch, denn er ist geeignet, die extrem rechten Strukturen zu stärken.

## **Rechte Schmierereien in Bochum**

Sie sind weit mehr als nur ein Ärgernis und eine Sachbeschädigung: Mit Hass-Schmierereien, Hakenkreuzen und ähnlichem versuchen Neonazis im öffentlichen Raum Präsenz zu zeigen. Daher fragten wir an, wie viele extrem rechte Schmierereien und Graffiti der Stadt Bochum in den Jahren 2018, 2019, 2020 sowie bis zum Zeitpunkt der Anfrage im Jahr 2021 gemeldet wurden, zum Beispiel über den Mängelmelder der BürgerEcho-App. Insgesamt 47 rechte Schmierereien und Graffiti hatte die zentrale Gebäudereinigung nach Aussage der Verwaltung im Zeitraum zwischen 2018 und der Anfrage im Jahr 2021 von städtischen Gebäuden entfernt. Lokale Häufungen gab es demnach in der Stadtmitte, wo sich die meisten städtischen Gebäude befinden (13 Fälle), und in Gerthe (8 Fälle). Die Entfernung werde in der Regel innerhalb von 48 Stunden durchgeführt, so die Stadt weiter. Die jeweils betroffenen Fachbereiche der Verwaltung sind dabei eigenständig dafür zuständig, die Fälle bei der Polizei anzuzeigen. Bei verfassungswidrigen Schmierereien werde zusätzlich der Staatsschutz eingebunden.

## **Keine Kooperation der Stadt mit antidemokratischen Muslimbrüdern**

Für Schlagzeilen sorgte in der Vergangenheit immer wieder die Erwähnung des Islamischen Kulturvereins Bochum e.V. im NRW-Verfassungsschutzbericht. Dazu erklärte unser Ratsmitglied Moritz Müller: „Man braucht wahrlich nicht den Verfassungsschutz, um die Verbindungen des Vereins zur antidemokratischen, islamistischen Muslimbruderschaft zu erkennen. Die Auftritte von Referenten aus diesem Spektrum in dem Bochumer islamischen Kulturverein sind für die Jahre 2015, 2018 und 2019 gut belegt. Wer noch dazu im Zentralrat der Muslime mit Verbänden der extrem rechten Grauen Wölfe wie ATIB zusammenarbeitet, deren Verbot DIE LINKE schon lange fordert und für das der Bundestag Bundesinnenminister Horst Seehofer einen Prüfungsauftrag erteilt hat, kann und darf kein Kooperationspartner sein.“ Die Stadt Bochum müsse die Kooperation mit dem IKV einstellen, so Moritz Müller weiter. „Die Erwartung auf eine ‚Erledigung von Hausaufgaben‘ ist Teil einer gescheiterten Strategie, mit der NRW-Innenminister Herbert Reul auch die Zusammenarbeit mit dem Moscheeverband DITIB rechtfertigt – obwohl er als verlängerter Arm des türkischen Staatsapparats Teil des Erdogan-Netzwerks in Deutschland ist. Das ist gefährlich für die Demokratie und für all jene, die sich insbesondere in den entsprechenden Communitys gegen den Einfluss der religiösen und politischen Reaktionäre wehren. Für die Stadt Bochum muss gelten: Keine Kooperation, weder mit Islamisten noch mit deutschen, türkischen oder anderen Rechtsextremisten.“

## **Compliance-Erklärung gegen Rechtsextremismus**

Nachdem die Stadt Bochum zwei langjährige Mitarbeiter aufgrund ihrer Mitgliedschaft bei den rechtsextremen Hammerskins fristlos gekündigt hatte, haben diese Klage gegen die Kündigung erhoben. Das Vorgehen der Stadt begrüßen wir. Rechtsextremes Gedankengut hat in einer Stadtverwaltung, die für alle Bürger:innen da ist, nichts verloren. Allerdings hat dies für uns die Frage aufgeworfen, ob hier nicht schon präventiv eingeschritten werden kann, auch um der Stadt die Zahlung etwaiger Abfindungen zu ersparen, die anderswo besser angelegt wären. In einem der beiden Fälle belief sich diese immerhin auf sechs Monatsgehälter.

Deshalb hatten wir in der Ratssitzung am 16. Dezember 2021 angefragt, ob die Möglichkeit für die Stadt Bochum bestehe, eine schriftliche Compliance-Erklärung für Neueinstellungen und gegebenenfalls auch bereits angestellte Mitarbeiter zur zwingenden Voraussetzung zu machen. In dieser würde dann die Unvereinbarkeit zwischen der Tätigkeit für die Stadt Bochum und der Mitgliedschaft in rechtsextremen Vereinigungen sowie öffentlich geäußertem rechtsextremen Gedankengut unmissverständlich klargestellt. Als Reaktion auf die Anfrage teilte die Verwaltung jedoch mit, dass ein solches Bekenntnis bereits Bestandteil der Einstellungsverfahren sei. Warum es dennoch zum Urteil einer Abfindung kam, liege darin begründet, dass die sogenannten Hammerskins nicht offiziell als verfassungsfeindlich eingestuft seien und den Mitarbeitern laut Richter „eine gewisse politische Einstellung“ zuzubilligen sei. Wir empfinden es als Skandal, dass die Stadt wertvolle Finanzmittel dafür aufwenden muss, um Rechtsextremen Abfindungen zahlen zu müssen. Die Bundesinnenministerin muss endlich handeln und die Hammerskins verbieten. Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

### **Gedenkstelle an Zeche Gibraltar erinnert endlich an Nazi-Verbrechen**

Mit einer Anfrage im Bochumer Rat hatten wir im Dezember 2021 auf den problematischen Umgang mit dem Gedenkort „Zeche Gibraltar“ aufmerksam gemacht. In einem gemeinsamen Antrag mit SPD und Grünen haben wir daraufhin im Kulturausschuss angeregt, die Geschichte als Folterort der SA sichtbar zu machen. Die Bezirksvertretung Süd hatte zu unserer Freude am 20. September die Errichtung einer Gedenkstelle beschlossen.

„Wir freuen uns, dass der gemeinsame Einsatz mit der VVN – BdA Bochum erfolgreich war und die Zeche Gibraltar endlich zu einem würdigen Gedenkort wird“, erklärte Gültaze Aksevi, unsere Fraktionsvorsitzende im Rat und Bezirksvertreterin in Bochum-Süd. Dass an der Zeche Gibraltar mit einer Gedenkstele an die Nazi-Verbrechen erinnert wird, war aus unserer Sicht überfällig. Viel zu lange war von der Vorgeschichte als Folterort der SA nichts zu sehen. So war die mittlerweile umgesetzte Gedenktafel an der von Sträuchern überwucherten Rückseite des Gebäudes nahezu unsichtbar. Gut, dass die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis an der Zeche Gibraltar jetzt den Stellenwert erhält, den sie verdient. Als Linksfraktion sind wir überzeugt, dass eine aktive Erinnerungskultur zwingend zu einem lebenswerten und lebendigen Bochum gehört.

### **Zukunft der Gedenktafel zur Erinnerung der GESTAPO-Morde im Innenhof des Polizeipräsidiums**

Unser Ratsmitglied Moritz Müller fragte die Verwaltung, was mit der Gedenktafel im Innenhof des Polizeipräsidiums zur Erinnerung der GESTAPO-Morde beim anstehenden Auszug der Bochumer Polizei geschehen sollte. Unter anderem erinnert die Gedenktafel an den Bochumer Antifaschisten Karl Springer, der durch Gestapobeamte im Bochumer Polizeipräsidium ermordet wurde. Die Verwaltung antwortete: „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es noch keine Konzepte zum Umgang mit der Gedenktafel. Die Gedenktafel ist Teil des Denkmals Polizeipräsidium und damit geschützt“, schrieb die Verwaltung. Sofern zukünftig Veränderungen an der Tafel vorgenommen werden sollten, sind diese erlaubnispflichtig und müssen mit der zuständigen

Denkmalbehörde (derzeit ist es nach Angaben der Verwaltung die Bezirksregierung Arnsberg) bzw. nach einer möglichen Veräußerung an einen privaten Eigentümer mit der Unteren Denkmalbehörde Bochum abgestimmt werden. Zum Zeitpunkt der Anfrage war die Art der Nachnutzung des Denkmals am Polizeipräsidium jedoch offen.

### **Keine halben Sachen bei Instandsetzung des Kapp-Putsch-Denkmal im Park Laer**

Im Park Laer befindet sich ein alter Grabstein, der an Arbeiter der Zeche Dannenbaum erinnert, die Opfer des Kapp-Putsches wurden. Dieses historische Denkmal befindet sich in einem restaurationsbedürftigen, ungepflegten Zustand und es gibt keinerlei Hinweis auf den historisch-politischen Kontext, aus dem es stammt. Aus einer Antwort der Verwaltung aus dem Herbst 2022 war hervorgegangen, dass der Gedenkstein im Park Laer vorerst nur notdürftig repariert werden soll, ohne Aufwertung der Gedenkstätte und Hinweistafel. Der Park Laer soll aber im Rahmen des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK Laer/Mark 51°7) zukünftig gestalterisch und funktional aufgewertet werden und in dem Zuge klappe es dann hoffentlich mit einer grundsätzlichen Instandsetzung des Denkmals, so die Verwaltung. Das klang uns zu vage und nach einer nachrangigen Behandlung eines stadthistorisch wichtigen erinnerungspolitischen Themas. Deshalb stellten wir im Kulturausschuss einen Antrag, um eine vollständige und angemessene Instandsetzung des Denkmals an den Kapp-Putsch im Park Laer im Laufe des Jahres 2023 zu erwirken. Außerdem sollte zur historischen Kontextualisierung in dem Zusammenhang gleich eine Informationstafel mit aufgestellt werden, deren Inhalt in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv erstellt werden sollte. Vertiefende Informationen sollten über einen QR-Code abrufbar sein, so unser Antrag. Wir finden, dass die Erinnerung an die Bergarbeiter der Zeche Dannenbaum, die sich den Kapp-Putschisten in den Weg stellten und dem „weißen Terror“ zum Opfer fielen, ein wichtiger Bestandteil einer pluralen Bochumer Erinnerungskultur ist. Das sah der Kulturausschuss leider anders. Für uns als LINKE ist die Förderung des Geschichtsbewusstseins und das Andenken an die rund 1000 Verteidiger:innen der Republik, die durch die Putschisten getötet wurden, eine Selbstverständlichkeit. Deshalb beteiligen wir uns auch jedes Jahr im März an der Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Werne und legen einen Kranz ab.

### **Reichsbürger:innen in Bochum**

Zur Ratssitzung im Dezember 2022 hatten wir eine Anfrage zur Reichsbürger:innenszene in Bochum gestellt. Aus der Antwort der Verwaltung ging hervor, dass es im Jahr 2022 einen deutlichen Anstieg der registrierten Straftaten durch Reichsbürger:innen in Bochum gab. Die Zahl der polizeibekanntes Reichsbürger:innen sei nach Auskunft der Verwaltung gegenüber dem Vorjahr von 52 auf 38 Personen zurückgegangen. Dass eine geringere Anzahl an Reichsbürger:innen gegenüber den Vorjahren mehr Straftaten in Bochum verübt hat, kann als ein Anzeichen für die Radikalisierung der Szene gewertet werden. Es wird deutlich, dass die Reichsbürger trotz ihres Hochs während der Pandemie keine konjunkturelle Erscheinung sind. Erschreckenderweise gibt es nach Angaben der Verwaltung einen Angehörigen der „Reichsbürger- und Selbstverwalterszene“ in Bochum, der im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis ist.

Der Stadt selbst sind laut Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage momentan keine bei der Stadt angestellten Reichsbürger:innen bekannt. Sie habe ihre Mitarbeiter:innen in Führungspositionen, nachdem bei der Stadt Beschäftigte rechtsextreme Hammerskins aufgefliegen waren, für verfassungsfeindliche Äußerungen sensibilisiert. Das ist ein guter erster Schritt, aber dabei darf die Stadt nicht stehen bleiben.

Es wäre aus unserer Sicht außerdem wichtig, dass Angestellte der Stadt mit viel Bürger:innenkontakt auf den Umgang mit Reichsbürger:innen vorbereitet werden. Über das demokratiegefährdende Potenzial der Reichsbürger:innen und ihre Strategien braucht es gezielte Informations- und Bildungsangebote für die Stadtgesellschaft. Als Linksfraktion setzen wir uns weiter für die Stärkung der Präventionsarbeit gegen Rechts in unserer Stadt ein.

### Rechtsextremismus in Bochum

Zur Ratssitzung im Februar 2023 stellten wir eine Anfrage, in der wir uns nach den Entwicklungen bei rechtsextremen Straftaten in Bochum erkundigten und wie viele Faschisten in Bochum legal Zugang zu Waffen haben. Leider war es der Verwaltung noch nicht möglich, Auskunft zu den Straftaten durch Rechtsextreme in Bochum im Jahr 2022 zu geben, da diese erst mit dem Verfassungsschutzbericht vorgelegt werden würden. Wenig erfreulich ist die Entwicklung der Aufklärungsquote faschistischer Straftaten in Bochum zwischen 2016 und 2021: Sie liegt konstant unter 50 Prozent und ist in den letzten Jahren weiter gesunken.

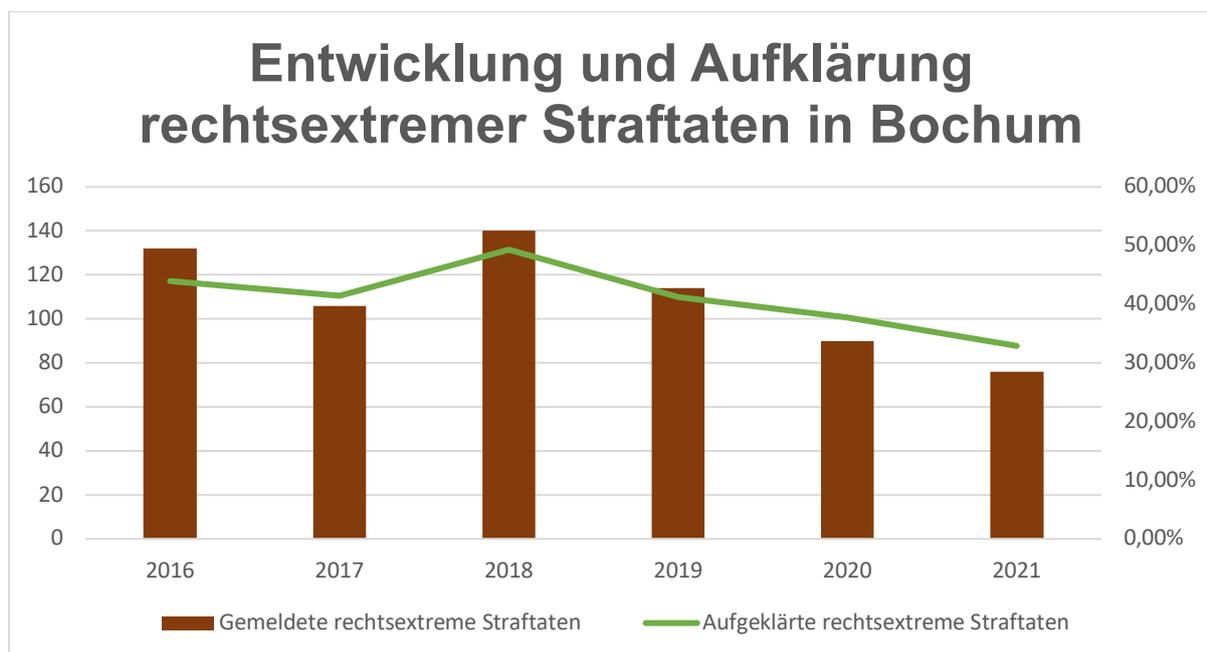


Tabelle 2: Entwicklung und Aufklärung rechtsextremer Straftaten in Bochum 2016-2021

Der Polizei waren keine als rechtsextrem bekannten Personen in Bochum bekannt, die im Besitz eines kleinen Waffenscheins, einer Waffenbesitzkarte oder eines großen Waffenscheins waren. Die Angriffe auf das alternative Hausprojekt Haldi 47 und die Bedrohung mit einer Schreckschusswaffe zeigten jedoch wenig später, dass wir uns auch in Bochum nicht in Sicherheit wiegen dürfen, denn: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!



### 3.5 Frieden beginnt vor Ort – für Verständigung und Abrüstung

#### **Für ein friedliches Bochum: Nato-Pläne durchkreuzen!**

Erst durch Presseberichte war öffentlich geworden, dass das Referat von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch über Monate im Geheimen mit der Wirtschaftsentwicklung und dem NRW-Wirtschaftsministerium über die Ansiedlung einer hochrangigen Militäreinrichtung in unserer Stadt gesprochen hatte. Es ging um den möglichen Umzug der Nato-Kommunikationszentrale NCIA („Nato Communications and Information Agency“) auf das ehemalige Opel-Gelände in Bochum-Laer, zum Beispiel im Bereich der ehemaligen Neuwagen-Stellfläche zwischen der Wittener und der Alten Wittener Straße. Mit dem geplanten 600 bis 2.000 Personen starken Militärstandort drohte Bochum zu einer zentralen Basis für die vernetzte Kriegsführung zu werden. Um die vom Oberbürgermeister vermiedene Transparenz herzustellen und die Diskussion in die Öffentlichkeit zu verlagern, hat unsere Fraktion eine umfassende Anfrage gestellt.



Die von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch geführte Verwaltung musste uns beantworten, mit welchen zusätzlichen Belastungen die mögliche Ansiedlung auf dem ehemaligen Opel-Gelände einhergehen würde. Unter anderem ging es in der Anfrage um die Verkehrssituation und um zusätzliche Belastungen durch Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen. Weiter wollten wir wissen, welche Kosten der Stadt durch die Ansiedlung entstehen würden, und in welcher Höhe ihr jährlich Gewerbesteuern verloren gehen, wenn eine militärische Einrichtung anstelle von gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen auf die Fläche zieht. Und weil militärische Kommunikations- und Informationssysteme im Kriegsfall bevorzugte Ziele für Raketenangriffe und Bombardements sind, wollten wir von der Stadt wissen: Welche zusätzlichen Bedrohungen für die Bochumer Bevölkerung würden mit der Ansiedlung solcher Systeme einhergehen?

Aus der Antwort der Verwaltung ging hervor, dass der NATO tatsächlich der ehemalige Parkplatz für Neuwagen der Firma Opel an der Alten Wittener Straße als Fläche angeboten wurde. Bochum sei aber laut Bundesministerium für Verteidigung nicht der bevorzugte Standort für eine Verlegung der NATO-Agentur. Überhaupt sei eine Verlegung nach Deutschland grundsätzlich unklar. Eine klare Absage an die Pläne enthielt die Antwort der Verwaltung jedoch nicht und es ist offenkundig, dass Stadt und Wirtschaftsentwicklung jederzeit die angebotene Fläche an der Alten Wittener Straße für die NATO freigeben würden, wenn sie darum gebeten würden. Wir fordern dagegen ein klares „Nein!“ zu den Ansiedlungsplänen anstelle von Schlupflöchern. Interessant war darüber hinaus, dass in der Antwort die Fläche des ehemaligen Opel-Parkplatzes zu einem Gewerbe- und Industriegebiet umgewidmet wird. Im Bebauungsplan aus dem Jahr 2014 war diese Fläche noch zur Renaturierung vorgesehen.

Stets haben wir Oberbürgermeister Eiskirch daran erinnert, dass er als Mitglied des Städtebündnisses „Mayors for Peace“ sich dazu verpflichtet hatte sich für Abrüstung einzusetzen – und nicht, einen neuen bis zu 2.000 Personen starken Militärstandort in seiner Stadt zu schaffen. Auch die Grünen bekamen von uns ihr Fett weg, weil sie sich ausdrücklich für die Ansiedlung der NATO-Kommunikationszentrale ausgesprochen hatten. Nicht nur in den kommunalen Gremien, sondern ebenfalls auf der Straße zeigten wir Flagge gegen die Ansiedlung der NATO-Kommunikationszentrale. Wir beteiligten uns an einer Kundgebung des Bochumer Friedensplenums gegen die Militarisierung von Bochum-Laer.

Als Linksfraktion treten wir dafür ein, dass Bochum zusammen mit anderen Städten alle Aufrüstungspläne zurückweist. Mit dem Zwei-Prozent-Ziel der Nato erhöhen sich die deutschen Rüstungsausgaben massiv. Das ist Geld, das wir dringend zur Wiederherstellung des Sozialstaates, für die Sanierung von Schwimmbädern, Schulsanierungen und für gebührenfreie Kitas brauchen. Auch deshalb fordern wir, neue Gewerbeflächen nur nichtmilitärischen Einrichtungen Verfügung zu stellen – und Betrieben, die keine Rüstungsgüter und Waffen herstellen. Parallel dazu sollte die Bochumer Wirtschaftsförderung Unternehmen beraten und unterstützen, die eine Rüstungskonversion beabsichtigen.



## 4. Stadtentwicklung

### 4.1 Raus aus der Wohnungskrise – bezahlbare Mieten für alle

# Entwicklung des preisgebundenen Wohnraums



(Quelle: Stadt Bochum)

### **LINKEN-Anfrage belegt: In Bochum klare Spaltung bei der Verteilung von Wohneigentum**

Zur Ratssitzung im Dezember 2020 hatte die Verwaltung auf unsere Anfrage zur Zahl der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen geantwortet – jedenfalls formal. Denn auf die konkrete Frage, wie viele Wohnungen in den vergangenen fünf Jahren umgewandelt worden waren, lieferte die Stadt keine Antwort. Deutlich wurde an den Zahlen allerdings einmal mehr die Spaltung in unserer Stadt in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse: Während im Ortsteil Gleisdreieck nur acht Prozent des Wohnraums von den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst genutzt wird, beträgt der Anteil in Hordel mehr als 50 Prozent. Inzwischen ist auch in Bochum zu beobachten, dass reguläre Mietwohnungen zu Airbnb-Appartments umgewandelt werden. Diese Wohnungen stehen dann nicht mehr den Menschen in unserer Stadt zur Verfügung, sondern sie werden tage- und wochenweise vermietet, um mehr Geld zu verdienen.



### **Bochumer „Handlungskonzept Wohnen“ gescheitert!**

Mehriban Özdoğan, unser Mitglied im Ausschuss für Planung und Grundstücke, wies Ende 2020 darauf hin, dass sich die SPD und die Grünen mit dem Handlungskonzept vor drei Jahren das Ziel gesetzt hatten, in Bochum jährlich 200 neue mietpreisgebundene Wohnungen zu schaffen. „Obwohl das nicht ausreicht, um die Schrumpfung des sozialen Wohnungsbestands rückgängig zu machen, ist Bochum meilenweit von diesem Ziel entfernt: Im Jahr 2018 wurden nur 92 der angestrebten 200 Bewilligungen erteilt, im vergangenen Jahr ist die Zahl sogar auf 60 bewilligte Anträge gesunken. Das liegt daran, dass die Stadt weiterhin auf Bodenprivatisierung, Investoren-Projekte und viel zu niedrige Sozialbindungs-Quoten setzt.“

### **„Allianz für Wohnen“: Wer darf hier eigentlich mitreden?**

Teil des Beschlusses über das „Handlungskonzept Wohnen“ war auch die Gründung einer „Allianz für Wohnen“, die die Verwaltung schließlich 2021 anging, allerdings sehr irritierend: Die Treffen fanden nichtöffentlich statt, und wer genau alles mitreden darf, ist bisher nicht bekannt. Das ist keine Kleinigkeit, schließlich sollte diese „Allianz“ das zentrale Beratungsgremium werden, das die Stadt bei der Überarbeitung des Handlungskonzepts Wohnen unterstützt. Die neue Allianz hätte damit möglicherweise größeren Einfluss auf die Ausrichtung der Bochumer Wohnungspolitik in den kommenden Jahren.

### **Bezahlbares Wohnen: Teilerfolg beim Erbaurecht, Beschluss aber nicht nachgeschärft**

Bereits in den Jahren 2017 und 2018 hatten wir den Vorschlag auf die Tagesordnung des Bochumer Rats und seiner Ausschüsse gebracht – jetzt, am 26. August 2021, gab es endlich eine grundsätzliche politische Mehrheit: Statt kommunale Baugrundstücke praktisch immer zu privatisieren, sollen sie zukünftig verstärkt nach dem Erbaurecht vergeben werden. Als „längst überfällig“ bezeichnete unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier in der Debatte einen

solchen Beschluss. „Leider sind in den vergangenen Jahren weiter viele Grundstücke privatisiert worden, die nun für die Öffentlichkeit für immer verloren sind.“ Allerdings hat die Rathaus-Koalition aus SPD und Grünen unseren detaillierten Antrag abgelehnt, mit dem wir die konkreten Regelungen präzisieren und nachschärfen wollten. Damit ist der Beschluss leider nur ein Teilerfolg.

### **50 Prozent Sozialbindungsquote für „Gerthe-West“ gefordert!**

Die Hälfte aller Menschen in Bochum fällt in die Einkommensgrenzen für öffentlich geförderte Wohnungen. Die Linksfraktion beantragte im Herbst 2021 für das Neubaugebiet Gerthe-West daher eine Erhöhung der Sozialbindungsquote auf 50 Prozent und die Vermarktung der städtischen Flächen nach dem Erbbaurecht.

„Trotz aller politischen Versprechen hinkt Bochum beim Neubau der dringend benötigten geförderten Wohnungen hinterher“, kritisierte Horst Hohmeier, Fraktionsvorsitzender der Bochumer LINKEN im Rat. „Inzwischen gibt es nur noch rund 12.500 mietpreisgebundene Wohnungen in unserer Stadt, im Jahr 2003 waren es noch fast 30.000. Das vor vier Jahren gesetzte Ziel von 200 neuen Sozialwohnungen jährlich ist seitdem nicht erreicht worden. Dabei ist es sowieso viel zu niedrig, um diesen Verlust auszugleichen. Da die Hälfte aller Bochumerinnen und Bochumer in die Einkommensgrenzen für öffentlich geförderte Wohnungen fällt, muss bei allen neuen Bebauungsplänen verbindlich eine Sozialbindungsquote von mindestens 50 Prozent vorgesehen werden. Jedes Projekt, das heute weiter mit zu niedriger Sozialbindungsquote geplant wird, verschlimmert die Situation.“

Zudem müsse die Stadt aufhören, das knappe Bauland zu privatisieren, forderte Horst Hohmeier. „Für ein Stopp der Mietpreisspirale muss die Stadt entweder selbst dauerhaft mietpreisgebundene Wohnungen schaffen oder die Grundstücke nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Bauträger vergeben. Wenn Bochum die Krise beim bezahlbaren Wohnraum in den Griff bekommen will, dürfen wir für soziale Korrekturen in der Wohnungspolitik nicht auf die angekündigte Überarbeitung des Handlungskonzepts Wohnen warten. Wenn jetzt weiter gebaut wird wie bisher, werden die Menschen in unserer Stadt, die auf eine bezahlbare Wohnung angewiesen sind, in den kommenden Jahren und Jahrzehnten darunter leiden.“

Weiter forderte DIE LINKE, dass für das weitere Verfahren zu Gerthe-West zwingend eine starke Bürger:innenbeteiligung auf Augenhöhe geplant werden muss. „Transparenz und Bürger:innenbeteiligung dürfen weder an der Corona-Pandemie noch an einem fehlenden Willen scheitern“, so Horst Hohmeier weiter. „Außerdem braucht es im weiteren Planungsverfahren deutliche Nachbesserungen beim Mobilitätskonzept. Ein Verkehrschaos im Bochumer Norden muss verhindert werden.“

## **Gegen unsere Stimmen: Modernisierung = Mieterhöhung**

In der Ratssitzung am 16. Dezember 2021 wurde gegen unsere Stimmen eine Modifizierung des kommunalen Modernisierungsprogramms beschlossen, nachdem unser Änderungsantrag zur Absicherung gegen modernisierungsbedingte Mieterhöhungen abgelehnt worden war. Grundsätzlich begrüßen wir die Modernisierung von Wohnraum ausdrücklich und wünschen uns, dass Mieterinnen und Mieter nicht mehr in stark sanierungsbedürftigen Wohnungen leben müssen, Abhilfe geschaffen wird und klimagerechtes Wohnen bei höherer Lebensqualität unterstützt wird. Dass hier jedoch der soziale Aspekt einmal mehr nicht mitgedacht wird und ein Hintertürchen offenbleibt, durch das Vermieterinnen und Vermieter im Zuge der Modernisierungsförderung ihre eigenen Kosten auf die Mieterinnen und Mieter umlegen dürfen, lehnen wir ausdrücklich ab.

## **Wohnungsmarkt in Bochum: Ein Weiter-So bedeutet Kahlschlag bei bezahlbarem Wohnraum!**

Die Krise beim bezahlbaren Wohnraum spitzt sich in Bochum weiter zu. In den nächsten zehn Jahren sinkt die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen um weitere 4.505 Wohneinheiten. Im selben Zeitraum sollen nach den Plänen von SPD und Grünen nur 2.000 neue Wohnungen mit Mietpreisbindung entstehen. Das ergab im Frühjahr 2022 die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion.

„Uns fehlt jedes Verständnis dafür, dass SPD und Grüne dem Kahlschlag auf dem mietpreisgebundenen Wohnungsmarkt in Bochum weiterhin tatenlos zuschauen“, sagte Horst Hohmeier, Fraktionsvorsitzender der Bochumer LINKEN im Rat (Frühjahr 2022). „Mit den von der Koalition im Handlungskonzept Wohnen versprochenen und bisher nicht eingehaltenen 200 geförderten Wohnungen im Jahr lässt sich nicht ansatzweise verhindern, dass sich die Wohnungskrise in Bochum rasant verschärft. Wer wie im vergangenen Jahr gerade einmal 90 mietpreisgebundene Wohneinheiten fertigstellt, hat offenbar den Ernst der Lage nicht verstanden. In diesem Tempo braucht es mehr als acht Jahre um allein die 751 unplanmäßigen Abgänge aus dem Jahr 2017 zu kompensieren. Wir fordern SPD und Grüne auf, die Überarbeitung des Handlungskonzeptes Wohnen mit höchster Priorität anzugehen.“

Die Linksfraktion kritisierte, dass die Ratsmehrheit bisher keine Konsequenzen aus der verfehlten Wohnungspolitik gezogen hat: „Bochum braucht dringend eine Wende hin zu einer sozialen Wohnungspolitik. Die Hälfte aller Bochumerinnen und Bochumer fällt in die Einkommensgrenzen für öffentlich geförderte Wohnungen. Da wäre es wirklich das Mindeste, dass alle neuen Bebauungspläne verbindlich eine Sozialbindungsquote von mindestens 50 Prozent vorsehen. Statt Neubau auf der grünen Wiese braucht es vor allem mietpreissenkende Maßnahmen im Bestand. Leerstehende Büros und Gewerbeflächen müssen zum preisgünstigen Wohnraum von morgen werden“, ergänzte Hohmeier.



**Wenn man der städtischen Wohnungsgesellschaft VBW dringend benötigte Investitionsmittel entzieht, ist die Wohnungskrise auch hausgemacht!**

Die Kommunalwahl ist bereits zwei Jahre her. Da ist bei SPD und Grünen längst Normalität eingeleitet und alle (offenbar ohnehin nicht ernst gemeinten) Äußerungen aus dem Wahlkampf vergessen. Die mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft VBW muss auf Wunsch von SPD und Grünen ihre Millionengewinne an ihre Anteilseigner ausschütten – hauptsächlich an Tochtergesellschaften der Stadt selbst. Das hat der Rat mehrfach gegen unsere Stimmen beschlossen.

Im Ergebnis fehlen der VBW so Jahr für Jahr die rund drei Millionen Euro Gewinn für eigene Investitionen. Eine andere Möglichkeit wäre, die Mieten zu senken, denn die Mieter:innen zahlen die Dividende. Der Mieterverein rechnet vor, dass ein Verzicht auf die Gewinnausschüttung der VBW die Möglichkeit eröffnen würde, bis zu 15 Millionen Euro in den Bestand fließen zu lassen. Diese zusätzlichen Investitionen werden in Bochum dringend benötigt. Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindungen als neue fertiggestellt werden, wobei durch Umwidmung aus Landesmitteln immerhin auch 500 neue Sozialwohnungen entstanden waren.

## **Unsere Anfrage bringt es an den Tag: Schneckentempo beim Erbbaurecht, aber Nachbesserungen in Aussicht**

Am 26. August 2021 hatte der Bochumer Rat eine Neuausrichtung der Bochumer Bodenpolitik und die verstärkte Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht beschlossen. Die Bilanz ist ernüchternd.

Die Verwaltung brachte es in der Antwort auf unsere Anfrage im Sommer 2022 gut auf den Punkt, wenn sie von einer langsamen Etablierung der Grundstücksvergabe im Erbbaurecht spricht. „Schneckentempo ist aber am Ende zu langsam und kein Grund zur Freude“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender, Horst Hohmeier.

Wir begrüßen es weiterhin, dass die Verwaltung verstärkt auf Erbbaurecht in Bochum setzen will. Unsere Befürchtungen haben sich aber leider bewahrheitet, dass der Beschluss aus dem vergangenen Jahr zu unpräzise und zahnlos war. Es rächte sich, dass die Koalition aus SPD und Grünen unseren Änderungsantrag abgelehnt und auf die generelle Vergabe von Wohnungsbaugrundstücken im Erbbaurecht verzichtet hatte. Im Ergebnis wurde nur ein Drittel der Grundstücke im Erbbaurecht vergeben. In diesem Jahr fand sogar keine Grundstücksvergabe im Erbbaurecht statt. Von einer mutigen Neuausrichtung der Bochumer Bodenpolitik kann so keine Rede sein.

Immerhin stellte die Verwaltung in der Antwort auf unsere Anfrage notwendige Nachbesserungen in Aussicht: So soll es Anpassungen der Grundstücksrichtlinien und des Zuständigkeitskataloges geben. Mehr Mut und Tempo können dabei nicht schaden. Wichtig wäre, dass zukünftig mit den Baugesellschaften Mietpreisbindungen über die ganze Vertragslaufzeit vereinbart werden. Das ist anderswo längst üblich und ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung der Mietpreisspirale in Bochum. Steigenden Mieten und dem Wegbrechen des sozialen Wohnraums wurde viel zu lange zugeschaut. Die Vergabe im Erbbaurecht sollte zudem endlich auch auf kommunale Gewerbeflächen ausgeweitet werden.

## **Sofortmaßnahmen gegen Wohnungskrise statt Baurecht auf Abruf**

Sieben Bochumer Bürgerinitiativen und das Netzwerk für bürgernahe Stadtentwicklung wollten mit einer Bürgeranregung nach Paragraf 24 der Gemeindeordnung NRW verhindern, dass in Bochum weiter Baurecht auf Abruf geschaffen wird, während die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Wohnen und die Evaluation des Klimaplanes noch nicht abgeschlossen sind. Die Verwaltung hat die Eingabe mit Verweis auf die Hauptsatzung abgelehnt, da es um Bebauungspläne ginge. Unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier hatte stellvertretend für die Initiativen den Redebeitrag, den sie nicht persönlich halten konnten, vorgetragen. Wir finden, dass der Rat sich mit diesem wichtigen Thema befassen muss und die Rede von Heike Schick sehr wohl gehört werden sollte. Wir teilen die Einschätzung, dass keine Fakten geschaffen werden sollten, die das überarbeitete Handlungskonzept Wohnen zu einem Papiertiger mutieren lassen, da es für bereits laufende Bebauungspläne nicht gilt.

Die Verwaltung bestätigte auf unsere Anfrage hin, dass sich die Baugenehmigungen aufgrund steigender Baukosten im zweiten Halbjahr 2022 fast halbiert haben. Beim geförderten Wohnungsbau seien die Folgen der Wohnungskrise aber angeblich noch nicht gravierend spürbar. Hier regiert nur das Prinzip Hoffnung. In Bezug auf zu ergreifende Sofortmaßnahmen vor Abschluss der Fortschreibung des Handlungskonzept Wohnen kündigt die Verwaltung dagegen eine Prüfung an und verweist auf das erweiterte Instrumentarium durch die Aufnahme in die Gebietskulisse der Baulandmobilisierungsverordnung NRW.

Aus unserer Sicht sollte die Verwaltung bei der Prüfung von Sofortmaßnahmen gegen die Wohnungskrise endlich einen Zahn zu legen. Statt auf einen geringeren Schwund beim geförderten Wohnungsbau zu hoffen, muss es jetzt zügig an die Umsetzung der dringend notwendigen Maßnahmen gehen. Zusammen mit dem Mieterverein und weiteren Initiativen fordern wir seit langem, dass in Bochum vor allem auf Bestandsentwicklung gesetzt wird. Das kündigt jetzt auch die Verwaltung an. Wir fragen uns aber, warum es bei einer Absichtserklärung bleibt. Neue Wohnungen durch Aufstockungen zu schaffen ist preisgünstiger, schneller und besser für das Stadtklima.

Auch bei der Leerstandsaktivierung steht die Verwaltung auf der Bremse. Eine Zweckentfremdungssatzung wollte die Verwaltung nicht einführen. Es bleibt ein großer Fehler, dass die Ratsmehrheit die Ende 2017 auf unsere Initiative hin von der Verwaltung vorgelegte Satzung abgelehnt hatte. Den politischen Willen, diesen Fehler zu korrigieren, sehen wir bei SPD und Grünen nicht. Immerhin macht die Verwaltung erste zaghafte Schritte bei der Beseitigung von Problemimmobilien. Hier würden wir uns mehr Tempo wünschen.

Neue Möglichkeiten bietet die Baulandmobilisierungsverordnung NRW. Als Kommune mit einem angespannten Wohnungsmarkt sollte Bochum, wo immer das möglich ist, das erweiterte Instrumentarium wie das besondere Vorkaufsrecht für brachliegende Grundstücke und das Aussprechen von Baugesboten nutzen. Das ist eine sinnvolle Ergänzung, ersetzt aber eine kluge Bestandspolitik nicht. Wir werden aufmerksam beobachten, wie die Verwaltung die neuen Chancen nutzt und auf einen klaren Fokus bei der Aufstockung von preisgünstigem Wohnraum im Bestand pochen.

## 4.2 Kultur für alle

### **Mogelpackung Rettungsschirm und Mini-Anpassung bei der mehrjährigen Kulturförderung**

Seit Sommer 2020 hatten wir uns dafür eingesetzt, in der Januar-Sitzung 2021 des Kulturausschusses war es dann so weit: Der schon im Sommer völlig verausgabte Bochumer Rettungsschirm für die freie Kulturszene wurde endlich aufgestockt. Tatsächlich aber bekamen die Kulturschaffenden überhaupt keine zusätzlichen Mittel, sondern es wurden bereits eingeplante Gelder einfach umgewidmet. Trotz mehrerer Nachfragen und eines Änderungsantrags blieb es

dann bei einer Mini-Anpassung: Den Träger:innen der freien Kultur wurden die bisher vorgesehenen Betriebskostenzuschüsse weiterhin gewährt, eine von uns geforderte Anpassung der Förderung um zwei Prozent wurde aber mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und Co. auf nur ein Prozent zurückgefahren.

### **Bochum fährt Bewerbung zum UNESCO-Welterbe gegen die Wand**

Die Mehrheit im Bochumer Rat hat beschlossen, die Bewerbung der „Industriellen Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ zum UNESCO-Welterbe scheitern zu lassen. Das ist unserer Meinung nach ein großer Verlust für den Denkmal- und Landschaftsschutz. Unseren Änderungsantrag hat die Rathauskoalition abgelehnt. Wir hatten beantragt, das von 41 Ruhrgebiets-Städten und Kreisen unterstützte Bewerbungsverfahren ebenfalls mitzutragen. Mit der 2021 getroffenen Entscheidung torpediert die Stadt Bochum die gesamte Bewerbung, denn das Land NRW setzt die Unterstützung aller beteiligten Kommunen zwingend voraus. Zu Beginn der Ratssitzung hatte unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier bereits beantragt, der Bitte der Industriedenkmalstiftung zu entsprechen und die Beschlussfassung zu verschieben. In einem Brief hatte die Stiftung erklärt, dass die Vorlage der Verwaltung „diverse fehlerhafte Aussagen“ enthalte, die darauf zurückzuführen seien, dass die Stadt Bochum mehrere Gesprächsangebote abgelehnt habe. Doch die Rathauskoalition ließ sich nicht auf eine Verschiebung ein. „Das Verhalten von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und seiner Verwaltung ist unverantwortlich gegenüber unserer Region“, hatte Horst Hohmeier bereits im Vorfeld erklärt. „Die Bewerbung zum UNESCO-Welterbe ist deutlich nachhaltiger als beispielsweise der Versuch, an einer möglicherweise bereits gescheiterten Olympia-Bewerbung festzuhalten. Das Welterbe-Projekt bezieht regionale Grünzüge und Eisenbahntrassen als nachhaltige Lebensadern des Ruhrgebiets ein. Die Renaturierung der Emscher, ein Jahrhundertprojekt, spielt ebenfalls eine Rolle. Diese Maßnahmen überzeugen auch unter ökologischen Gesichtspunkten.“ Die Liste der Industriedenkmalen sei für Bochum ebenso spannend. Statt das Verfahren zu boykottieren und zum Scheitern zu bringen forderte er, dass sich Bochum aktiv in den Prozess einbringen soll und auch Gedenkorte wie das ehemalige Zwangsarbeiter:innenlager an der Bergener Straße auf die Liste aufzunehmen.

### **Kein Grillverbot für die Schmechtingwiese!**

Das ist ein Thema, das uns immer mal wieder beschäftigt: Grillverbote für öffentliche Park- und Grünanlagen. Zunächst ging es um den Ümminger See, wo wir ein gefordertes Grillverbot bzw. die dann beschlossene Verkleinerung der zur Verfügung stehenden Fläche abgelehnt hatten. Dann kam die Schmechtingwiese: Ein Anwohner hatte beantragt, das Grillen dort zu verbieten. Wir lehnten das genauso wie die Verwaltung ab. Wir finden: Öffentliche Parks sind für alle da – Grillmöglichkeiten dürfen nicht eingeschränkt werden!

Statt weniger Grillmöglichkeiten für uns alle sollten sinnvollere Maßnahmen ergriffen werden. Wir hatten bereits bei der Diskussion um den Ümminger See Abfallbehälter beantragt, die so konstruiert sind, dass Vögel und andere Tiere den Müll nicht durchwühlen können, sowie Sonderleerungen nach warmen Wochenend- und Feiertagen. Unser Konzept sah außerdem vor,

dass die Verwaltung ein offizielles Flugblatt erstellt, das darüber aufklärt, in welchen Bochumer Park- und Grünanlagen das Grillen erlaubt ist. Gleichzeitig sollte der Flyer einfach und verständlich die Regeln für das Grillen im öffentlichen Raum erklären. Diese Maßnahmen bleiben weiterhin wichtig.

### **Haus des Wissens: eine große Chance für Bochum!**

Über 150 Millionen Euro für ein Bauprojekt – das ist eine Stange Geld. Unser Ratsmitglied Moritz Müller hat in seinem Redebeitrag Verständnis für die kritischen Nachfragen vieler Bochumerinnen und Bochumer und deren Sorgen geäußert. Auch wir haben bei dieser Kostensteigerung ein flaes Gefühl im Magen. Es darf nicht dazu kommen, dass ein solches Großprojekt zu Kürzungen an anderer Stelle führt. Wir können uns kein Anziehen der Handbremse beim Bau von Kitas, der Renovierung von Schulen oder dem Radwegeausbau leisten. Es ist Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass die Bedenken nicht zur Realität werden.

Richtig finden wir, dass die Menschen in Bochum über ein solches Großprojekt entscheiden. Bürger:innenbeteiligung darf es aber nicht nur dann geben, wenn es schwierige Entscheidungen zu treffen gilt. Der Antrag der CDU für einen Ratsbürger:innenentscheid kam da doch recht spät. Ohnehin müsste vorher volle Transparenz geschaffen und eine breite Diskussion in der Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Die Verwaltung hat hier erste Schritte getan. Es war gut, dass der Oberbürgermeister, die Kämmerin und der Stadtbaurat dem Rat und der Öffentlichkeit einen Bericht zum Haus des Wissens gehalten haben. Als Fraktion konnten wir zudem im Vorfeld alle offene Fragen klären.

Nachdem der Ratsbürger:innenentscheid von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, war für uns klar, dass wir weiter hinter dem Haus des Wissens stehen. Es gibt keinen sinnvollen Alternativstandort, der zudem noch zu deutlichen Kosteneinsparungen führen würde. Auch Kosteneinsparungen beim Projekt sind nicht ohne Abstriche bei der Projektidee realisierbar. Das ist bitter.

„Das Haus des Wissens ist eine große Chance für Bochum. Es vereint Bildung, Kultur und Begegnung. Ist ein offener und inklusive Ort für alle Menschen. Das Haus des Wissens kommt ohne Konsumzwänge aus. Wir sind überzeugt, dass Bochum genau einen solchen Ort braucht“, fasst Moritz Müller zusammen, warum wir hinter der Projektidee stehen. Im Ergebnis haben wir deshalb trotz der Kostensteigerungen für die weitere Umsetzung des Haus des Wissens gestimmt.

## 4.3 Gute Rahmenbedingungen für den Sport in Bochum

### Für den Erhalt aller Bäderstandorte!

Die kommunalpolitischen Aktivitäten im Bereich des Freizeitsports waren vor allem den Schwimmbad-Standorten in Bochum gewidmet. Dabei ging es insbesondere um die Standorte Höntrop und Langendreer.

Seit vielen Jahren setzen wir und unser sportpolitischer Sprecher Sven Ratajczak uns dafür ein, dass am Standort Höntrop der beschlossene Neubau des wegen Vernachlässigung und Investitionsstau inzwischen abgerissenen Bades endlich umgesetzt wird. Nach großen Protesten von Menschen im Stadtteil und auch unserer Fraktion war im Jahr 2018 eine Rücknahme der Pläne erreicht worden, den Standort dauerhaft geschlossen zu lassen und die Bochumer Schwimmbad-Landschaft so noch weiter auszudünnen.

Ein Jahr nach den Kommunalwahlen war plötzlich nichts mehr sicher: Jedenfalls hatte die städtische Bädergesellschaft „Wasserwelten“ nun ein Bäderkonzept mit 13 möglichen Szenarien vorgelegt. Die allermeisten davon sahen Schwimmbad-Schließungen vor. Insgesamt strebt die Gesellschaft, an welche die städtischen Schwimmbäder gegen unsere Stimmen abgegeben worden sind, eine weitere Reduzierung der Freibad-Wasserflächen an. Neben vielen weiteren Bädern war besonders der Schwimmbad-Standort im Höntroper Südpark akut bedroht, für dessen Erhalt wir uns seit Jahren einsetzen. Seit der Schließung des Nordbads am Rosenberg und des Stadtbads an der Massenbergstraße klaffen in der Bochumer Bäderlandschaft bereits schmerzhaft Lücken. Sollte die Rathaus-Koalition tatsächlich die Abwicklung Bochumer Schwimmbäder anstreben, wäre das nicht nur schlimm für die entsprechenden Stadtteile, sondern auch ein eklatanter Bruch von Wahlversprechen.



### **Tatsächlich kam es auch so:**

Gegen unsere Stimmen hatte aber die Koalition aus SPD und Grünen auf der Ratssitzung am 11. November 2021 sich eine Hintertür für den Wegfall von Bäderstandorten offengelassen und mindestens für das Freibad in Langendreer das Ende besiegelt.

Dennoch kämpften viele Bochumerinnen und Bochumer weiter für den Erhalt des Freibads in Langendreer. Die Bochumer Linksfraktion unterstützte eine Petition für den Erhalt der Freibäder in Langendreer sowie Höntrop und stimmte bei der Ratssitzung am 3. März 2022 für die Eingabe nach §24 der Gemeindeordnung, die den Erhalt des Freibades in Langendreer beantragte.

Am 26. Februar 2022 nahmen Mitglieder unserer Fraktion, darunter unser Fraktionsvorsitzender, Horst Hohmeier, und unsere ehemalige Fraktionsvorsitzende, Gültaze Aksevi, sowie unser Bezirksvertreter in Bochum-Ost Benny Krutschinna, an der Demonstration zum Erhalt des Freibades in Bochum Langendreer teil. Unsere Position war klar: Alle Schwimmbadstandorte samt aller Hallen- und Freibäder müssen erhalten bleiben.

Am Ende hatten über 7.000 Menschen die Petition für den Erhalt der Freibäder in Höntrop und Langendreer unterschrieben. Am 05.03.2022 fand eine weitere Kundgebung, diesmal im Südpark statt, um für den Erhalt des Hallen- und Freibades Höntrop zu demonstrieren.

Das war ein großer Erfolg, auch wenn es immer noch schmerzt, dass SPD und GRÜNE im März 2022 das Aus des Freibades in Langendreer durchgesetzt hatten. Nun kommt es darauf an, den Neubau des Hallenbades Höntrop zügig voranzubringen!



## **Mehr Einsatz der Wasserwelten für Hallenbadneubau in Höntrop nötig**

„Wie viele Bochumerinnen und Bochumer haben auch wir den Eindruck, dass die Wasserwelten beim Neubau des Hallenbades in Höntrop die Hände in den Schoß gelegt haben und gemütlich abwarten“, erklärte Horst Hohmeier, unser Fraktionsvorsitzender. „Dass jetzt auch beim Neubau des Hallenbades ´Abwarten und Tee trinken´ das Motto ist, irritiert nicht nur uns. Stadt und Wasserwelten müssen jetzt endlich alles dafür tun, dass das Hallenbad wieder für die Menschen zur Verfügung steht. Das wäre wirklich das Mindeste“, ergänzte Hohmeier auf der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Sommer 2022.

Jetzt im Sommer 2023 geht es endlich mit der Sanierung des Bades in Höntrop los. In der Ratssitzung im Juni 2023 haben wir einen Bürgerantrag unterstützt, der vorsah, dass die Wasserwelten einen engen Austausch mit den Initiativen und den vielen engagierten Bürger:innen suchen. Unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier machte in seiner Rede deutlich, dass Bochum sich über das Engagement der vielen Bochumer:innen für unsere Schwimmbäder glücklich schätzen kann und dankte ihnen.

## **Sicherheit von Schiedsrichter:innen erhöhen**

Im Herbst 2022 geriet ein erschütternder Zwischenfall von einem Bochumer Fußballplatz deutschlandweit in die Schlagzeilen. Bei einem Amateurspiel war der Schiedsrichter brutal attackiert worden. Wir fragten deshalb nach, was die Stadt unternimmt, um Schiedsrichter:innen - und damit ein wichtiges Ehrenamt - auf den städtischen Sportplätzen besser zu schützen.

Die Antwort der Verwaltung von Dezember 2022 verwies auf den Arbeitskreis „Gewalt im Sport“, der Lösungen erarbeiten werde. Ferner habe der Fußballkreis Bochum eine „Task Force“ ins Leben gerufen, die Spiele begleiten solle. Außerdem finde eine Sensibilisierung der Vereine statt, die künftig auch eine höhere Zahl an Ordnern stellen sollen.

In Absprache mit dem Fußballverband sollte nach einer möglichen Verurteilung des Täters geprüft werden, ob ein Hausverbot ausgesprochen werden kann. Dies geschehe nach Auskunft der Verwaltung bei allen bekanntwerdenden Gewalttaten auf Bochumer Sportplätzen.

Wir werden auch weiterhin überprüfen, inwiefern die Stadt ihrer Mitverantwortung nachkommt bei schwerwiegenden Vorfällen, die auf städtischem Grund passieren. Insbesondere der Schutz des Ehrenamtes muss immer eine hohe Priorität haben.

## 4.4 Digitalisierung sozial und demokratisch

### **Öffentliches WLAN**

Eine Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage zum aktuellen Stand des Ausbaus des freien, öffentlichen WLAN in Bochum brachte deutliche Defizite in zentrumsfernen Stadtteilen zum Vorschein. Es wurde auf ein Pilot-Projekt im Bermuda3eck verwiesen, bei dem ein WLAN-Hotspot auf Basis des freien BOGESTRA-Mobil-WLAN-Netztes betrieben wird. Auf dieser Grundlage soll ein Betriebsmodell für weitere Standorte erarbeitet werden, sofern das Pilotprojekt erfolgreich ist. Die BOGESTRA ist da schon weiter und bietet nicht nur in allen Bussen und Straßenbahnen freies WLAN an, sondern auch in allen unterirdischen Bahnhöfen, an oberirdischen Haltestellen der U35 sowie an weiteren einzelnen Orten wie dem ZOB, dem August-Bebel-Platz und an ihren Kundencentern. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig nicht nur Bochum-Mitte ein gutes Netz an öffentlichem WLAN-Hotspots hat.

### **Smart City, aber demokratisch**

Bochum hat jetzt ein Smart City Konzept – leider zunächst ohne verbindliche demokratische und soziale Standards. Dafür hatten wir uns eingesetzt. Die sind aber dringend notwendig, denn Auftragsvergaben im Bereich der Digitalisierung können ein Einfallstor für Großkonzerne und Datenraub sein. Immerhin ging es bei der Weiterentwicklung des Smart-City-Konzeptes um die „durchgängige Berücksichtigung der Datensicherheit, des Datenschutzes und der sensiblen Verwendung von Daten als Grundsatz in allen Handlungsfeldern“. Dieser Punkt greift Teile unserer Kritik auf, die wir bereits im Jahr 2021 in einem Änderungsantrag zum Smart City Konzept geäußert hatten.

Für uns bleibt Richtschnur bei der Entwicklung Bochums zu einer Smart-City eine möglichst geringe Datenerhebung mit maximaler Transparenz bei erhobenen Daten und dass die Kommune souverän bleibt gegenüber externen Unternehmen. Erhobene Daten dürfen nicht zum Eigentum von Unternehmen werden! Auch digitale Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!

## 5. Ökologie, Klima und Verkehr

### 5.1 Sozial-ökologische Wende für Bochum

#### **Klimanotstand in Bochum – ein kleiner Realitätscheck**

Im Juni 2019 hatte der Rat der Stadt Bochum den Klimanotstand ausgerufen. Wer erwartete, dass das Folgen hat, wurde immer wieder enttäuscht. Zuletzt beim Bebauungsplan für die Charlottenstraße. Die Mehrheit des Rates hatte im Frühjahr 2022 gegen unsere Stimmen, die

Warnungen des Naturschutzbeirates und vieler Bürger:innen eine Bebauung für ein Gebiet beschlossen, das eine Funktion als Kaltluftentstehungsbereich hat. Zudem stehen auf dem Gelände alte Eichen, die unter Denkmalschutz stehen und jetzt massiv gefährdet sind. Das Beispiel der Bebauung Auf dem Aspei 47 zeigt, wie es am Ende mit den Bäumen weitergehen könnte. Wir finden: Eine Bebauung kann hier nur abgelehnt werden. Dass das die Ratsmehrheit anders sah, zeigte, wie wenig sie den beschlossenen Klimanotstand ernst nehmen.

### **Zahnloser Klimacheck?**

Vor mehr als zwei Jahren hat der Bochumer Rat offiziell den Klimanotstand ausgerufen, aber passiert ist seitdem viel zu wenig. Da sollte es doch ein Grund zur Freude sein, dass endlich der lange versprochene Klimacheck in ersten Vorlagen der Verwaltung auftaucht. Bisher bestand aber keinerlei Transparenz bezüglich des Auswahlprozesses des Klimacheck-Tools und der genauen Anwendung.

In der Sitzung des Ausschusses für Planung und Grundstücke am 9. November 2021 haben wir hierzu bereits einige Fragen gestellt, die wir mit einer Anfrage im Rat „Mehr Transparenz beim Klimacheck“ konkretisiert haben. Wir fragten unter anderem nach, warum sich die Verwaltung für das Tool der Firma „energielenker“, das von der Verwaltung als eine „die Komplexität von bebauungsplanerischen Entscheidungen nicht annähernd abbildende Bewertung“ beschrieben wird, und nicht zum Beispiel für das in Remscheid angewendete Tool der RWTH Aachen entschieden hatte. Ob den Mandatsträger:innen und der Öffentlichkeit das Klimacheck-Tool zeitnah als Leervorlage zur Verfügung gestellt und die Anwendung erläutert wird?

Wo der Klimacheck bisher angewendet wurde, blieb er zahnlos. Mit einer ausführlichen Anfrage haben wir versucht, mehr Transparenz in Sachen Klimacheck zu schaffen. Eine Antwort der Verwaltung war leider ausgeblieben. Immerhin hat die Verwaltung Anfang 2022 ein Handout vorgelegt, das eine Einführung in das Klimacheck-Tool darstellen soll. Eine Antwort auf unsere Anfrage wollte sich die Verwaltung damit ersparen.

### **Und wir versiegeln munter weiter?**

Mehr als zwei Jahre nach Ausrufung des Klimanotstandes, im November 2021, fragten wir im Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung nach, ob die Verwaltung die Erstellung eines Entsiegelungskonzeptes plant. Bochum muss den im Vergleich zu anderen Städten hohen Versiegelungsgrad angehen. Der Naturschutzbeirat hatte das mehrfach angeregt. Zudem sollte für landwirtschaftliche Flächen in städtischem Besitz eine spätere Versiegelung und damit eine Bebauung ausgeschlossen werden.

Im Februar 2023 haken wir unter Verweis auf das inzwischen eingeführte Entsiegelungskataster erneut nach und wollten ganz konkret wissen, wie viel Fläche 2023 in Bochum voraussichtlich ver- und entsiegelt wird und welches Verhältnis die Stadt dabei zukünftig anstrebt. Die Antwort der Verwaltung kam einem Offenbarungseid gleich. Es konnten keine Flächen benannt werden, die zeitnah entsiegelt werden sollen. Stattdessen wurde auf laufende bürokratische

Prozesse verwiesen. Auch die zu erwartende Versiegelung für 2023 konnte nicht benannt werden. Zum zukünftigen Verhältnis von Versiegelung und Entsigelung wird auf die Zielvision des Klimaplanes 2035 verwiesen, der vorsieht, dass Bochum bis 2035 eine „erneuerbare, klimaneutrale Schwammstadt“ ist. In Sachen Ver- und Entsigelung hat die Stadt also keinen richtigen Plan und lässt die Dinge erstmal geschehen. Ein unverantwortlicher Umgang mit unserem Stadtklima!

### **Ratsmehrheit gegen Bremse bei Versiegelung**

Der Flächenfraß in Bochum schreitet voran. Bochum gehört deutschlandweit unter den 50 einwohnerstärksten Städten zu den zehn mit dem höchsten Grad an Versiegelung. „Eine Platzierung, auf die niemand stolz sein kann“, wie unser Ratsmitglied Mehriban Özdoğan in ihrer Rede sagte. Die massive Versiegelung in Bochum wirkt sich in vielfacher Hinsicht negativ auf das Stadtklima aus und hat fatale ökologische Konsequenzen. Unsere Stadt hat sich in den letzten Jahren durch den Klimawandel und zunehmende Versiegelung stetig weiter aufgeheizt, Hitzeinseln gibt es bei uns bald wie in der Karibik. Das hat nichts mit der Nähe zum Bermudadreieck zu tun, sondern mit einer nicht zukunftstauglichen Politik von SPD und Grünen.

Deshalb haben wir im Frühjahr 2023 einen Antrag eingebracht, mit dem wir einen Flächenverbrauch-Stopp bis spätestens 2030 beschließen wollten. Unser Antrag sah vor, dass die neu versiegelte Fläche ab 2030 die in einem Kalenderjahr entsiegelte Fläche nicht übersteigen darf. Bei jedem neuen Bauprojekt auf bisher nicht versiegelter Fläche sollte bereits in der Planung eine gleichgroße Kompensationsfläche zur Entsigelung und die dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen benannt werden. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass die entsiegelten Flächen möglichst nah an den versiegelten Flächen liegen, um negative Auswirkungen auf das lokale Kleinklima zu vermeiden. Darüber hinaus sollte die Stadt die Bemühungen für den Bodenschutz erhöhen mit einem besonderen Schutz von Flächen mit hoher Bodenfunktion und einer ökologischen Aufwertung entsiegelter Flächen sowie zusätzlicher Ausgleichsmaßnahmen. Ab 2035 sah der Antrag eine Netto-Entsigelung Bochumer Grundfläche vor. Das wäre auch im Sinne des von uns ausdrücklich begrüßten Ziels der Verwaltung, aus Bochum eine Schwammstadt zu machen. Damit ist eine Stadt gemeint, in der Regenwasser viele Möglichkeiten hat vor Ort zu versickern um im Boden gespeichert zu werden.

In unserer Antragsbegründung legten wir dar, dass der Boden kaum erneuerbar und eine begrenzte Ressource ist. Sauberes Grundwasser gibt es nur, wenn es auch durch Boden versickern kann und nicht direkt in die Kanalisation geleitet wird. Auch deshalb ist es wichtig, dass unsere Böden möglichst unversehrt bleiben. Eine Fläche, die einmal versiegelt war, hat auch nach der Entsigelung keine gleiche ökologische Bedeutung wie eine vor der Neuversiegelung. Deshalb muss der vorsorgende Bodenschutz unbedingt Vorrang haben. All das sollte selbstverständlich sein in einer Stadt, die den Klimanotstand erklärt hat.

Leider entschied sich eine Mehrheit des Rates dafür, am bisherigen Kurs festzuhalten und dem Flächenverbrauch keinen Riegel vorzuschieben. Auch die Grünen zeigten einmal mehr, dass ihnen im Zweifel die Bau- und Wirtschaftslobby mehr am Herzen liegt als ökologisch

zukunftsweisende Politik für Bochum. Die einstige Öko-Partei hätte sich gerne ein Beispiel an ihren Parteikollegen in anderen deutschen Großstädten nehmen dürfen, die sehr ähnliche Initiativen wie unsere unterstützt oder gar selbst hervorgebracht haben. In Bochum, so hat diese Ratssitzung wieder gezeigt, sind diese Themen sehr viel besser bei der LINKEN aufgehoben.

## 5.2 Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt

### **Links wirkt: Photovoltaik und Dachbegrünung am Bahnhof Höntrop**

Wenn am Bahnhof Höntrop auf der bisherigen Parkplatzfläche ein Parkhaus gebaut wird, dann sollte die Verwaltung prüfen, ob bzw. wie die Dachfläche des Parkhauses je nach Gegebenheiten für Photovoltaik-Anlagen genutzt und/oder begrünt werden kann. Das hat der Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur nach einem Änderungsantrag unserer Fraktion im Frühjahr 2021 beschlossen. Unser sachkundiger Bürger Wolfgang Möller begründete auf der Sitzung den Antrag: In Zeiten des Klimanotstands soll die Verwaltung jeweils von Anfang an die Nutzung von Dachflächen für Strom- und Wärmeerzeugung sowie zur Begrünung mit einplanen. Während Wolfgang Möller die Ausschuss-Mehrheit nicht davon überzeugen konnte, eine entsprechende Planung sofort in Auftrag zu geben, erklärten sich die anderen Fraktionen zumindest bereit, einen entsprechenden Prüfauftrag mitzutragen.

### **Bochum braucht sozial-ökologische Energiewende**

Wir fordern die Rathauskoalition aus SPD und Grünen sowie die Verwaltung auf, zügig substanzielle Schritte hin zu einer sozial-ökologischen Energiewende zu gehen. „Wann, wenn nicht jetzt, sollte der geeignete Zeitpunkt sein, um mit einer sozial-ökologischen Energiewende in Bochum zu beginnen“, fand Horst Hohmeier, Fraktionsvorsitzender der Bochumer LINKEN auf der Ratssitzung am 22. Juli 2022. „Es drohen schlimme soziale Verwerfungen, wenn nichts gegen die steigenden Energiepreise getan wird. Rathauskoalition und Verwaltung dürfen nicht länger die Hände in den Schoß legen. Wir brauchen jetzt das überfällige soziale Update bei den Stadtwerken mit einem sozial-ökologischen Sockeltarifmodell, das beim Grundbedarf deutlich entlastet und Mehrverbrauch belastet. Zynische Spartipps für Haushalte, die ohnehin jeden Cent fünfmal umdrehen, sind dagegen vollkommen unsinnig.“

Als Linksfraktion hatten wir in der Vergangenheit verschiedene Vorschläge für eine sozial-ökologische Energiewende in Bochum eingebracht: „Es rächt sich, dass die Koalition aus SPD und Grünen alle Vorschläge für ein soziales Update bei den Stadtwerken abgelehnt hat. Ein Ende der Strom- und Gassperren wurde genauso verhindert wie ein Sozialtarif bei den Stadtwerken, der die Einkommensschwächsten vor steigenden Energiekosten geschützt hätte. Wir hoffen, dass bei der Rathauskoalition noch ein Umdenken einsetzt. Auch sollte sich der Oberbürgermeister auf Landes- und Bundesebene für eine Unterstützung der Stadtwerke in der Krise einsetzen. Ein Kollaps der Versorgung muss verhindert werden“, ergänzte Hohmeier.

## 5.3 Bochum mobil – unsere sozial-ökologische Verkehrswende

Seit Beginn der Legislaturperiode gab es einiges an Hin und Her in der Verkehrspolitik des Bundes bezüglich der Preisgestaltung für den ÖPNV. Zunächst gab es das übliche Weiter so seitens der Regierungsparteien auf Bundesebene, dann kam für ein paar Monate das 9€-Ticket, anschließend ein Zurück zum vorherigen Status Quo und zuletzt das Deutschlandticket für 49€. Das wirkte sich natürlich auf unsere Initiativen auf kommunaler Ebene aus und erklärt die Vielzahl an unterschiedlichen Forderungen von uns in diesem Kapitel.

### **Mobilstationen: Linksfraktion beantragt Sozialtarife**

Die Stadt Bochum wollte in Zusammenarbeit mit dem VRR in allen Stadtbezirken sogenannte „Mobilstationen“ schaffen. An den Stationen sollten Fahrplan-Anzeigetafeln, Radstellplätze, Ticketautomaten usw. mit weiteren Angeboten wie Rad- und E-Scooter-Leihstationen verbunden werden. Insgesamt ein gutes Konzept, das wir unterstützen – wenn die Angebote so gestaltet sind, dass sie von allen genutzt werden können. Deswegen hatten wir im Frühjahr 2021 beantragt, dass die Verwaltung bei der Planung der Mobilstationen und insbesondere bei der Entwicklung und Bewertung von Betreibermodellen die Nutzbarkeit des Angebots durch Menschen mit geringem Einkommen sicherstellt, beispielsweise durch die Einführung von Sozialtarifen. Eine solche soziale Verpflichtung wollte die Rathaus-Koalition aus SPD und die Grünen leider nicht mittragen. Das ist ein Problem, denn die Mobilitätswende kann unserer Meinung nach nur gelingen, wenn sich alle die Angebote leisten können.

### **SPD und Grüne schieben 365-Euro-Ticket auf die lange Bank**

Im Herbst 2021 weigerte sich die Rathauskoalition wieder einmal, in Sachen 365-Euro-Ticket Nägel mit Köpfen zu machen. Mit einem Änderungsantrag im Mobilitätsausschuss hatten die SPD und die Grünen vorerst verhindert, dass im kommenden Haushalt Geld für die Einführung eines günstigen ÖPNV-Jahrestickets zu Kosten von einem Euro pro Tag eingeplant wird. Unsere Fraktion hatte beantragt, dass die Stadt Bochum die notwendigen finanziellen Mittel für eine einjährige Pilot-Phase des 365-Euro-Tickets zur Verfügung stellt. Mit den Stimmen der Koalition wurde der Antrag nun so abgeändert, dass die Einführung lediglich geprüft wird – und dass eine Gegenfinanzierung des Landes notwendig sei. „Uns ist immerhin gelungen, das Thema auf die politische Tagesordnung zu bringen“, sagte unser Vertreter im Mobilitätsausschuss Wolfgang Möller. „Das ist durchaus von der Stadt finanzierbar, wenn der politische Wille da ist“, so Möller weiter.

## **Appell statt realer Verbesserung: SPD/Grüne verhindern Preissenkung beim Sozialticket**

Statt eines preiswerteren Sozialtickets wollten SPD und Grüne im Rat lieber einen Appell an ihre eigenen Parteien in Bund und Land für ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket verabschieden. Warum sie das nicht in einer Resolution getan haben, sondern lieber auf der Ratssitzung im Frühjahr 2022 unseren Antrag zum Sozialticket vollständig aushebelten, blieb uns ein Rätsel. Noch besser wäre es, wenn sie direkt mit ihren Minister:innen in Berlin sprechen würden. Stattdessen ergingen sich die Grünen lieber verkehrspolitische Grundsatzreden, die uns einem dauerhaften 9-Euro-Ticket keinen Schritt näher brachten.

In unserem Antrag ging es um eine Preissenkung beim Sozialticket („Mein Ticket“) auf 15 Euro im Monat und damit um eine bessere Teilhabe an der öffentlichen Mobilität für alle Menschen in unserer Stadt. Die Verwaltung sollte beauftragt werden hierfür ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten.

Die Verwaltung hatte auf unsere Anfrage hin die zusätzlichen Kosten dieser Preissenkung auf 1,2 Millionen Euro im Jahr beziffert. Wir finden, das ist gut investiertes Geld – in ein sozialeres Bochum, in dem alle mobil sein können! Dass eine Preissenkung beim Sozialticket möglich ist, haben SPD, Grüne und DIE LINKE in Bielefeld gezeigt. Leider wollten sich SPD und Grüne in Bochum das nicht zum Vorbild nehmen.

### **Zukunft des 9-Euro-Tickets sichern!**

Der Bochumer Rat hatte am 21. Juni 2022 die Verwaltung aufgefordert, „sich gegenüber Bund und Land dafür einzusetzen, dass das 9-Euro-Ticket dauerhaft als Garant für preiswerte Mobilität etabliert wird und die Finanzierung durch Bund und Land sichergestellt wird“. Wir baten die Verwaltung in einer Anfrage um eine erste Bilanz.

Zudem fragten wir im Mobilitätsausschuss nach, welche Bilanz die Bogestra aus den ersten beiden Monaten mit dem 9-Euro-Ticket zieht und welche Anpassungen bei Infrastruktur und Personal bei einer Fortsetzung des 9-Euro-Tickets notwendig würden: „Klar ist, dass ein dauerhaftes 9-Euro-Ticket nicht ohne Investitionen in mehr Busse und Bahnen sowie eine Aufstockung des Personals zu machen ist. Bezahlbare Mobilität und ein gutes Angebot müssen Hand in Hand gehen. Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs muss jetzt endlich auf Vollgas geschaltet werden“, ergänzte Möller.

### **Für ein NRW-weites 29-€-Ticket und ein bezahlbares 9-€-Sozialticket!**

Als Bochumer Linksfraktion fordern wir ein NRW-weitetes 29-Euro-Ticket und ein bezahlbares 9-Euro-Sozialticket, damit eine bessere Teilhabe an der öffentlichen Mobilität für alle Menschen in Bochum gewährleistet wird. Die Verwaltung soll sich hierfür bei der NRW-Landesregierung stark machen. Über einen entsprechenden Antrag von uns beriet der Rat auf seiner Sitzung im Februar 2023.

Es ist gut, dass es ab Mai nach Monaten des Wartens ein bundesweit gültiges 49-Euro-Ticket geben wird. Bezahlbare Mobilität für alle braucht aber eine NRW-weite Ergänzung und eine deutliche Preissenkung beim Sozialticket auf 9 Euro im Monat“, forderte Gültaze Aksevi. „Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie sich nach Kräften für bezahlbare und gute Mobilität bei der NRW-Landesregierung einsetzt. Hier ist noch viel Luft nach oben, weshalb wir im Bochumer Rat ein deutliches Zeichen an die Verwaltung und die regierenden Parteien im Land setzen wollen. Wir sind überzeugt, dass es echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur geben kann, wenn alle gut von A nach B kommen und sich das auch leisten können.“

### **Kein Nachtzug-Halt**

In Bochum hält kein Nachtzug mit Schlaf- oder Liegewagen. Auf eine Anfrage der Linksfraktion antwortete die Verwaltung, dass Oberbürgermeister Eiskirch regelmäßig Gespräche mit Vertreter:innen der DB führe, auch über das Thema der Anbindung an das Nachtzugnetz. Das Problem daran: Die Deutsche Bahn selbst betreibt keine Schlaf- oder Liegewagen mehr. Was es bräuchte, wären Bemühungen des Oberbürgermeisters zusammen mit anderen Städten gegenüber den Österreichischen Bundesbahnen, die weiterhin solche Verbindungen betreiben. Uns ist klar, dass es bei der gegenwärtigen Preisstruktur schwierig ist, die große Masse der Menschen vom Umstieg vom Flieger auf einen komfortablen Nachtzug zu überzeugen. Nicht zu vermitteln ist aber, dass der Oberbürgermeister einer Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen hat, sich nicht einmal für den Halt von Nachtzügen mit Schlaf- oder Liegewagen einsetzt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass man schneller am nächsten Flughafen als am nächsten Schlafwagen ist. Zumindest eine näher liegende, komfortable und klimafreundliche Alternative zum Flieger für Reisen innerhalb Deutschlands und Europas, sollten die Menschen in unserer Stadt haben.

### **Linksfraktion unterstützte Radentscheid**



Wenn die Rathaus-Koalition trödelt, dann braucht es öffentlichen Druck aus der Stadtgesellschaft. Seit vielen Jahren setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Bochum beim Ausbau der Fahrradwege und Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr einen kräftigen Zahn zulegt. Immer wieder sind wir an der Mehrheit aus SPD und Grünen gescheitert. 2021 hatte sich ein breites

Bündnis aus Bochumer Organisationen und Einzelpersonen gebildet, dass mit dem Radentscheid sieben konkrete Forderungen durchsetzen wollte: Einen schnelleren Ausbau des Radwegenetzes, eine bessere Trennung der Verkehrsformen für mehr Sicherheit, die Beseitigung von Gefahrenstellen, die Erstellung von Radschulwegplänen und mehr Fahrradabstellplätze. Ab Sommer 2021 begann die Unterschriftensammlung, massiv unterstützt von der LINKEN. Im Dezember 2021 waren die erforderlichen Unterschriften gesammelt und wurden am 17.12.2021 an Oberbürgermeister Thomas Eiskirch übergeben.

„So zügig und erfolgreich, wie der Bochumer Radentscheid die notwendigen Unterschriften gesammelt hat, muss jetzt auch die Politik die gestellten Forderungen beschließen und in die Tat umsetzen“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier. Beschluss und Umsetzung des Radentscheids scheiterten in Bochum vorerst an der SPD-Fraktion. Lange hatten Radentscheid und SPD-Fraktion offenbar über einen Kompromiss verhandelt. Am Ende stand als Angebot jedoch nicht mal das im Raum, was die Koalition aus SPD und Grünen in ihrem eigenen Koalitionsvertrag zugesagt haben. 14 km statt 20 km lagen auf dem Tisch. Es ist gut, dass der Radentscheid dieses zusammengekürzte Ausbauziel nicht akzeptiert hat.

Dass Verwaltung und Rathauskoalition den Radentscheid erst über das Verweigern eines tragfähigen Kompromisses mit den Antragsstellenden und dann aus formalen Gründen ausbremsen, zeigt die fehlende Wertschätzung für die 17.000 Unterschriften. Im Rat haben am Ende SPD, Grüne, CDU, FDP und UWG gegen den Radentscheid gestimmt. Es bleibt beim Schnecken-tempo in Sachen Radwegeausbau. Ein großer Fehler! Wir bleiben dran, dass sich das ändert.



### **Nicht mehr genutzte Schienen endlich effektiv sichern!**

Wer die Wiemelhauser Straße zwischen Wasserstraße und Waldring mit dem Fahrrad nutzen will, muss besonders vorsichtig sein. Nicht nur nasses Laub könnte gefährlich werden. Auch die nicht mehr genutzten Schienen gefährden Radfahrende. Immer wieder kommt es im Zusammenhang mit alten Straßenbahnschienen in Bochum zu Unfällen. Beim Asphaltieren der Schienen sind eine Reihe von Lücken entstanden, die durch das Laub besonders schlecht einsehbar und so noch gefährlicher wurden. Wie gefährlich das ist, zeigt der tödliche Unfall auf der Alleestraße. Wir fragten im Herbst 2022 bei der Verwaltung nach, wann die gefährlichen Stellen ausgebessert werden und wann mit einer dauerhaften Lösung zu rechnen ist. Zudem ging es in der Anfrage auch generell um die Sicherung von ungenutzten Schienen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung nach und nach den Ausbau der Schienen angeht. Warum in der Wiemelhauser Straße die gefährlichen Stellen nicht vernünftig ausgebessert wurden und durch die Maßnahme die Situation maximal „verschlimmbessert“ wurde, ist Gegenstand einer weiteren Nachfrage von uns..

### **Rot-grüner Soll-Abbruch beim Pop-up-Radweg auf der Wittener Straße**

Auf der Wittener Straße kommt es stadteinwärts zwischen Nordstraße und Lohring für Radfahrende immer wieder zu gefährlichen Situationen. Ein Pop-up-Radweg sollte die Gefahrenstelle zwischenzeitlich sichern. Wir hatten begrüßt, dass ein Verkehrsversuch beschlossen wurde. Unser Änderungsantrag wurde im Dezember 2022 leider abgelehnt. Wir wollten die Hintertür, den Verkehrsversuch aufgrund von Regelverstößen abubrechen, streichen. Einen Verkehrsversuch abbrechen zu können, weil sich Autofahrer:innen nicht an die Regeln halten und so andere gefährden, ist eine absurde Vorstellung und lädt nur zu Regelverstößen ein. Wie erwartet zeigte die Verwaltung wenig konstruktiven Willen für eine dauerhafte Lösung und verkündete Mitte Juni 2023 die Beendigung des Verkehrsversuches. Als Vorwand mussten nicht durchkommende Rettungsfahrzeuge herhalten. Eine geschickte Begründung, mit der man jede Kritik und Alternativlösung im Keim ersticken wollte, denn gegen das Durchkommen von Rettungsfahrzeugen kann ja niemand etwas haben.

### **Tempo statt Vollbremsung beim RS1-Ausbau im Innenstadtbereich**

Im Frühjahr 2022 hatte der Mobilitätsausschuss nach langer Debatte die Trassenführung des RS1 in der Innenstadt beschlossen. Wir hätten uns eine andere Route über den Boulevard gewünscht. Das ging vielen Bürgerinnen und Bürgern ähnlich und wäre die deutlich bessere sowie radfreundlichere Alternative gewesen. Die Mehrheiten waren andere. Das bedauern wir, was aber nichts an dem gefassten Beschluss ändert. Dass mittlerweile die Nutzung von Flächen der Deutschen Bahn abgelehnt wurden, kommt wenig überraschend. **Die CDU wollte mit einem Ratsantrag den Ausbau des RS1 im Innenstadtbereich stoppen und eine neue Trassen-suche südlich und nördlich der Innenstadt beginnen.** Wir halten das für falsch: Statt eine neue Suche zu starten, die bei den gegebenen Mehrheiten ohnehin zum selben Ergebnis führt, sollte der Ausbau im Gegenteil beschleunigt werden. Es ist Aufgabe der Verwaltung mit den Rahmenbedingungen umzugehen und Lösungen zu finden, die den Anforderungen eines

Radschnellweges gerecht werden. Die Verwaltung hatte dazu auch genügend Zeit. Dazu gehört dann, dass der Wegfall von Parkplätzen für Anwohner:innen möglichst klug über Quartiersparkhäuser kompensiert wird. Und natürlich darf der Radverkehr an der Kreuzung Königsallee nicht zum Stillstand kommen. Hier könnte eine grüne Welle für Radfahrende eine gute Lösung sein. Im Ergebnis haben wir den Antrag der CDU abgelehnt. Wir fordern mehr Tempo beim Ausbau des Radverkehrs statt neuem Stillstand!

### **Radverkehrskonzept: Licht und Schatten**

Ein neues Radverkehrskonzept für Bochum – das wurde auch Zeit! Das vorherige stammte noch aus dem letzten Jahrhundert und hat Bochum in Sachen Radverkehr nicht fit gemacht. Es braucht dringend mehr Tempo beim Radwegeausbau. Das Radverkehrskonzept liefert mit seinem umfangreichen Kataster eine gute Grundlage für die dafür notwendigen Planungen. Die im Konzept enthaltene Maßnahmenliste, die als Richtschnur dienen soll, ist dagegen leider beim Zeitplan wenig konkret. Aus unserer Sicht ist aber entscheidend, welche Radwege in welchem Zeitraum ausgebaut werden. Wir hätten uns deutlich mehr Klarheit gewünscht. Das gilt auch beim Fokus auf die Haupttrouten. Schnelle und direkte Wege müssen zeitnah ausgebaut werden. Dass das gewünscht ist, hat die Bürgerbeteiligung beim Radverkehrskonzept und auch der Radentscheid gezeigt. Leider haben SPD und Grüne einen Änderungsantrag dazu abgelehnt. Verwundert waren wir auch bei der Zielmarke des Radverkehrsanteils in Bochum. Statt 25% Radverkehrsanteil bis 2030 wird jetzt nur noch ein Anteil von 15% angepeilt. Wenig ambitioniert, aber vielleicht auch einfach ein Eingeständnis, dass man den Radwegeausbau in den letzten Jahrzehnten verpennt hat. Wir bleiben beim ambitionierten Ziel! Im Ausschuss betonten Koalition und Verwaltung immerhin, dass sie das 25%-Ziel nicht aufgeben würden. Offenbar braucht man nur mehr Zeit. Wie viel Zeit man sich nehmen will, konnte die Verwaltung auf Nachfrage aber nicht beantworten. Das sei ein Blick in die Glaskugel. Irgendwann nach 2030 soll es also soweit sein. Klare Zielvorgaben brauchen aber zwingend einen konkreten Zeitplan. Für eine professionell arbeitende Verwaltung sollte das eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider war der Wille für eine Nachbesserung des Konzeptes nicht vorhanden, weshalb wir uns bei der Abstimmung enthalten haben. Sicher ist: Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass Bochum endlich ein Radwegenetz bekommt, das alle sicher an ihr Ziel bringt.

### **Stensstraße – Tempo 30 erhalten & Durchfahrtsverbot für LKWs**

Zum Schutz des Fußgängerverkehrs aufgrund der umliegenden Naherholungsgebiete Dürertal und Wiesental sowie des Kindergartens Vierzehnheiligen ist es sinnvoll, die Verkehrssicherheit in der aufgrund des Straßenverlaufs schwer einsehbaren Stensstraße zwischen Hattinger Straße und der A448 zu erhöhen. Dies soll durch einen Erhalt der bereits bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen den Hausnummern 14 und 49 sowie ein zusätzliches Durchfahrtsverbot für LKWs erwirkt werden. Auf unseren Änderungsantrag hin hatte die Verwaltung im November 2021 eine Prüfung der beiden Maßnahmen zugesagt.

# Keine gute Rathauskoalition für Bochum

## **Wohnung, Bildung, Klima – Rathauskoalition hat Weichen falsch gestellt**

Viele wohlklingende Maßnahmen hat sich die Rathauskoalition aus SPD und Grünen vorgenommen. Die Koalitionsvereinbarung mit dem nichtssagenden Titel „Bochum – Perspektiven von hier“ sollte dabei die Richtschnur für alle politischen Entscheidungen bis zur Kommunalwahl 2025 sein. Eine vorausschauende Politik für alle Menschen in Bochum wurde den Bochumer:innen in Aussicht gestellt. Alles sollte besser werden, versprach die Koalition.

Zur Halbzeit der Wahlperiode bietet sich eine Überprüfung an, ob die vielen Versprechen gehalten wurden. Denn am Ende zählt nicht, was man sich vorgenommen hat, sondern das, was real umgesetzt wurde. Hat sich Ihr Leben in unserer Stadt nachhaltig verbessert? Wie ist der Zustand unserer Schulen, Schwimmbäder und Radwege? Gibt es genügend Kita-Plätze? Was folgt aus dem beschlossenen Klimanotstand? Wie viel bezahlbarer Wohnraum steht zur Verfügung? Gibt es gut bezahlte Jobs? Wie wird mit obdachlosen Bochumerinnen und Bochumern umgegangen? Wer profitiert am Ende von den Entscheidungen der Rathauskoalition und den Weichenstellungen im städtischen Haushalt? Kurz: Politik für alle oder doch nur sparsam verteilte Bonbons für wenige Menschen und Unternehmen?

Haus des Wissens, Modernisierung des Lohrheide-Stadions, Umbau von Königsallee und Allee-straße, mehr Kunstrasenplätze, kostenloser Ferienpass ... – einer Reihe von Maßnahmen konnten wir zustimmen. An vielen Stellen macht die Verwaltung in Bochum eine gute Arbeit und bringt – oft mit Hilfe von Bund und Land – wichtige Projekte auf den Weg. Die Aufgabe einer guten Rathauskoalition wäre es, hierauf aufzubauen und die notwendigen Priorisierungen vorzunehmen. Hier versagen SPD und Grüne weitgehend.

Nicht nur bei den letzten **Haushaltsberatungen**, immerhin für dieses und das kommende Jahr 2024, war von Gestaltungswillen bei der Koalition nichts zu spüren. Kein einziger Haushaltsantrag wurde gestellt. Statt die Zukunft unserer Stadt zu gestalten, wurde der Rotstift ausgepackt. Alle Anträge der Opposition wurden zudem abgelehnt. Für eine Fortführung des erfolgreichen Sportgutscheins für Erstklässler war aus Sicht von SPD und Grünen ebenso kein Geld da wie für eine dringend benötigte zusätzliche Stelle bei der Energieberatung der Verbraucherzentrale, eine stärkere Förderung von Vereinen und Initiativen, die durch die steigende Inflation massiv getroffen wurden, mehr Tempo beim Radwegeausbau, Machbarkeitsstudien für weitere Grund- und Gesamtschulen oder die kostenlose Teilnahme am Schulessen für alle Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten. In vielen Bereichen setzt sich der Stillstand fort. Das ist schlecht für Bochum.

Wie lebenswert eine Stadt ist, entscheidet sich auch bei der Wohnungssuche. Eine **bezahlbare Wohnung** zu finden ist in Bochum leider kein leichtes Unterfangen. Und es wird immer schlimmer. Explodierende Mietpreise und der Wegfall von Sozialwohnungen sind längst die Regel. Von einer Stadt für alle kann da keine Rede sein. Von der dringend notwendigen Offensive für mehr bezahlbaren Wohnraum ebenfalls nicht.

Im Handlungskonzept Wohnen, das jetzt überarbeitet wird, hat die Koalition aus SPD und Grünen ihre „Ambitionen“ in Sachen Wohnen festgehalten. Dort wird das magere Ziel von 200 neuen geförderten Wohnungen im Jahr ausgegeben. Dabei fallen Jahr für Jahr mehr als 200 Sozialwohnungen weg. Die SPD will dennoch an diesem Ziel festhalten. Noch entscheidender als gute Ziele ist aber ohnehin, was umgesetzt wurde und wird. Beim realisierten Neubau sieht es düster aus. In keinem Jahr konnten die gesteckten Ziele erreicht werden. Im Jahr 2022 ist die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen in Bochum auf einen neuen Tiefststand von nur noch 11.968 Wohneinheiten gesunken. Im Jahr 2003 waren es noch fast 30.000. Und es wird in den nächsten zehn Jahren noch dramatischer. Die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen wird um über 4.000 Wohneinheiten sinken. Dabei hat die Hälfte aller Bochumerinnen und Bochumer den Anspruch auf eine Sozialwohnung, da sie unter die Einkommensgrenzen für öffentlich geförderte Wohnungen fallen. Wohnen wird so zu einer sehr teuren Ware.

Seit Jahren fordern wir SPD und Grüne auf, endlich eine Initiative für bezahlbare Wohnungen in Bochum zu starten. Es wäre das Mindeste, dass alle neuen Bebauungspläne verbindlich eine Sozialbindungsquote von mindestens 50 Prozent vorsehen. Statt Neubau auf der grünen Wiese braucht es vor allem mietpreissenkende Maßnahmen im Bestand. Leerstehende Büros und Gewerbeflächen müssen zum preisgünstigen Wohnraum von morgen werden. Zudem braucht es eine Zweckentfremdungssatzung zur Leerstandsaktivierung. Es rächt sich, dass die von der Verwaltung auf unsere Initiative hin vorgelegte Satzung an der Zustimmung der SPD gescheitert ist. Druck vom grünen Koalitionspartner dies zu ändern, scheint es wenig zu geben. So bleibt es eine enttäuschende Bilanz bei der Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum in Bochum.

Auch die **Verkehrswende wird im Rathaus verschlafen**. Über 17.000 Bochumerinnen und Bochumer haben den Radentscheid unterstützt. Sichere Radwege gehören zu einer lebenswerten und modernen Stadt. Bochum hinkt hier der Entwicklung leider hinterher. Statt daran etwas zu ändern und beim Radwegeausbau einen Zahn zuzulegen, wurde im Rathaus kräftig auf die Bremse gedrückt. Der Ausbau von besonders häufig zu nutzenden Hauptrouten soll deutlich langsamer erfolgen als gefordert und der Fokus soll auf sogenannte Velorouten gelegt werden. Das Motto der Verkehrswende von SPD und Grünen scheint „über lange Umwege kommt man auch ans Ziel“ zu sein. Nur schlechter eben. Unseren Antrag, der sich hinter den Radentscheid gestellt hat und die ambitionierten, aber realistischen Ausbauziele enthielt, haben SPD und Grüne abgelehnt. So bleibt das Fahrrad als gute Alternative zum Auto und wichtige Ergänzung zu Bus und Bahn leider benachteiligt. Eine Verkehrswende, die das Klima schützt, geht anders. Dabei hatten sich SPD und Grüne „die Mobilität der Zukunft“ auf die Fahnen geschrieben.

**Klimanotstand?** War da nicht was? SPD und Grüne haben im Wahlkampf angekündigt, dass sie die starke **Flächenversiegelung in Bochum** angehen wollen. Beim Wollen ist es geblieben. Unseren Antrag, einen Flächenverbrauch-Stopp bis 2030 für Bochumer Grundfläche zu beschließen und ab 2035 aktiv mehr Fläche zu entsiegeln als neu zu versiegeln, hat die Koalition abgelehnt. Man schiebt das Thema lieber auf die lange Bank. Das Klima wird aber nicht warten, bis SPD und Grüne sich bewegt haben. Im Ergebnis werden weitere Hitzeinseln entstehen und die Frischluftversorgung weiter eingeschränkt werden. Auch sonst bleibt es zu oft bei

wohlklingenden Zukunftsvisionen auf Hochglanzpapier. Einige Beispiele: Klimacheck bei Verwaltungsvorlagen? Ein zahnloser Tiger! Schwammstadt Bochum? Wir versiegeln trotzdem weiter! Energiewende? Millionen für ein defizitäres Kohlekraftwerk verpulvert, die Stadtwerke aber grün gerechnet! Ein bezahlbares Sozialticket? Auf die lange Bank geschoben! Verkehrswende? Radentscheid abgelehnt! Mehr Tempo-30-Zonen? Geht nicht, der Verkehr muss rollen!

Lange haben wir gegen den Kahlschlag bei den Bochumer Schwimmbädern gekämpft. Gemeinsam mit vielen Bochumer:innen und engagierten Initiativen haben wir uns für den Erhalt aller Hallen- und Freibäder eingesetzt. Im Rat haben SPD und Grüne die Interessen der Menschen in den Stadtteilen mit dem Aus für die **Freibäder** in Höntrop und Langendreer aber bewusst ignoriert. Die beliebten Bäder fallen dem Investitionsstau der letzten Jahrzehnte und dem fehlenden Willen bei SPD und Grünen die eigenen Fehler zu korrigieren zum Opfer. Wir bleiben dabei: Der Wegfall von Freibädern ist ein großer Fehler. Ohne gute Schwimmbäder gibt es keine lebenswerte Stadt!

Apropos Interessen der Bochumerinnen und Bochumer: **Bürger:innenbeteiligung** ist bei Verwaltung und Rathauskoalition nur dann erwünscht, wenn Informationen und Planungen stillschweigend zur Kenntnis genommen und am besten noch beklatscht werden. Ausbau von Bürger:innenbeteiligung und aktiver Meinungs austausch mit den Menschen in unserer Stadt? Fehl-anzeige! Wenn Bochumer:innen konkrete Ideen einbringen oder Kritik an Beschlüssen üben, reagieren SPD und Grüne dünnhäutig. Am Ende muss dann auch schon einmal das Verwaltungsgericht einschreiten und die Behandlung von Bürger:innenanregungen erzwingen. So wurde ermöglicht, dass der Hauptausschuss über eine Bürger:innenanregung entscheiden konnte, die den Stopp aller Bebauungspläne bis zur Überarbeitung des wichtigen Handlungskonzeptes Wohnen gefordert hatte. In dem Konzept wird immerhin beschlossen, wie die Wohnungspolitik in den kommenden Jahren ausgestaltet werden soll und wie viele neue Wohnungen gebraucht werden. Wir finden: Weniger Energie in der Verhinderung von Bürger:innenbeteiligung verschwenden und sich lieber sachlich mit den Ideen von Bochumer:innen auseinandersetzen. In Sachen Bürger:innenbeteiligung fällt das Zeugnis für die Koalition deshalb schlecht aus.

Auch der **Schutz von obdachlosen Menschen** kommt in Bochum zu kurz. Verwaltung und Koalition betonen immer wieder, dass die Erstellung eines Hitze- und Kältekonzeptes ein großer Erfolg sei. Mit Konzepten ist das aber so eine Sache. Wenn der Inhalt am Ende nicht das hält, was er verspricht, bringt das am schönsten gestaltete Konzept nichts. Leider gibt es aus unserer und der Sicht von wichtigen Initiativen in unserer Stadt dringenden Verbesserungsbedarf.

Das **Kältekonzept** der Stadt Bochum beinhaltet eine Öffnung der Bahnhöfe durch die Bogestra unterhalb einer Temperatur von minus 10 Grad. Ganz schön kalt, oder? Die Verwaltung gibt als Begründung für die Regelung an, dass es sich um den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Bogestra und den drei betroffenen Städten Bochum, Gelsenkirchen und Herne handelt. Zudem seien der Bogestra durch die Öffnung Kosten durch Vermüllung und Sicherheitsproblematiken entstanden. Uns hat die Mitteilung der Verwaltung entsetzt. Dass die Koalition keine Bereitschaft zeigt, hier für einen Kurswechsel zu sorgen, kritisieren wir. Gleiches gilt für die Ablehnung

unseres Antrages, der die ganztägige Öffnung von allen Einrichtungen für obdachlose Menschen im Winter vorsah. SPD und Grüne sahen hier keinen Bedarf. Die Leidtragenden sind die obdachlosen Menschen in Bochum. Denn die sind ganz real auf die Einrichtungen angewiesen, um sich vor der Kälte zu schützen.

Beim **Hitzekonzept** wird viel versprochen, was am Ende auf der Straße aber nicht ankommt. Hitze- und Kältebus waren im vergangenen Jahr kaum im Einsatz. Die versprochenen Lastenräder zur Ausgabe von Wasser und Sonnencreme blieben in der Garage. Auch mangelt es an der Bekanntmachung von vorhandenen Angeboten. Unsere Bemühungen nachzubessern, treffen bisher auf keine Zustimmung bei der Koalition.

Im **Bildungsbereich** ist die Versetzung von SPD und Grünen mindestens gefährdet. Der Ausbau der **Kita-Plätze** kommt kaum voran. Bei Tageseltern, die die Versorgungslücke mit viel Einsatz halbwegs zu füllen versuchen, wird gespart, wo immer es geht. In Zeiten steigender Energiepreise wurden sie gleich ganz im Regen stehen gelassen. Dass an der Zukunft unserer Kinder gespart wird, ist ein Skandal.

Auch bei der Schaffung weiterer **Gesamtschulen**, mindestens einer davon in Wattenscheid, kommt die Koalition nicht voran. Unsere Forderungen verhallen offenbar ohne jede Wirkung. Dabei belegen die Zahlen den Bedarf. Es reicht schon ein Blick auf die jährlichen Anmeldezahlen bei den Bochumer Gesamtschulen. Gleiches gilt für dringend benötigte weitere **Grundschulen**. Die Koalition lehnt aber selbst Machbarkeitsstudien als Startschuss ab. Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass diese Bildungspolitik abgelöst wird.

Das war nur eine Auswahl an falschen Weichenstellungen der Rathauskoalition aus SPD und Grünen. Wir werden in den kommenden Jahren weiter alles dafür geben, dass sich das ändert. Dabei macht Mut, dass **starker Druck von links wirkt**. Zwar stimmen SPD und Grüne ungern Anträgen von uns zu, aber immerhin greifen sie unsere Initiativen wie beim Deutschlandticket, der direkten Beteiligung der Bezirksschüler:innenvertretung im Schul- und Jugendhilfeausschuss oder mehr Geld für die LED-Umrüstung von Flutlichtanlagen auf Bochumer Sportplätzen auf. Am Ende ist uns egal, wer auf dem Briefkopf steht, wenn der Inhalt stimmt. Wir werden weiter Anträge im Sinne der Mehrheit der Bochumerinnen und Bochumer stellen und den Druck auf die Koalition so hochhalten. Und vielleicht bessert sich so die schwache Bilanz von SPD und Grünen etwas. Das wäre gut für Bochum.

## Unsere Halbzeitbilanz: Was versprochen, was gemacht?

Wollte man unser Wirken nur an der Zahl der angenommenen Linksfraktions-Anträge messen, fällt das Ergebnis bescheiden aus. Auch die Möglichkeiten, „Zünglein an der Waage“ zu sein, sind bei den klaren Mehrheitsverhältnissen im Rat eher begrenzt.

Für uns ist von zentraler Bedeutung, dass wir in unserem politischen Handeln glaubwürdig sind: Dass unser Kommunalwahlprogramm im politischen Alltag tatsächlich Richtschnur unseres politischen Handelns ist, dass wir als LINKE über die Ratsgremien hinaus öffentlichkeitswirksam für ihre programmatischen Grundwerte eintreten.

Daran lassen wir uns gerne messen.

Schauen wir anhand dieser Kriterien noch einmal auf die erste Halbzeit, lässt sich das Folgende festhalten:

- Die Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt Bochum, hat sich vor allem für die Menschen eingesetzt, die im politischen Alltag oft übersehen werden: Sei es die Forderung nach Verbesserung des Kälte- und Hitzeconzepts für Obdachlose, sei es die öffentlichkeitswirksame Thematisierung der skandalösen Zwangsräumungen sowie Strom- und Gas-sperren, seien es FFP2-Masken für Einkommenschwache, konkrete Hilfen für mobilitätseingeschränkte Menschen oder die Einführung eines Sozialtickets - DIE LINKE gibt benachteiligten Menschen, Menschen in prekären Verhältnissen, Menschen am Rande der Gesellschaft eine Stimme, vertritt ihre Belange und hilft ihnen, gehört zu werden.
- Die Bochumer Linksfraktion hat soziale Gerechtigkeit immer auch als Bildungsgerechtigkeit, als Bildung ohne Privilegien begriffen und sich für den Ausbau der Schulsozialarbeit, für die Einrichtung weiterer Gesamtschulen und die Stärkung der Kitas eingesetzt.
- DIE LINKE im Rat hat mit Hilfe zahlreicher Anfragen und Anträge die Forderung nach guten Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen im Bereich der Stadtverwaltung und bei öffentlichen Aufträgen artikuliert.
- Sie hat darüber hinaus im Bereich der Wohnungspolitik mit dem Erbbaurecht einen Teils-topp der Privatisierungspolitik erreicht. Mit ihrer Forderung nach 50 Prozent Sozialbin-dungsquote bei Neubebauung und der Verpflichtung der städtischen Wohnungsgesell-schaft VBW auf gemeinwohlorientierte Ziele wird ein Entwicklungspfad erkennbar, der im kommunalen Bereich das unsoziale Profit-Prinzip zurückdrängen kann. Hier hat DIE LINKE ganz konkret auch auf lokaler Ebene die Systemfrage gestellt!
- DIE LINKE Ratsfraktion verstand sich immer auch als politische Kraft, die nicht stellver-tretend für Bürger:innen, sondern wenn möglich gemeinsam **mit** ihnen politisch wirk-sam sein will. In diesem Sinne ist es zweifellos ein Erfolg, wenn Schüler:innenvertre-ter:innen künftig beratend im Schulausschuss und im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie mitwirken können. Als Erfolg kann auch nach langem Einsatz die Einführung des

Rats-TV gewertet werden. Mindestens genauso wichtig war aber, dass DIE LINKE in mehreren Fällen die Anliegen außerparlamentarischer Bewegungen und Initiativen in die parlamentarischen Gremien eingebracht hat: Beispielhaft seien hier genannt die Initiativen zum Erhalt der Bäder in Höntrop und Langendreer und der Radentscheid für eine Radwende in Bochum. Auch wenn nicht alle Initiativen erfolgreich waren, haben sie doch die Ratsmehrheit gezwungen, die eigene Politik zu rechtfertigen und kleinere Kompromisse anzubieten. Unser Signal an alle progressiven zivilgesellschaftlichen Akteure: Ihr könnt euch auf DIE LINKE verlassen!

- Mit der überwältigenden Mehrheit aller Bochumer:innen teilt die LINKEN-Ratsfraktion einen antifaschistischen und friedensorientierten Grundkonsens. Die Fraktion unterstützte nicht nur Erinnerungsorte, die an die Verbrechen des NS-Regimes erinnern, sondern stellte auch unangenehme Fragen nach heutigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in unserer Stadt, seien es Reichsbürger:innen, antidemokratische Muslimbrüder oder Nazi-Hooligans auf Corona-Demos. An der Seite der Bochumer Friedensbewegung stellte sich DIE LINKE klar gegen alle Pläne, in Bochum eine NATO-Kommunikationszentrale anzusiedeln.
- Nicht zuletzt ist DIE LINKE die einzige konsequent klimagerechte Kraft im Bochumer Rat. Wir haben einen Versiegelungsstopp beantragt, der vorsah, dass die versiegelte Fläche ab spätestens 2030 nicht weiter zunehmen darf und bringen das Thema Entsiegelung immer wieder auf die Tagesordnung. In den kommunalen Gremien erinnern wir die Rathauskoalition immer wieder an den ausgerufenen Klimanotstand und das 1,5-Grad-Ziel.

Auch wenn man die Liste noch fortsetzen könnte, sollte bis hierhin deutlich geworden sein: DIE LINKE hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren Wort gehalten und war zusammen mit Initiativen eine unüberhörbare Stimme für ein soziales und lebenswertes Bochum.

Durch unsere Anträge ist es uns immer wieder gelungen, die Glaubwürdigkeit der Rathauskoalition auf den Prüfstand zu stellen und eigene Themen zu setzen, die trotz Ablehnung später sinngemäß von der Koalition übernommen wurden. Unsere Anfragen brachten oft Informationen an die Öffentlichkeit, welche die Verwaltung gerne verschwiegen hätte.

Die Bochumer LINKE ist im Rat und in der Bochumer Öffentlichkeit **die** Partei der arbeitenden und sozial benachteiligten Menschen.

Sie hat als sozialistische Partei gerade im Bereich der Wohnungspolitik eine Perspektive jenseits des Profit-Prinzips aufgezeigt und damit die Systemfrage gestellt.

Schließlich hat DIE LINKE außerparlamentarischen Klimaaktivitäten im Rat Gehör verschafft und sticht somit als konsequent soziale und ökologische Kraft heraus.

Es lohnt sich, die Bochumer LINKE zu stärken und unser Land zu verändern!

# Auf einen Blick

## Antragsübersicht

Datum	Inhalt	Vorlage
<b>04.11.21</b>	ÄÄ - City Tor Süd	20213551
11.11.21	ÄÄ - Bochumer Bäderlandschaft	20213653
11.11.21	DA - Umbesetzung von Gremien	20213672
01.12.21	Änderungsantrag zu: „Mobil NRW – Mobilität in lebenswerten Städten“ – hier: Qualifizierung des Wettbewerbsbeitrages „Auto-reduziertes Quartier Havkenscheider Höhe“	20213858
03.02.21	Mit Rats-TV mehr Transparenz auf Bezirksebene	20213872
02.12.21	Änderungsantrag zu: Abschluss der Rahmenplanung Gerthe-West - Mehrfachbeauftragung	20213900
02.12.21	Änderungsantrag zu: Abschluss der Rahmenplanung Gerthe-West - Mehrfachbeauftragung	20213900
16.12.21	Verzicht auf Strom- und Gassperren	20213902
16.12.21 19.01.21	Sozialtarif bei den Stadtwerken	20213903
16.12.21	ÄÄ - Kommunales Modernisierungsprogramm: Sachstand und Modifizierung Pilotphase	20214009
15.12.21	DA - Kältekonzept nachbessern	20214032
16.12.21	ÄÄ - Wege ebnen - Gesundheitspersonal voranbringen	20214057
20.01.22	Umbesetzung von Gremien - Genehmigung der Eilentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 S. 3 GO NRW -	20220075
<b>09.02.22</b>	Rahmenbedingungen für Radwege in Parks und Grünanlagen -Ersetzungsantrag der Fraktion "Die Linke im Rat" -	20220324
<b>23.02.22</b>	ÄÄ - TOP 2.10, Vorlage 20220295 „Neubenennungen für die Fachausschüsse und den Arbeitskreis der Deutschen Sektion	20220390

	des Rates der Gemeinden und Regionen Europas“	
<b>03.03.22</b>	ÄA - Soziale Stadt „Gesundes Wattenscheid – Familienfreundlich und generationsgerecht	20220478
<b>15.03.22</b>	Zeche Gibraltar - Gedenkstele errichten	20220527
<b>03.03.22</b>	ÄA - Benennung von stimmberechtigten Delegierten und Gästen für die Mitgliederversammlung 2022 des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Essen	20220552
<b>03.03.22</b>	ÄA - Einrichtung einer Flüchtlingskonferenz	20220576
<b>18.03.22</b>	ÄA - TOP 1.4 Vorlage 20220434 „Entsendung der Mitglieder des Beirates Leben im Alter in Fachausschüsse und Fachgremien“	20220684
<b>01.04.22</b>	Erzielten Kompromiss mit RadEntscheid absichern	20220851
<b>01.04.22</b>	RadEntscheid retten - Ratsbürgerentscheid durchführen	20220852
<b>31.03.22</b>	ÄA - Geflüchtete Menschen aus der Ukraine	20220889
<b>05.05.22</b>	Umbesetzung von Gremien	20221107
<b>05.05.22</b>	Erzielten Kompromiss mit RadEntscheid absichern	20221123
<b>05.05.22</b>	RadEntscheid retten - Ratsbürgerentscheid durchführen	20221129
<b>21.06.22</b>	Umsetzungskonzept für ein preiswerteres Sozialticket („MeinTicket“)	20221629
<b>25.08.22</b>	Weitere soziale Spaltung verhindern: Regelsätze erhöhen, Wohngeld und BaföG ausweiten	20222222
<b>30.08.22</b>	ÄA - Einrichtung und Besetzung der Arbeitsgruppe "Schulentwicklungsplanung und Entwicklungsplanung für außerunterrichtliche Betreuungsangebote an Schulen der Sekundarstufe I und II"	20222249
<b>30.08.22</b>	ÄA - Einrichtung und Besetzung der Arbeitsgruppe "Schulentwicklungsplanung und Entwicklungsplanung für außerunterrichtliche Betreuungsangebote an Förderschulen"	20222250
<b>21.09.22</b>	ÄA - Beiräte der Justizvollzugsanstalten und der Sozialtherapeutischen Anstalt Bochum	20222477

<b>29.09.22</b>	Umbesetzung von Gremien	20222493
<b>29.09.22</b>	ÄA - VBW Bauen und Wohnen GmbH hier: Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2021	20222597
<b>19.10.22</b>	ÄA - Erlass der Haushaltssatzung 2023/2024 hier: Beratung über die Haushaltsansätze des Amtes 66 - Tiefbauamt - Produktgruppen: 1213, 5303, 5304, 5401, 5402, 5403	20222814
<b>20.10.22</b>	Erlass der Haushaltssatzung für die Jahre 2023 und 2024 hier: Beratung der Haushaltsansätze der Stabsstelle Klima und Nachhaltigkeit, Produktgruppe 5602 (TOP 3.4, Vorlage 20222092)	20222825
<b>20.10.22</b>	Erlass der Haushaltssatzung für die Jahre 2023 und 2024 hier: Beratung der Haushaltsansätze der Stabsstelle Klima und Nachhaltigkeit, Produktgruppe 5602 (TOP 3.4, Vorlage 20222092)	20222826
<b>20.10.22</b>	ÄA - Haushaltssatzung für die Jahre 2023 / 2024	20222837
<b>21.10.22</b>	ÄA - Beratung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2023 / 2024 Stärkere Förderung von Madonna e.V.	20222882
<b>10.11.22</b>	Umbesetzung von Gremien	20222925
<b>29.11.22</b>	Stärkere Förderung von Madonna e.V.	20222928
<b>10.11.22</b>	Kindertagespflege bei Energiekosten entlasten	20222937
<b>04.11.22</b>	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023/2024, hier: Beratungen über den Produktbereich 1.42 Sportförderung Gästervorsängerpodium im Vonovia Ruhrstadion	20223012
<b>04.11.22</b>	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023/2024, hier: Beratungen über den Produktbereich 1.42 Sportförderung LED-Umrüstung von Flutlichtanlagen	20223013
<b>04.11.22</b>	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023/2024, hier: Beratungen über den Produktbereich 1.42 Sportförderung Sportgutscheine für Erstklässler:innen verlängern	20223014
<b>04.11.22</b>	Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023/2024, hier: Beratungen über den Produktbereich 1.42 Sportförderung Sportgutscheine für Erstklässler:innen verlängern	20223014
<b>17.11.22</b>	Gedenken an Josef Anton Gera	20223033

<b>11.11.22</b>	ÄA - Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023/2024, hier: Beratungen über den Produktbereich 1.11 Kommunales Integrationszentrum Bochum (Produktgruppe 11.12) zur Produktgruppe 11.12; hier: "Vereine und Initiativen im Bereich der Migrations- und Integrationsarbeit stärken" -	20223085
<b>16.11.22</b>	ÄA - Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Bochum	20223194
<b>23.11.22</b>	ÄA - Verkehrsversuch auf der Wittener Straße zwischen Nordstraße und Lohring	20223278
<b>29.11.22</b>	ÄA - Zuwendungen an Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und Initiativen im Bereich des Gesundheitsamtes für die Haushaltsjahre 2023 und 2024	20223337
<b>24.01.23</b>	Instandsetzung des Kapp-Putsch-Denkmal im Park Laer	20230030
<b>09.02.23</b>	Behandlungsraum für Schwangerschaftsabbrüche	20230192
<b>09.02.23</b>	Mobilität in NRW bezahlbar machen	20230203
<b>16.03.23</b>	Sichtbarkeit für neuen Gedenk- und Lernort für Widerstand gegen Faschismus erhöhen	20230253
<b>07.03.23</b>	Photovoltaikanlage auf Dachflächen des Lohrheidestadions	20230263
<b>09.02.23</b>	Gute Löhne im öffentlichen Dienst sichern	20230302
<b>09.02.23</b>	ÄA - Mobilität in Bochum bezahlbar machen	20230325
<b>16.03.23</b>	Benennung des neuen Gedenk- und Lernorts partizipativ gestalten	20230432
<b>08.03.23</b>	ÄA - Kostenloser Ferienpass 2023	20230589
<b>07.03.23</b>	Photovoltaikanlage auf Dachflächen des Lohrheidestadions	20230591
<b>22.03.23</b>	Deutschlandticket für städtische Beschäftigte	20230596
<b>30.03.23</b>	Schülervertreter:innen als beratende Mitglieder im Ausschuss für Schule und Bildung sowie im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	20230652
<b>30.03.23</b>	Bezirksschülervertretung in ASB und JHA	20230700

<b>30.03.23</b>	Fragehalbestunde in den Ausschüssen ermöglichen	20230715
<b>30.03.23</b>	Gemeindeschwestern für die Bochumer Bezirke	20230716
<b>30.03.23</b>	ÄÄ - Benennung von Delegierten und Gästen für die 42. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. Mai 2023 in der Messe Köln	20230837
<b>04.05.23</b>	49€ Fahrtkostenpauschale für Ratsmitglieder	20231068
<b>04.05.23</b>	Flächenverbrauch-Stopp bis 2030	20231069
<b>25.05.23</b>	Holzhäuser am Urban Green (Am Hausacker) fit machen	20231179
<b>15.06.23</b>	Bewerbung als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis	20231441
<b>14.06.23</b>	ÄÄ - Kommunale Steuer auf Einwegverpackungen und Förderung von Mehrwegsystemen	20231561
<b>15.06.23</b>	ÄÄ - "Münsteraner Erklärung" des Städte- und Gemeindebundes NRW	20231597
<b>15.06.23</b>	ÄÄ - Geothermie weiterdenken	20231617
<b>17.08.23</b>	Energie sparen - Bürokratie abbauen - Eigenverantwortung stärken!	20231811
<b>24.08.23</b>	Vergünstigtes Sozialticket	20232081
<b>24.08.23</b>	ÄÄ - Achte Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bochum	20232197
<b>13.09.23</b>	Einrichtung eines Wassertretbeckens	20231709
<b>14.09.23</b>	Kinderspiel- und Bolzplatz Tilsiterstraße: Mehr Sicherheit für spielende Kinder	20232313

## Anfragenübersicht

<b>Datum</b>	<b>Thema</b>	<b>Anfragen-Nr.</b>
12.11.20	Restaurierung bzw. Neugestaltung der Wege in Kleingartenanlagen	20202762
02.12.20	Gemeinwohlorientierte Nutzungspotentiale für das Grundstück Hüttenstraße 3-9	20203159
03.12.20	Prüfauftrag - Bestehende Querungshilfen Tippelsberger Straße / Feenstraße und Tippelsberger Straße / Am Hausacker	20202783
03.12.20	Hordeler Straße	20202966
08.12.20	Kindertagespflege U3	20203069
09.12.20	Mobile Lüftungsanlagen für die Träger der Wohnungslosenarbeit	20203050
15.12.20	Klimaschutz konkret: Strombezugsmengen der Stadtwerke Bochum	20203066
17.12.20	Strom-und Gassperren bei den Stadtwerken Bochum	20203152
17.12.20	Zwangsräumungen in Bochum	20203153
17.12.20	Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen	20203203
17.12.20	Vollstreckung von Zwangsräumungen	20203204
21.01.21	Parksituation Moritzstraße/Walburgastraße	20210052
21.01.21	Parksituation Poststraße/Marmelshagen	20210053
26.01.21	Spielplatz an der Königsallee 169A in Wiemelhausen	20210131
03.02.21	Bußgelder gegen wohnungs- oder obdachlose Menschen; hier: Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung	20210310
03.02.21	Nachfrage zur Vorlage 20200466: Streusalz	20210311
03.02.21	Überstunden Ordnungsamt	20210312
03.02.21	Klimaschutz konkret, hier: Erneuerbare Energien	20210313

<b>04.02.21</b>	Nazi-Hooligans auf Corona-Demo: Konsequenzen der Polizei und der Ordnungsbehörden	20210203
<b>04.02.21</b>	Einladungspolitik zur „Allianz für Wohnen in Bochum“	20210292
<b>04.02.21</b>	Krankenstand, Mehrarbeit, Belastungsanzeigen bei der Stadt Bochum	20210355
<b>04.02.21</b>	Bochumer Kulturschirm: Keine Unterstützung für die freie Szene?	20210413
<b>04.02.21</b>	Bebauungsplan Nr. 997 - "Am Ruhrort"	20210416
<b>24.02.21</b>	Einkünfte von Kindertagespflegepersonen in Bochum	20210555
<b>25.02.21</b>	Eingruppierung der städtischen Reinigungskräfte	20210556
<b>02.03.21</b>	Ehemalige Zwangsarbeitersiedlung an der Bergener Straße	20210686
<b>03.03.21</b>	Notfallpakete für Obdachlose	20210653
<b>03.03.21</b>	Antrags-Rückstau bei der Ausländerbehörde	20210735
<b>09.03.21</b>	Baumschnittarbeiten in der Alexandrinenstraße	20210837
<b>09.03.21</b>	Nettostromerzeugung der Stadtwerke Bochum	20210838
<b>11.03.21</b>	Antwort auf Nachfragen zur Beschlussvorlage: Unmittelbare Beteiligung der Stadt Bochum an PD (Vorlage 20210493)	mündlich
<b>25.03.21</b>	Rechte Schmierereien in Bochum	20210982
<b>25.03.21</b>	Überprüfung von Vergaben während der Corona-Pandemie	20210983
<b>25.03.21</b>	Sanktionen gegen Bezieherinnen und Bezieher von ALGII	20210991
<b>13.04.21</b>	Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Bochum – hier: Rückfragen zu TOP 5.4 (Geförderter Wohnungsbau: Rückblick 2020 - Ausblick 2021)	20211413
<b>15.04.21</b>	Umweltbelastung durch alte Bahnschwellen	20211056
<b>21.04.21</b>	Nachfrage zur Vorlage 20210554 "Überstunden im Bereich des Ordnungsamtes"	20211347

<b>28.04.21</b>	Nichtversorgung mit Schulsozialarbeit	20211296
<b>04.05.21</b>	Folgen der Ausgangssperre für obdachlose Menschen in Bochum	20211440
<b>04.05.21</b>	Stadtteilbezogenes Konzept zur Senkung der Corona-Inzidenzwerte	20211441
<b>04.05.21</b>	Hitzekonzept für Wohnungslose	20211442
<b>11.05.21</b>	Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung auf öffentlichen Gebäuden der Beteiligungsunternehmen	20211537
<b>18.05.21</b>	Mehrbedarfe für digitale Endgeräte für den Schulunterricht	20211603
<b>18.05.21</b>	Nachfrage zur Antwort der Verwaltung (Vorlage 20210924 - Spielplatz an der Königsallee 169 a in Wiemelhausen)	20211640
<b>20.05.21</b>	Gefährliche Verkehrssituation auf der Herner Straße	20211528
<b>11.06.21</b>	Infrastruktur für den Publikums-, Schul- und Vereinssport verbessern	20211814
<b>15.06.21</b>	Weiterentwicklung des Hochbausanierungsprogramms -Bestand nach Bezirken-	20211953
<b>17.06.21</b>	Fußweg Am Hausacker	20212045
<b>17.06.21</b>	Grünstreifen vor der Friedhofsmauer „Im Storksfeld“	20212046
<b>17.06.21</b>	Baumfällung an der Kleingartenanlage Riemke e.V. - Zugang „Am Hausacker“	20212047
<b>24.06.21</b>	Gewerbesteuer in Bochum	20212109
<b>29.06.21</b>	Großbaustellen auf Bochumer Stadtgebiet	20212155
<b>18.08.21</b>	Hammerskins	20212306
<b>19.08.21</b>	Betreiber:in Freizeitanlage „Am Hausacker“	20212140
<b>19.08.21</b>	Fußgängerweg zum KGV Riemke und zur Freizeitanlage „Am Hausacker“ – Zugang über Beisingstraße	20212351
<b>19.08.21</b>	Übertragung der Bezirksvertretungs-Sitzungen	20212581
<b>20.08.21</b>	Bouleplatz "Am Hausacker"	20212218

## Bochum solidarisch! - Unsere Zwischenbilanz

<b>25.08.21</b>	Übertragung der Bezirksvertretungs-Sitzungen	20212761
<b>31.08.21</b>	Übertragung der Bezirksvertretungs-Sitzungen	20212570
<b>07.09.21</b>	Übertragung der Bezirksvertretungs-Sitzungen	20212615
<b>08.09.21</b>	Übertragung der Bezirksvertretungs-Sitzungen	20212568
<b>08.09.21</b>	Werbetafel Ecke Kortum-/Bergstraße am Kunstmuseum Bochum	20212890
<b>07.10.21</b>	Nato-Standort Bochum	20213296
<b>28.10.21</b>	Ampelschaltung Kreuzung Seilfahrt / Dorstener Straße	20213390
<b>28.10.21</b>	Sachstand Neubau Kita Herz-Jesu Bochum	20213423
<b>11.11.21</b>	Mehr Transparenz beim Klimacheck	20213702
<b>18.11.21</b>	Entsiegelungskonzept für Bochum	20213771
<b>19.11.21</b>	Kleine Impfstationen	20213954
<b>23.11.21</b>	Sachstand CO2-Ampeln an Bochumer Schulen	20213788
<b>30.11.21</b>	Ausräumen regulatorischer Hindernisse der Live-Übertragung der Bezirksvertretungssitzungen	20213843
<b>01.12.21</b>	Bilanz des städtischen Steuerprüfdienstes	20213822
<b>01.12.21</b>	Klimarelevanz Materialauswahl Husemannplatz	20213868
<b>02.12.21</b>	Bebauungsplan 940 Alte Wittener Straße	20213863
<b>02.12.21</b>	Private Pkw auf Riemker Friedhofsgelände	20213819
<b>02.12.21</b>	Sachstand Gefährliche Verkehrssituation auf der Herner Straße	20213907
<b>10.12.21</b>	Offene Fragen zum Sachstand Kita Waldring	20213934
<b>10.12.21</b>	Sachstand Initiative Querenburg	20213971
<b>15.12.21</b>	Situation der Schuldnerberatung in Bochum	20213837
<b>15.12.21</b>	Umgang des Jobcenters mit Betriebskostenabrechnungen	20213942

<b>16.12.21</b>	Zwangsräumungen in Bochum	20214010
<b>16.12.21</b>	Strom- und Gassperren bei den Stadtwerken Bochum	20214011
<b>16.12.21</b>	Compliance-Erklärung gegen Rechtsextremismus	20214041
<b>16.12.21</b>	Zeche Gibraltar zu einem würdigen Gedenkort wandeln	20214042
<b>20.01.22</b>	Nachbesserung Rats-TV	20220138
<b>01.02.22</b>	Wohnungsmarkt in Bochum	20220247
<b>02.02.22</b>	Betreiberkonzept Mobilstationen	20220035
<b>03.02.22</b>	Finanzierung einer Schließfachanlage auf der Freizeitanlage „Am Hausacker“	20220288
<b>04.02.22</b>	Zuständigkeit bauliche Maßnahmen Ruhrstadion	20220141
<b>04.02.22</b>	Planung bzw. Errichtung von Schließfachanlagen	20220290
<b>16.02.22</b>	Drohende Schließungen von Kitas aufgrund der Gebäudesubstanz	20220394
<b>16.02.22</b>	U3-Ausbauziel und Zukunft der Kindertagespflege	20220411
<b>17.02.22</b>	Förderung Recover-App	20220410
<b>03.03.22</b>	Fluktuation beim Ausländerbüro	20220454
<b>09.03.22</b>	Preisanpassung Sozialticket	20220331
<b>10.03.22</b>	Antrag 20212340 „Finanzierung von Sitzschalen und Lichtanlagen an der Bouleanlage auf der Freizeitanlage ‘Am Hausacker’“	20220457
<b>10.03.22</b>	Antrag 20212352 „Verbesserung der Aufenthaltsqualität im hinteren Bereich des Riemker Marktes“	20220458
<b>10.03.22</b>	Zustand der Gehwege in Riemke nach Verlegung von Glasfaserkabel	20220695
<b>15.03.22</b>	Ohne Kita-Platz in die Schule?	20220722
<b>22.03.22</b>	Folgen des Ganztagsförderungsgesetzes	20221618
<b>24.03.22</b>	Räumung des Grabelandes Am Ruhrort	20220808

<b>24.03.22</b>	Materialqualität, Sicherungswerk und Kleingewässer auf der Golfsportanlage Amalia	20220816
<b>30.03.22</b>	Polizeipräsidium Bochum – Gedenktafel im Innenhof zur Erinnerung der GESTAPO-Morde im Bochumer Polizeipräsidium	20220880
<b>31.03.22</b>	Förderung der Teilnahme an U-Untersuchungen	20220375
<b>01.04.22</b>	Kosten Gutachten für RadEntscheid Bochum	20220847
<b>01.04.22</b>	Klimacheck bei der Bauleitplanung	20220892
<b>05.04.22</b>	Bäume Neustraße	20220915
<b>05.04.22</b>	Offene Fragen zum Wohnungsmarkt in Bochum	20220916
<b>05.04.22</b>	Sachstand Grundstücksuche Kinder- und Jugendpsychiatrie	20220959
<b>06.04.22</b>	Offene Fragen Lärmaktionsplan	20220957
<b>07.04.22</b>	Kreisverkehr Poststraße Kreuzung Hofsteder Straße	20221029
<b>04.05.22</b>	Prognose zum Auslaufen der Mietpreisbindung	20221093
<b>05.05.22</b>	Einzugsgebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bochum-Linden	20221046
<b>05.05.22</b>	Transparenz bei Beteiligung Klimaplan Bochum 2035	20221246
<b>19.05.22</b>	Beschwerden über Raser in der Kronenstraße	20221404
<b>25.05.22</b>	Bioabfallsammlung in Bochum	20221511
<b>02.06.22</b>	Zusammenarbeit Bogestra und Klarna Bank	20221545
<b>07.06.22</b>	Landesprogramm "Alle Kinder essen mit"	20221576
<b>07.06.22</b>	Zugang zum Ferienpass ohne digitales Endgerät	20221618
<b>09.06.22</b>	Leerstehende Immobilien in städtischem Besitz	20221630
<b>21.06.22</b>	Städtische Förderung von Solarstrom-Anlagen	20221707
<b>21.06.22</b>	Wissenschaftliche Begleitung Modellversuch Bodycams beim Ordnungs- und Veterinäramt	20221708
<b>10.08.22</b>	Schriftzug Husemannplatz	20221968

<b>10.08.22</b>	Outsourcing des Sicherheitsdienstes bei Bogestra	20221978
<b>10.08.22</b>	Einsatz der Verwaltung für Fortsetzung 9-Euro-Ticket	20222024
<b>11.08.22</b>	Parkplätze des Stadtverband Bochum der Kleingärtner e. V.	20221962
<b>11.08.22</b>	Notwendige Personalressourcen für Bezirks-TV	20222027
<b>16.08.22</b>	Wohnen über Parken	20221998
<b>16.08.22</b>	Sachstand Bochumer Beschäftigungsförderungsgesellschaft	20221993
<b>16.08.22</b>	Situation des Ukraine-Willkommenstandes im Hauptbahnhof Bochum	20222028
<b>16.08.22</b>	Private-Equity-Gesellschaften im Gesundheitsbereich	20222144
<b>17.08.22</b>	Sachstand Hallenbadneubau Standort Höntrop	20221945
<b>17.08.22</b>	Sachstand geplante Nachbesserung Rats-TV	20222038
<b>25.08.22</b>	Planung der 2. Sozialkonferenz	20222228
<b>25.08.22</b>	Situation Ausländerbüro	20222294
<b>31.08.22</b>	Kein Betreuungsplatz vor der Einschulung	20222154
<b>06.09.22</b>	Energiesparen durch CO2-Ampeln?	20222357
<b>15.09.22</b>	Zufallsgewinne beim Strom?	20222465
<b>20.09.22</b>	Nachfolgelösung für Initiative Querenburg	20222463
<b>21.09.22</b>	LED-Umrüstung von Flutlichtanlagen	20222405
<b>21.09.22</b>	Informationskampagne zu Hilfen gegen Energiekrise	20222482
<b>29.09.22</b>	Sachstand fehlende Plätze im laufenden Kita-Jahr	20222455
<b>29.09.22</b>	Bilanz Vergabe in Erbbaurecht	20222533
<b>29.09.22</b>	Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	20222611
<b>21.10.22</b>	Sachstand Container zur Unterbringung von Flüchtlingen	20222902
<b>26.10.22</b>	Abschulungen in Bochum	20222946

## Bochum solidarisch! - Unsere Zwischenbilanz

<b>04.11.22</b>	Energiemaßnahmen der Stadt Bochum	20223028
<b>04.11.22</b>	Stromanschluss an Rollstuhlfahrerplätzen im Vonovia Ruhrstadion	20223011
<b>04.11.22</b>	Hallenbadneubau am Standort Höntrop	20223030
<b>10.11.22</b>	Feuerwerksverbot zu Silvester	20223082
<b>10.11.22</b>	Auswirkungen der Einführung des 49€-Tickets auf die BOGESTRA	20223113
<b>10.11.22</b>	Jugendwohnen	20223114
<b>10.11.22</b>	Tariftreue, betriebliche Mitbestimmung und Sozialstandards bei öffentlichen Vergaben	20223115
<b>10.11.22</b>	Winterdienst auf Radwegen	20223116
<b>10.11.22</b>	Sicherheitsdienst Rathaus - Ausländerbüro	20223165
<b>23.10.22</b>	Sicherung nicht mehr genutzter Schienen (Wiemelhauser Str.)	20223054
<b>29.11.22</b>	Sperrung der Parkstraße für den Kfz-Verkehr	20223306
<b>08.12.22</b>	Pocket-Park Riemker Straße	20223412
<b>15.12.22</b>	Sicherheit von Schiedsrichtern bei Amateurspielen	20223303
<b>15.12.22</b>	Strom- und Gassperren bei den Stadtwerken Bochum	20223437
<b>15.12.22</b>	Zwangsräumungen in Bochum	20223439
<b>15.12.22</b>	SBO Senioreneinrichtungen der Stadt Bochum GmbH: Entwicklung der Bedingungen für Beschäftigte und Heimbewohner:innen sowie Zukunftsplanung	20223448
<b>15.12.22</b>	Reichsbürger in Bochum	20223481
<b>15.12.22</b>	Schutz von Frauen und Kindern in Obdachlosenunterkünften	20223482
<b>15.12.22</b>	Grabeland Am Ruhrort/B-Plan Nr. 997	20223506
<b>12.12.22</b>	Parksituation Wielandstraße Höhe 94-98	ohne Nummer
<b>18.01.23</b>	Schließung Jobcenter Bochum Linden	20230107

<b>26.01.23</b>	Keine Bundesförderung für Hallenfreibad Linden	20230043
<b>31.01.23</b>	Wohngebäude in städtischem Besitz	20230110
<b>31.01.23</b>	Zustand Fußweg Wattenscheider Innenstadt	20230244
<b>08.02.23</b>	Luftverschmutzung und Lärmbelästigung in Bochum	20230075
<b>08.02.23</b>	Geplante Entsiegelungsmaßnahmen für 2023	20230076
<b>08.02.23</b>	Feuerwehr- und Rettungsdiensteinsätze	20230077
<b>08.02.23</b>	Wald- und Baumpflanzungen	20230142
<b>08.02.23</b>	Sicherheit Container Blumenfeldstraße	20230272
<b>08.02.23</b>	Nachfrage zur Vorlage 20223422	mündlich
<b>09.02.23</b>	Rechtsextremismus in Bochum	20230117
<b>09.02.23</b>	Kontrollen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz	20230118
<b>09.02.23</b>	Schutz vor Gewalt und Übergriffen im Sport	20230255
<b>09.02.23</b>	Öffentliches WLAN in Bochum	20230256
<b>09.02.23</b>	Anbindung Bochums an europäisches Nachtzugnetz	20230279
<b>09.02.23</b>	Förderantrag für Hitzeschutz in sozialen Einrichtungen	20230280
<b>09.02.23</b>	Menschen ohne Krankenversicherung in Bochum	20230281
<b>09.02.23</b>	Unterstützung für pflegende Angehörige	20230282
<b>09.02.23</b>	Ausbildungsberuf Fachpraktiker:in für Büromanagement	20230301
<b>09.02.23</b>	Hilfsangebote bei drohender Zwangsräumung	20230326
<b>09.02.23</b>	Sofortmaßnahmen gegen Wohnungskrise	20230327
<b>09.02.23</b>	Aktive Quartiersentwicklung Innenstadt	20230333
<b>09.02.23</b>	Corona-Schutz-Restbestände	20230334
<b>14.02.23</b>	Abweichung von kommunaler Klassenrichtzahl	20230382
<b>15.02.23</b>	Mehr Kita-Personal durch Aachener-Modell	20230283

<b>22.02.23</b>	Sachstand Radwegeausbau	20230444
<b>22.02.23</b>	Wohnungen Blankensteiner Straße 24-26	20230446
<b>01.03.23</b>	Flüsterasphalt	20230608
<b>07.03.23</b>	Fachkongress für Innovative Quartiersentwicklung	20230468
<b>07.03.23</b>	Seven Stones Quartier Universitätsstraße 110	20230473
<b>07.03.23</b>	Wohngebäude im Besitz von Beteiligungsunternehmen	20230586
<b>16.03.23</b>	Mitgliedschaften von Beteiligungsunternehmen in Interessenverbänden	20230598
<b>16.03.23</b>	Instandhaltung Gedenk- und Lernort für Widerstand gegen Faschismus	20230727
<b>21.03.23</b>	Bilanz Hitzekonzept	20230640
<b>21.03.23</b>	Kleinster gemeinsamer Nenner beim Kältekonzept?	20230650
<b>21.03.23</b>	Nachfrage "niederschwellige Beratungsangebote" zur Mitteilung 20230019.	mündlich
<b>22.03.23</b>	Portal für Barrierefreiheit in Bochum	20230620
<b>30.03.23</b>	Gender Pay Gap bei der Stadt	20230592
<b>30.03.23</b>	Gleitendes Frühstück in Kitas	20230669
<b>30.03.23</b>	Barrierefreiheit bei der VBW	20230764
<b>25.04.23</b>	Möglichkeit für Wohnungstausch	20231166
<b>04.05.23</b>	Ausschreibung Sicherheitsdienst für städtische Wohnunterkünfte	20231145
<b>04.05.23</b>	Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch	20231146
<b>09.05.24</b>	Ehemaliges Zwangsarbeiterlager Bergener Straße – Denkmal-liste der Stadt Bochum Karteikarte 556	20230993
<b>09.05.24</b>	Studierendenworkshop Ehemaliges Zwangsarbeiterlager Bergener Straße	20231327
<b>11.05.23</b>	Vergabe von Abschleppaufträgen	20231172

<b>11.05.23</b>	Mehrwegpflicht-Kontrollen	20231174
<b>11.05.23</b>	Lebensmittelverschwendung in Bochum	20231175
<b>11.05.23</b>	Eichenprozessionsspinner	20231176
<b>11.05.23</b>	Verstöße gegen Corona-Schutzverordnung	20231293
<b>16.05.23</b>	Datenlage frei finanzierte Neubauten	20231331
<b>16.05.23</b>	B-Plan 964 Schloßstraße	20231351
<b>17.05.23</b>	Überarbeitetes Hitzekonzept 2023	20231369
<b>25.05.23</b>	Bienen-Zelt KGV Riemke e.V.	20231256
<b>26.05.23</b>	Stromanschluss an Rollstuhlfahrerplätzen im Vonovia Ruhrstadion - Nachfrage -	20231325
<b>06.06.23</b>	Verdachtsimmobilien-Kataster	20231528
<b>07.06.23</b>	Dienstliche Flugreisen	20231477
<b>14.06.23</b>	Ökologisches Straßenbegleitgrün	20231512
<b>15.06.23</b>	Vergünstigtes Deutschlandticket für Schüler:innen	20231602
<b>09.08.23</b>	Offene Fragen – Sicherung nicht mehr genutzter Schienen (Wiemelhauser Str.)	20231947
<b>10.08.23</b>	Mitgliedschaften von Beteiligungsunternehmen in Interessenverbänden (Nachfrage zu der Antwort der Verwaltung Nr.20230991)	20231984
<b>10.08.23</b>	Die Stadtwerke und die Call Center	20232040
<b>10.08.23</b>	Baustelle Auf dem Dahlacker Ecke Verkehrsstraße	20232098
<b>15.08.23</b>	Mietpreis- und Belegungskontrollen bei Sozialwohnungen	20231846
<b>15.08.23</b>	Wasserwirtschaftliche Berechnungen B-Plan Am Ruhrort	20231908
<b>17.08.23</b>	Begrünung von Straßenbahngleisen	20232077
<b>17.08.23</b>	Grundwasserentnahme in Bochum	20232078

## Bochum solidarisch! - Unsere Zwischenbilanz

<b>17.08.23</b>	Ausnahmegenehmigungen für die Beseitigung von Bäumen in der Schonzeit	20232168
<b>22.08.23</b>	Personalausfall in Bochumer Kitas	20232076
<b>22.08.23</b>	Elektronische Zutrittskontrollsysteme an Sporthallen	20232180
<b>25.08.23</b>	Fehlerhafte Beteiligung Schwimmbad-Neubau im Südpark	20232270
<b>30.08.23</b>	Werbung für kostenlose Schauspielhauskarten für Studierende an der Ruhr-Universität Bochum	20232316
<b>07.09.23</b>	Bilanz Handlungskonzept Wohnen	20232358
<b>13.09.23</b>	Bolzplatz Beisingstraße im KGV Riemke	20232374
<b>19.09.23</b>	Sachstand Rahmenablaufplan zum Wohnbauflächenprogramm	20232499

## Wir stellen uns vor



Als Linksfraktion sind wir in allen Bochumer Bezirken und mit fünf Mitgliedern im Bochumer Rat vertreten.

Im Rat vertreten uns unser Fraktionsvorsitzender Horst Hohmeier sowie unsere Ratsmitglieder Gültaze Aksevi, Mehriban Özdoğan, Mehtap Yildirim und Moritz Müller (1. Reihe in dieser Reihenfolge).

<b>Bezirksvertretung Mitte</b>	Sven Ratajczak und Mehtap Yildirim
<b>Bezirksvertretung Ost</b>	Benny Krutschinna
<b>Bezirksvertretung Südwest</b>	Wahed Tofik
<b>Bezirksvertretung Süd</b>	Gültaze Aksevi
<b>Bezirksvertretung Wattenscheid</b>	Kristina Rüdiger

## Internet & Social Media

WWW: [linksfraktionbochum.de](http://linksfraktionbochum.de)

Facebook: [facebook.com/linksfraktion.bo](https://facebook.com/linksfraktion.bo)

Twitter: @linksfraktionbo

## Newsletter

In unserem E-Mail-Newsletter informieren wir über unsere Arbeit im Rat, in den Ausschüssen und über weitere wichtige Entwicklungen in Bochum. Abonnieren Sie ihn jetzt auf unserer Homepage:

[linksfraktionbochum.de/newsletter](http://linksfraktionbochum.de/newsletter)

## Kontakt

Die Geschäftsstelle:

### **DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum**

Bildungs- und Verwaltungszentrum (BVZ)  
Raum 2060  
Gustav-Heinemann-Platz 2-6  
44777 Bochum

Anke Pfromm (Geschäftsführerin)  
Telefon: (0234) 910 – 1296

Moritz Müller (Geschäftsführer)  
Telefon: (0234) 910 – 1295

Elias Korte (Referent)  
Telefon: (0234) 910 – 1916

E-Mail: [linksfraktion@bochum.de](mailto:linksfraktion@bochum.de)

## **Öffnungszeiten:**

Montags 12-15 Uhr, Dienstags bis Donnerstags 10 bis 15 Uhr

Für Presseanfragen:

Moritz Müller

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: (0234) 910 1295

E-Mail: [presse@linksfraktionbochum.de](mailto:presse@linksfraktionbochum.de)

Die Ratsfraktion:

E-Mail: [rat@linksfraktionbochum.de](mailto:rat@linksfraktionbochum.de)

Die Bezirksvertretungen:

### **Bochum – Mitte**

E-Mail: [bzvmittle@linksfraktionbochum.de](mailto:bzvmittle@linksfraktionbochum.de)

### **Bochum – Ost**

E-Mail: [bzvost@linksfraktionbochum.de](mailto:bzvost@linksfraktionbochum.de)

### **Bochum – Süd**

E-Mail: [bzvsued@linksfraktionbochum.de](mailto:bzvsued@linksfraktionbochum.de)

### **Bochum – Südwest**

E-Mail: [bzvsw@linksfraktionbochum.de](mailto:bzvsw@linksfraktionbochum.de)

### **Wattenscheid**

E-Mail: [bzvwat@linksfraktionbochum.de](mailto:bzvwat@linksfraktionbochum.de)